

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 23. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Seher!

Im preussischen Abgeordnetenhaus spielen sich zur Zeit lebhafteste Debatten ab, die an vergangene Zeiten erinnern. Die Linke des Hauses, Freisinnige und selbst Nationalliberale, kämpfen mit großer Erbitterung gegen die Konservativen, als deren berufene Wortführer sich die Minister fühlen. Die Stimmungen aus der Epoche der „Reichsfeinde“ scheinen wiedergekehrt: Hier die lokalen, konservativen Vertreter der Regierungspolitik, dort die wilde Opposition, die jeder Hüter der Autorität, vom Schuhmann bis zum Landrat und Minister bekämpfen und zu Tode zu schikanieren verpflichtet ist.

Diese Renaissance der Reichsfeindlichkeit ist nicht uninteressant. Sie zeigt, daß die zwölf Jahre des neuen Kurzes für die bürgerlichen Parteiverhältnisse im Lande fast spurlos vorübergegangen sind, all die heftigen Eingebungen und plötzlichen Umschwünge des neuen Regiments haben nur die Oberfläche geküßelt. Der ganze Verwaltungsapparat wirkt noch in der Bismarckschen Tradition, die Junkerschaft ist noch immer die bedrohte Regierungstruppe, der alte Kurs wird draussen munter weiter gesteuert, und die vorübergehenden Erscheinungen der modernen Minister sind zur Ohnmacht verurteilt und haben nichts zu sagen — wer nicht konservativ ist, bleibt in Preußen Reichsfeind!

Die Konservativen haben die alte Stellung behauptet, sie erfreuen sich der Gunst der Staatsgewalt, obwohl sie inzwischen zur rabiaten Opposition übergegangen sind. Die agrarische Opposition leistet an „Verhöhnung“ gegen die Regierung das menschemögliche. Man stimmt die Lieblingsvorlagen der Regierung, wie die Kanalvorlage, gelassen nieder, obwohl sich die Krone selbst auf sie verpflichtete. Man höhnt die in Berlin Regierenden — und dennoch bleiben sie die treuen Stützen der Autorität und mahnen sich an, die andern Parteien als staats- und reichsfeindlich zu proskribieren.

In der That hat sich in den Machtverhältnissen im Lande gar nichts verändert. Mögen die zufälligen Berliner Minister eine Politik treiben welche sie wollen, Junkerschaft und Agrarierturn verflügen nach wie vor über den durch intime Verfassung an ihre Interessen geketteten Verwaltungsapparat, wie auch über das Heer; auf diese Macht pochen sie, kraft dieser Traditionen bleiben sie die Gutgehumten, auch wenn sie die Berliner Politik hartnäckig und erfolgreich bekämpfen und der Regierung eine Niederlage nach der andern bereiten. Das organisierte Klasseninteresse des Junkertums ist unendlich zäh im Zusammenhalt und ist weit stärker als die verantwortliche Ministergewalt und auch als die Krone von Gottes Gnaden. Demnach dürfen sich die Rebellen der agrarischen Opposition noch immer erlauben, sich als die treuesten Hüter des Thrones und der Regierung zu geben, und jede Partei, die ihre Pläne durchkreuzt, als revolutionär und gemeinshädlich zu denunzieren. Da ist schließlich auch den Ministern in Preußen nichts anderes übrig geblieben, als sich demütig zu unterwerfen. Früher wagten sie gelegentlich noch ein Wort der Auflehnung gegen die junkerliche Opposition. Jetzt preisen sie sich glücklich, wenn sie, wie der neue Polizeiminister, den geliebten Konservativen ihre bescheidene Hilfe im Kampfe gegen die Reichsfeinde und Seher leisten dürfen.

Auf der andern Seite hat die bürgerliche Opposition keine größere Sehnsucht, als ihre alten Schanden vergessen zu machen. Die heftigen Raybalereien im Abgeordnetenhaus ließen im wesentlichen darauf hinaus, daß man sich gegenseitig der Reichsfeindlichkeit beschuldigte. Die Konservativen sagten den Freisinnigen nach, daß sie schlimme Seher und verdächtig in ihrem Monarchismus seien, ja sogar mit den Socialdemokraten liebängelten. Hinwiederum bekundeten die Herren von der Linken, daß sie sich an monarchischem Gefühl von niemand übertreffen ließen, und daß die Agrarier bödsartiger seien als die Socialdemokraten. Es war im Grunde ein widerliches Geknurre um die Gunst der Krone, der jeder sich nach Kräften empfahl, während er den Gegner bei ihr anzuschwärzen suchte. Niemand nahm den Schimpf des „Sehers“ als solchen Ehrentitel auf sich, man überbot sich vielmehr in Royalitätskühnheiten, und statt auf trostige Selbstständigkeit zu pochen, umwarb man die „Majestät“. Niemand wehrte auch mit der nötigen Entschiedenheit das freche Wort ab, daß es eine Beleidigung sei, von jemand zu behaupten, daß er socialdemokratisch angekränkt sei.

Gewiß fanden die Freisinnigen recht schroffe und treffende Wendungen über die konservativ-agrarische Landratspolitik alten Stils, der auch der jetzige Minister des Innern unbedingt huldigt, aber sie reden doch eben nur so, weil sie an dieser Stelle in der Minderheit sind, weil ihnen das Los der Unterdrückten beizubringen ist. Wo jedoch der Freisinn in der Macht ist, da handelt er genau so landräuslich und polizeiministerlich und junkerlich wie der Allgewaltige von Gröningen und Herr v. Hammerstein, wie die Jedlitz und Lünburg-Stirum. Ein eigener Zufall hat es gewollt, daß unmittelbar vor den bewegten Landtagsdebatten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung Erörterungen gepflogen wurden, die ganz auf den Ton von Hinterponieren gestimmt waren. Nur war es der freisinnige Oberbürgermeister, der hier die Rolle einer Art Gemeinde-Landrats spielte, war es die freisinnige Mehrheit, die als Chor der Junker, im Namen der Autorität der Stadtregierung die „Seher und Reichsfeinde“ zur Ordnung rief, will sagen die Socialdemokraten. Die kompakte liberale Majorität im Berliner Stadthaus ist der Socialdemokratie gegenüber sogar noch erheblich anmaßender aufgetreten als die Konservativen im Abgeordnetenhaus gegenüber den Freisinnigen. Herr Kiesner ist sicher nicht hinter den Hammerstein und Falkenhahn zurückgeblieben. Die Liberalen wollen eben nur deshalb selber keine „Seher“ sein, um andre der Heerei bezichtigen zu können. Das allseitige Betonen der eignen Loyalität entspricht durchaus dem illoyalen Verhalten gegenüber den Minderheiten. Der Freisinn ist in dieser Hinsicht um

keinen Deut besser als die Junkerschaft, die er in der Heuchelei vielleicht noch übertrifft.

Man muß den Mut haben, Seher zu heißen!

Ueber die Sitzung selbst wird uns berichtet:

Das Abgeordnetenhaus setzte am Sonnabend die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern fort. Ein wie lebhaftes Interesse die Öffentlichkeit den Vorgängen aus dem Ressort des Polizeiministers entgegenbringt, beweist die Thatfache, daß die Tribünen des Hauses, auf denen sich sonst nur selten ein vereinzelter Zuhörer blicken läßt, bereits lange vor Beginn der Sitzung überfüllt waren. In der Hauptsache machte es wohl die angekündigte Abrechnung Eugen Richters mit der Regierung sein, die das Publikum in hellen Scharen angelockt hatte.

Und die Zuhörer kamen auf ihre Kosten. Allerdings mußten sie erst eine langweilige Rede des Abg. Kirsch (C.) über sich ergehen lassen, der sich für die Bestätigung Kaufmanns aussprach, aber zugleich seine Wiederwahl bedauerte und im übrigen ein Magelied darüber anstimmte, daß seine Freunde im Rheinland von den Nationalliberalen bei der Bildung der Wählerabteilungen für die Kommunalwahlen über's Ohr gehauen werden, ohne daß die Regierung dagegen einschreite.

Etwas lebhafter wurde es schon, als Abg. v. Ehnern (nall.), der sich zur Abwechslung radikal geberdete, gegen die Verheugungen des Bundes der Landwirte donnerte, dessen Agitation viel wüster sei als die der Socialdemokraten, dessen Versammlungen aber trotzdem nicht als politische angesehen zu werden scheinen. Auch dem Minister versetzte Herr v. Ehnern einen Stieb, indem er darauf hinwies, wie lächerlich es sei, von einer Machtprobe zwischen der Berliner Stadtvertretung und der Krone zu sprechen; eine Machtprobe hätten vielmehr die Kanalrebellen mit der Krone versucht.

Die Freundschaft der Nationalliberalen mit den Konservativen ist über die Jollpolitik in die Brüche gegangen; das Klang aus Ehnerns Rede deutlich hervor. Und die Nationalliberalen haben ihrerseits nicht übel Lust, die konservative Erbschaft der Regierungsfähigkeit anzutreten. Darum bemühen sie sich, das Treiben der Agrarier möglichst schwarz zu schildern; vielleicht daß es des Königs Herz rühre!

Nachdem sich die Erregung, die die Rede des Abg. Ehnern bei den Konservativen hervorgerufen, gelegt hatte, kam Eugen Richter zu Worte, um den Fall Kaufmann einer scharfen Kritik zu unterziehen. Seine pointenreiche, von kräftigen Humor ermunterte Rede bedeutet eine Abrechnung nicht nur mit dem Minister des Innern, sondern mit unserer ganzen Regierungspolitik, mit den immer mehr in die Erscheinung tretenden „Möglichkeits“- und dem deutlichen Streben, eine Kabinettsregierung zu bilden. Treffend ironisierte er die Civilminister, die monatelang nicht Vortrag beim Könige halten dürften, aber doch für alles ohne ein Wort des Widerspruches die Verantwortung übernehmen müßten, und deren Stellung im Grunde genommen genau so untergeordnet sei wie die der Kanzleibeamten, die lediglich die Uebereinstimmung des Konzepts mit der Reichschrift zu bescheinigen hätten. Es war für den Abg. Richter ein Leichtes, dem Minister Freiherrn v. Hammerstein die zahlreichen Widersprüche in seiner Rede vor Augen zu führen und ihm nachzuweisen, daß er noch viel reaktionärer sei, als sein Amtsvorgänger Herr v. Rheinbaben, den doch niemand eines übertriebenen Liberalismus beschuldigen könne. In der That ist die Haltung des Herrn v. Rheinbaben lange nicht so reaktionär gewesen, wie die des jetzigen Ministers, da er in fast allen Fällen, wo eine Bestätigung verlangt war, die Gründe hierfür angab, während Herr v. Hammerstein nicht einmal das für nötig hält. Ein Irrtum ist es übrigens, wenn Herr Richter die gewaltige Zunahme der socialdemokratischen Stimmen bei den letzten Stadtverordnetenwahlen dem Mähmut über die Nichtbestätigung Kaufmanns zuschreibt. In erster Linie ist die socialpolitische Rückständigkeit des Berliner Kommunalfreisinn von bestimmendem Einfluß gewesen.

Ueberaus kläglich war die Antwort des Ministers, in der er sich gegen die wüthige Anklage Richters zu verteidigen suchte. Wohl noch nie hat ein Minister einen so mitleidigen Eindruck erweckt. Herr v. d. Rede selbigen Angedenkens hätte ja in solchem Fall sicher auch recht schlecht abgeknitten, aber etwas geschickter hätte selbst er sich aus der Affaire zu ziehen gewußt. Ein Minister, der sich, wie Herr v. Hammerstein, als parlamentarischer Reuling vorstellt, um Gnade bittet und sich, nachdem er gesagt hat, daß er eigentlich nichts zu sagen hat, wieder setzt, spielt wirklich eine höchst komische Rolle. Die Linke erwartete von ihm wenigstens eine schwache Verteidigung; als er geendet hatte, herrschte zuerst etwa eine Minute lang eisiges Schweigen; erst dann brach die Linke, die sich von ihrem Erstausen kaum erholen konnte, in schallendes Gelächter aus.

Verteidigergerstanden dem Minister in den Konservativen Freiherrn v. Heydebrand und Graf Limburg-Stirum, die ihrer Freunde über sein Auftreten Ausdruck gaben und sich auf den Standpunkt stellten, daß kein Minister verpflichtet sei, die Gründe für die Nichtbestätigung anzugeben. Offenbar haben die Herren bereits vergessen, daß sie selbst es waren, die vor noch nicht allzulanger Zeit ein sehr deutliches Wort mit der Regierung redeten, weil ihnen die Gründe für die Maßregelung der Kanalrebellen nicht mitgeteilt waren. Heute drücken die Junker nur deshalb dem Minister ihr Vertrauen aus, weil er der Mann ist, den sie sich wünschen, der Raum, mit dem sie schalten und walten können, wie es ihnen beliebt.

Imponiert hat der Minister den Konservativen sicher nicht. Imponiert hat er nicht einmal seinen eignen Räten, die staunend dabei saßen, und, um ihm zu zeigen, wie ein echter Polizeiminister aufzutreten hat, den jüngsten von ihnen, einen Herrn v. Falkenhahn, vorschieden, der mit edler Schneidigkeit den Berliner Stadt-

verordneten vorwarf, sie hätten Herrn Kaufmann nur aus Laune wiedergewählt.

Der alte Langerhans gab die Erklärung ab, daß die Berliner Stadtverordneten sich an die Wahl Kaufmanns so lange gebunden halten, bis der König über die Bestätigung oder Nichtbestätigung entschieden hat. Wenn der Minister keine Entscheidung herbeiführe, verstoße er gegen das Recht der Krone.

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Friedberg (nall.) und Dr. Barth (fr. Bg.) gesprochen, wurde die Debatte auf Montag vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar.

Der Reichstag

hielt am Sonnabend eine kurze Sitzung ab, in der zunächst der Rest des Militär-Etats erledigt wurde. Herr Bachem benutzte als Referent die Gelegenheit, dem verflochtenen sächsischen Finanzminister von Waidorf einige Wahrheiten nachzurufen. Herr von Waidorf hatte in einer Denkschrift an die sächsische erste Kammer die ungereimte Behauptung aufgestellt, daß der Reichstag es sei, der durch seine Finanzpolitik die Einzelstaaten belaste. Das Gegenteil ist ungefähr richtig. Der Reichstag hat gebremst, während der Bundesrat, dessen Mitglied Herr v. Waidorf war, noch Millionen über Millionen mehr für Heer und Flotte verlangte. Freilich hätte der Reichstag noch viel mehr bremsen sollen, und es liegt lediglich am militär- und flottenfrommen Centrum, wenn die Finanzklemme des Reiches und der Einzelstaaten so rapid gewachsen ist. Aber Herr v. Waidorf ist in der That der Letzte, der ein Recht hätte, sich darüber zu beschweren.

Der sächsische Bundesbevollmächtigte, Graf Hohen-thal machte nicht den Mund auf, um seinem früheren Kollegen beizuspringen. Gestürzte Minister sind sehr uninteressante Persönlichkeiten auch für ihre Freunde, die im Amt geblieben sind.

Unsere Interpellation über den gefehlwidrigen Versuch der Weihenauer Anstaltsbehörden, unsren Genossen Dr. Winter als Winkelfonsulenten zu behandeln, fand durch die befriedigende Erklärung des Grafen Posadowsky ihre rasche Erledigung. Man wird nun in Preußen nicht mehr sagen können: „Das machen wir hier so“, sondern man wird es anders machen müssen.

Beim Etat des Reichs-Finanzfonds gab der Sachsekreterär die Erklärung ab, daß der Wunsch des Reichstags, die für bedürftigste Kriegsteilnehmer bereit gestellte Summe von 6 200 000 M. auf 7 500 000 M. zu erhöhen, auf Erfüllung rechnen kann.

Am Montag steht der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern auf der Tagesordnung. —

Die Demission des italienischen Kabinetts

ist sehr überraschend gekommen. Daß die Rechte dem Ministerium ein Bein zu stellen suchte, ist weniger auffallend, als daß die Socialisten das Ministerium kaltblütig fallen ließen. Die socialdemokratische Fraktion gab sich zwar darüber längst keinen Täuschungen mehr hin, daß von dem Kabinetts Janardelli ernsthafte Thater auf dem Gebiete der Socialreform oder des Steuerwesens nicht zu erwarten seien, allein sie glaubte doch dem Kabinetts deshalb seine Unterstützung, wenn auch nur von Fall zu Fall, nicht versagen zu sollen, weil es sich wenigstens in Bezug auf die freie Betätigung der Arbeiterorganisationen sehr vorteilhaft von der infamen Anbetelungs- und Mittelpolitik des Kabinetts Saracco unterschied. Das Verhalten der Socialisten bei der Stichwahl läßt aber kaum eine andre Auslegung zu, als daß man es nicht mehr der Mühe wert erachtet, das liberale Ministerium vor dem Sturze zu bewahren.

Der Sturmlauf der Rechten läßt sich aus verschiedenen Gründen erklären. Abgesehen davon, daß der Regierungskandidat für das Kammerpräsidium, Villa, der clerikalen Reaktion als Vorkämpfer des Scheidungsgesetzes wenig sympatisch war, erklärt schon das Eintreten des Ministeriums für dies Gesetz die Haltung der reaktionären Opposition. Zwar soll Giolitti, der Minister des Innern, vor wenigen Tagen erst eine Aeußerung gethan haben, die annehmen ließ, daß das Kabinetts selbst sich keineswegs auf dies Gesetz verleihe, allein inzwischen hat die Thronrede sich gewissermaßen für die Schaffung desselben verbürgt. Ferner ist der Rechten selbst das bishigen Steuer- und Socialreform, das die Regierung in Aussicht stellt, ein Dorn im Auge. Durch die Ermäßigung des Salzpreises würde im Staatshaushalt ein Ausfall von 16 Millionen entstehen, der durch neue Steuern, und zwar wahrscheinlich direkte, gedeckt werden müßte, eine Aussicht, die die beständigen Schichten natürlich in Aufregung versetzt. Auch die Toleranz gegenüber den Arbeiterorganisationen wird höchst unangenehm empfunden. Man hoffte deshalb durch die Abstimmung bei den Präsidialwahlen dem Ministerium zum mindesten die ernstliche Verwarnung zu geben, hinsichtlich der Interessen der Bourgeoisie mehr als bisher zu berücksichtigen.

Das Schicksal des Kabinetts Janardelli ist übrigens noch nicht definitiv besiegelt. In der heutigen Kammer-sitzung teilte Janardelli den Rücktritt des Kabinetts mit und erklärte, daß der König sich Bedenkzeit vorbehalten habe. Auf Jurebon Janardellis vertagte sich hierauf die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Janardelli sich doch noch bereit erklärt, ein neues Ministerium zu bilden, daß heißt ein solches durch eine Umbildung des gegenwärtigen Kabinetts

zustande zu bringen. Nach Meldungen aus Rom beschloßen nämlich die Führer der oppositionellen Rechten, daß von einer Ueberrahme der Geschäfte durch ein von der Rechten zu bildendes Kabinett unter den gegenwärtigen ungünstigen Umständen keine Rede sein könne, daß man es vielmehr Zanardelli und seinen Freunden überlassen müsse, zuerst die Lage zu klären und die Forderungen erst wieder — in der Thronrede — gegebenen Zusicherungen der Regierung zu erfüllen.

Die Opposition hält also einen Systemwechsel für ausgeschlossen und will sich mit einer Reorganisation des Kabinetts, einer halben Schwärzung nach rechts, begnügen. Man erstrebt eine „Politik der Sammlung“, eine Zusammenfassung aller staats-erhaltenden Elemente wie der „Popolo Romano“ — der reaktionäre Jargon ist überall der gleiche — sich ausdrückt. Und Zanardelli scheint dieser durchsichtig verfehlerten Reaktionspolitik auch gar nicht abgeneigt zu sein; läßt sich doch das „Verl. Tagebl.“ melden, daß ein zu Zanardellis Intimen gehöriges Mitglied der Regierung erklärt habe: Gott sei Dank, daß wir die Sklavenkette der äußersten Linken los sind! Jetzt können wir wenigstens wieder mal aufatmen.

Wahrscheinlich wird also ein Kompromißkabinett zustande kommen, das sich von dem bisherigen Kompromißkabinett, durch die reaktionäre Nuance unterscheidet. Im sozialer Sterilität wird dieses Kabinett das verfloßene kaum wesentlich übertreffen, höchstens wird es sachte wieder in die Bahnen des politischen Arbeitertruges einlenken. Dem Proletariat wird das kaum etwas schaden, seine Organisationen sind derartig geküßt, daß sie den bödsächtigsten Citanen schon einigermaßen zu trotzen vermögen. Und über kurz oder lang wäre die Reaktion doch herein gebrochen. Die Partei hätte aber einem solchen Kabinett gegenüber die erschöpfende Mäßigkeit, jederzeit ohne jegliche Rücksichtnahme energische und principielle Kritik üben zu können.

Aus Turin wird vom Sonnabend gemeldet:

Während der Nacht fanden eine Anzahl Versammlungen statt, in denen die Arbeiter die anwesenden Arbeiter zum Eintritt in den Generalstreik aufforderten. Der Verband der Industriellen und Großkaufleute telegraphierte deshalb an Zanardelli und protestierte gegen die nachlässige Haltung der Regierung, die durch ihr ganzes System Handel und Industrie bereits auf das Schärfste geschädigt hätte. Die Großindustriellen und die Kaufmannschaft hätte deshalb beschloßen, die Verteidigung ihrer Interessen in die eigene Hand zu nehmen. Auch in Palermo, Salerno und andern Städten fanden nachts Streikversammlungen statt, in denen ebenso zum allgemeinen Ausstand aufgefordert wurde. Heute wurden aus den verschiedensten Teilen des Königreichs große Umzüge von Streikenden angelündigt. Die Führer versuchen besonders auch die Bäcker, Fleischer und Gasarbeiter überall in den Ausstand hineinzuziehen, um auf die Weise den Druck auf die Regierung zu verschärfen.

Deutsches Reich.

Der Prinzenempfang in New York.

Der programmäßig heute stattfinden sollte, scheint eine Verzögerung eintreten zu sollen, da der „Prinz Wilhelm“ infolge unglücklicher Witterung wahrscheinlich verspätet eintreffen dürfte. Die bürgerliche Presse erhebt deshalb bereits ein rührendes Lamentieren, nicht der dem Sturm geschäftlichen Reisenden und der Seefahrer der armen Specialkorrespondenten wegen, sondern wegen des möglicherweise ins Wasser fallen des Empfanges.

Nach einer telegraphischen Meldung aus New York würde bereits eine Verspätung von fünf bis sechs Stunden genügen, um die Aufstellung eines gänzlich neuen Programms nötig zu machen, was namentlich für die Stadt New York eine große Enttäuschung bedeuten würde, da der Empfang des Prinzen Heinrich ihren Hauptantrieb an den Festlichkeiten bildet. Sollte sich eine Landung des Prinzen bis Sonntag nicht ermöglichen lassen, so wird er vielleicht ohne feierlichen Empfang im Boot an Land gehen; die Vertreter der Stadt würden sich ihm dann in ihrer amtlichen Funktion erst am Tage des Stapellaufs der Nacht vorstellen.

Welches nationale Mißgeschick! Treulofer Regier! Am Lande werden sich die Reisenden um so sorgfamer Obhut erfreuen können.

Für die Sicherheit des Prinzen Heinrich von Preußen auf amerikanischem Boden sind umfangreiche Vorkehrungen getroffen worden. Wenn auch, wie eine Korrespondenz mitteilt, offiziell die Befürchtungen nicht geäußert werden, sondern geglaubt wird, daß Prinz Heinrich ohne jegliche Gefahr überall hingehen kann, so wird doch dem Schutze der Person des Prinzen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Gouvernements-Sicherheitsbehörden in Amerika stellen zum Schutze des Prinzen zahlreiche Detektivs, welche auch an der Eisenbahnfahrt des Prinzen durchs Land teilnehmen. In New York, Chicago, Philadelphia, Milwaukee, kurz, in allen Städten, die der Prinz besucht, sind die Polizeibehörden schon jetzt angewiesen, strengste Observation über die neu Zugereisten zu halten und Verdächtige in Haft zu nehmen. Auch sollen deutsche Kriminalbeamte schon vor einigen Wochen nach Amerika entsandt worden sein, um dort das Terrain zu sondieren.

Prinz Heinrich und Dewey.

Man schreibt uns aus London: Es ist nicht der mindeste Grund vorhanden, die Washingtoner Nachricht des New Yorker „Herald“ in Zweifel zu ziehen. Englische Zeitungen können da nicht vorliegen, da der „Herald“ antientlich ist. Wer nur einigermaßen mit den Verhältnissen der englischen und amerikanischen Presse bekannt ist, weiß, daß der „Herald“ in ruffischen Diensten steht, um Englands Einfluß in den Vereinigten Staaten zu schädigen. Der Washingtoner Korrespondent der „National Review“ hat zu Beginn des Jahres 1901 diese Anklage gegen den „Herald“ öffentlich erhoben, aber der „Herald“ war nicht im Stande, diese Beschuldigung auch nur mit einem Worte abzuschwächen. Hebrigh wurde die Nachricht über den prinzipialen Brief auch durch eine Depesche des New Yorker Zeitungsbureaus „Associated Press“ bestätigt. Daran ist also gar nicht zu zweifeln. Eine Entschuldigung gegenüber den Vereinigten Staaten war wohl am Platze, nur war sie an die richtige Adresse gerichtet. Sie sollte jenen tüchtigen deutschen Elementen gelten, wie Schwarz, Sorge usw., die der preussische Absolutismus im Jahre 1848 aus Deutschland verjagte und die zur Größe Amerikas soviel beigetragen haben. Wegen einem solchen Brief hätten wir nichts einzuwenden.

Der demokratische Abg. Wheeler aus Kentucky hat zahlreiche Briefe, Depeschen und Kabeltelegramme erhalten, die ihn zu seiner Rede beglückwünschten.

Ein Arbeiter-„Freund“. In den ersten Tagen des Februars d. J. hat sich in der Gegend der Socialdemokratie in aller Stille eine entscheidende, ja erschütternde Wendung vollzogen. Nachdem sie bis dahin in erfolgreichster Weise für die Interessen der Arbeiterklasse eingetreten war, wurde die Socialdemokratie plötzlich zu einem „Wiegewicht“, das an der Arbeiterbewegung hängt und ihre „gemeine Entwicklung“ hemmt; zu dieser Erkenntnis kommen die Arbeiter immer mehr und die gegenwärtig starke Strömung für eine Zentralisierung der Gewerkschaft, d. h. für die völlige Loslösung der Arbeiterbewegung von einseitigen unfruchtbareren Fortschreitungen wird zweifellos in absehbarer Zeit die Oberhand gewinnen.

Ferner hat sich an diesem unheilvollen Februartage herausgestellt, daß die „Socialdemokratie“ der Arbeiterbewegung diskreditiert;

Die Arbeiter werden dies allmählich begreifen, sie werden begreifen, daß die Verquickung ihrer berechtigten Bestrebungen zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage mit unfruchtbareren utopistischen Parteibestrebungen sie von der Erreichung ihres Zieles weit abtreibt. Die Arbeiter müssen aber auch begreifen, daß die Verfolgung ihrer Interessen nicht identisch sein kann mit dem rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeitgeber und deren Interessen. Es ist widerwärtig und selbstmörderisch, Forderungen aufzustellen, welche unerfüllbar sind, welche den Arbeitgeber an der Fortführung und Weiterentwicklung seines Betriebes auf das empfindlichste zu schädigen geeignet sind: Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind hier identisch.

So wörtlich zu lesen in einem langen Artikel des Dr. jur. Richard Freund, durch den er die einst erschaffte „Socialistische Praxis“ auf den Kurs der Treuekalkulation zu bringen mit Erfolg bemüht ist.

Und warum hat sich diese entsehlte Erkenntnis dem braven Dr. Freund aufgedrängt? Warum ist die Socialdemokratie plötzlich zum Feind der Arbeiter geworden, nachdem sie sich — wie Herr Freund angenehmen gerührt — die größten Verdienste um das Proletariat erworben? Weil — man denke — die socialdemokratische Fraktion nicht für die Resolution Sachide-Röske gestimmt hat!

Herr Freund gehört zu der nicht mehr seltenen Gattung listiger Arbeitergönner, die durch scheinbares Wohlwollen und Entgegenkommen das zum Massenbewußtsein erwachte Proletariat wieder einschläfern und seinen Interessen abwendig zu machen suchen. Anfangs pflegen diese Herren nicht nur der Arbeiterschaft Sympathie zu zeigen, sondern auch — wenn auch mit Vorbehalt — der Socialdemokratie. Allmählich müssen sie erkennen, daß ihre Betriebsamkeit erfolglos bleibt, dann werden sie ungemächlich und bemühen sich, Mißtrauen und Zwietracht zwischen Arbeitern und Partei zu säen. Wenn sie zugleich die Hoffnung treibt, daß ihre „schlau“ Angriffe gegen unsere Partei „oben“ gern gesehen und vielleicht belohnt würden, so steigert das die gereizte Sinnlosigkeit und Kränkung ihrer „wohlwollenden“ Polemik. Allerdings verfahren nicht alle Vertreter dieser moralisch und intellektuell unangenehmen Richtung so plump wie Herr Dr. jur. Freund, der es fertig bringt, gleich bis zur Verbrüderung der verhäuteten Interessenharmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern vorzudringen. Er hat es aber auch nicht mehr nötig, sich um das Vertrauen der Arbeiter zu bemühen, weil er sehr gut weiß, daß er es längst verloren hat. Die Berliner Arbeiter, so weit sie mit ihm in Beziehungen treten müssen, haben ihr anfängliches Vertrauen seit geraumer Zeit verloren. Um so pudriger ist es, daß er sich in dem Artikel gleichsam als Wortführer der Berliner Arbeiter aufspielt. Mag er das Vertrauen, das ihm die Arbeiter entgegen haben, bei den Unternehmern und — andernwo wiederfinden!

Es fällt uns nicht ein, den krausen Unsinn des Freundlichen Artikels im Einzelnen zu widerlegen. Ein Wort sei nur gesagt gegen die humorvolle Meinung, als hätte die socialdemokratische Fraktion durch ihre Ablehnung der Resolution Röske-Sachide irgendwie Arbeiterinteressen verletzt. Wir haben bereits in unserer Nummer vom 4. Februar auf die Wertlosigkeit der Resolution hingewiesen. Für Herrn Dr. Freund ist dies aber ein Grund, „so gänzlich, unzulänglich, daß es sich nicht verlohrt, darauf hinzuweisen“. Tatsächlich hängt natürlich die Beurteilung der Angelegenheit einzig und allein davon ab, ob die Annahme der Resolution Nutzen bringen kann oder nicht.

Die socialdemokratische Fraktion stimmte gegen die Resolution, weil die Annahme derselben eine wirkliche Förderung des Arbeitsvermittlungproblems nicht bringen kann, wie z. B. auch Herr Dr. Jastrow, sicherlich ein Sachkenner auf diesem Gebiete, ausgeführt hat. Die Fraktion ist hier nicht von ihrem oft geübten Verfahren abgewichen, auch geringen socialpolitischen Verbesserungen zuzustimmen, wenn die weitergehenden Anträge abgelehnt sind. Noch niemals aber hat sie leeren Scheinreformen zugestimmt, deren Annahme dazu führen würde, daß die ersten Reformen der Socialdemokratie dann nachträglich leicht abgelehnt werden könnten unter dem Vorwand, die Socialdemokratie habe selbst schon für jene bis zur Wertlosigkeit unzulängliche Scheinreform ihre Zustimmung und Billigung gegeben. Der socialdemokratische Gesetzentwurf betreffs Einführung von Arbeitsämtern fordert eine umfangreiche paritätische Regelung des Arbeitsnachweises für das Reich von Gesetzeswegen. Diesem Antrag gegenüber bedeutet die Resolution Röske-Sachide eine absolute Nichtigkeit; stellt sie es doch in das Belieben der Regierung eines Herrn Wölter, ob sie in solchen Orten die Einführung eines kommunalen Arbeitsnachweises veranlassen will, in denen ein Teil der Unternehmer einen solchen gefordert hat. Die socialdemokratische Fraktion hatte soweniger Anlaß, dieser völlig verwässerten Schein-Socialpolitik der freilich-berichtigten Wasserpolizei zuzustimmen, als der socialdemokratische Gesetzentwurf sicherlich eher zur Beratung im Reichstag gelangen wird, als der in der Resolution geforderte Regierungsentwurf.

Kommt unser Antrag zur Verhandlung, so wird es sich zeigen, ob die socialpolitische besessenen Parteien, die für die Resolution stimmten, für eine ernstliche Förderung der Arbeitsnachweises-Frage und damit der Arbeiterinteressen zu haben sein werden.

Woeblts. Der Wirkliche Geheim Ober-Regierungsrat Dr. v. Woeblts ist heute verstorben. Woeblts, ein Bureaukrat reaktionärer Haltung, wurde drohteren Kreisen bekannt durch die 12000 Mark-Affäre, in der bekanntlich die Verantwortung für den politischen unfairen Handel auf ihn als den damaligen Direktor des Reichsamt des Innern gewälzt wurde. Woeblts wurde infolgedessen auch als Sündenbock als Präsident des neugeschaffenen Reichs-Aufsichtsamts für das Privat-Versicherungswesen in die Strafverbamung geschickt.

Deutschland und die Integrität Chinas. Das Berliner Krupp-Organ sieht sich veranlaßt, der englischen „Regendenbildung“ entgegenzutreten, daß die deutsche Regierung den Protest Amerikas gegen die russischen Absichten auf die Mandchurei gebilligt habe. Deutschland habe nur informatorische Kenntnis von dieser diplomatischen Aktion der Union erhalten, ohne sich jedoch zu irgend einer Begutachtung veranlaßt zu fühlen. Wir bemerken wiederholt, daß kein normaler Mensch annehmen kann, daß Deutschland in China eine Politik der chinesischen Integrität beobachte.

Von der preussischen Pressfreiheit. Vor der Thormer Straflammer fand ein eigenartiger Prozeß statt. Der leitende Redacteur der polnischen „Gazeta Porunska“, Orcjosi, und ihr Verleger Budzysinski wurden unter Anklage gestellt, weil sie nach der Behauptung der Staatsanwaltschaft Personen als verantwortliche Redactoren zeichnen ließen, welche die nötige Befähigung hierfür nicht besitzen, um sich selbst vor gerichtlichen Strafen zu schützen.

Die Vormunterung war eine umfangreiche. Die Staatsanwaltschaft ließ das gesamte Druckerpersonal des Blattes darüber vernehmen, wer die Handschriften zum Druck brachte, wer die Leitartikel schrieb usw. Die früheren verantwortlichen Redacteurs des Blattes haben eidlich ausgesagt, daß ohne ihr Wissen und Wollen kein Pausstrich in die Druckerei ging, daß ihnen auch das Recht zustand, die Pausstriche abzuändern und daß sie hieron öfters Gebrauch gemacht haben. Einer der Redacteurs sagte aus, daß er das Gymnasium absolviert und tätiges Mitglied der Redaktion gewesen sei. Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, daß der Herr nur Sigredacteur gewesen sei.

Herr Orcjosi wies nach darauf hin, daß er öfters längere Agitationsreisen machte und daß dann die Kollegen, welche jetzt als Sigredacteurs bezeichnet werden, die Redaktion selbstständig erledigt haben.

Trotz solcher Beweise beantragt der Staatsanwalt die höchst zulässige Strafe von 6 Monaten Gefängnis gegen Orcjosi.

Das Urteil lautete: Orcjosi 1 Monat Gefängnis, Budzysinski 100 M. Geldstrafe.

Das Urteil ist so unverständlich, daß man die Hoffnung aussprechen darf, daß die gesamte Presse — ohne Unterschied der Parteilichung — im eignen Interesse gegen das Urteil protestiert.

Schutz vor Schußwunden.

Wegen roher Mißhandlung eines zu Unrecht verhafteten Arbeiters und wegen Verletzung zum Meineid wurde der Schutzmann Reich in Danzig von der Straflammer des dortigen Landgerichts zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus, zwei Jahren Ehrverlust und dem Verlust der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Reich, der beim 1. Garde-Regiment zu Fuß gedient hat, erlitt von seinem Sohne, daß der Maurergeselle Liedtke in der Trunkenheit die Frau Reich und den Jungen geschlagen hatte. Er suchte in großer Aufregung sofort den Liebtke auf, packte ihn am Genick, schlug ihn ins Gesicht und führte ihn in die Gast ab. Unterwegs schlug er den ruhig mitgehenden Arrestanten wiederholt demachen ins Gesicht, daß jener zusammenbrach. Im Gefängnis angelangt, prügelte Reich den Liebtke mit einem Döfenzimmer und einem Gummischlauch dermaßen, daß der Gemüthliche sich vor Schmerzen am Boden krümmte. In der Zelle mißhandelte und schlug er den in einer Ecke zusammengekaukten noch dreimal. Als Liebtke gänzlich erschöpft und blutrünstig am Boden lag, ließ er von ihm ab, kam aber am nächsten Tage, einem Sonntag, mit seinem Knaben nochmals wieder und schlug abermals in brutaler Weise auf Liebtke ein, so daß selbst der Junge seinen Vater hat, er solle den Hässling nicht so schlagen. Liebtke wurde dann entlassen und ging sofort zum Arzt. Dieser stellte fest, daß das eine Auge die blutunterlaufen, der ganze Körper von den Armen bis zu den Schenkeln mit tiefen Schründen und Striemen bedeckt war, und daß die Schulter überhaupt nur eine einzige grün und blau gefärbte Stelle darstellte. Der Schutzmann hat dann versucht, einige Zeugen zu falscher Aussage zu verleiten und sich gehöhrt, er werde es den Zeugen, die nicht nach seinem Wunsche ausfagen, schon besorgen. Das Gericht bezeugte die Ausfagungen des Angeklagten als bestialisch, roh und geradezu feige. Besonders erschwerend wurde in Betracht gezogen, daß es sich um einen Beamten handelt, der gerade bestimmt ist, über Recht und Gerechtigkeit zu wachen.

Kriegsgericht. Insterburg, den 22. Februar. Das Kriegsgericht der zweiten Division verurteilte den russischen Infanterie-Schütze von der ersten Compagnie des masurenischen Infanterie-Regiments 147 wegen Fahnenflucht, Unterzählung und schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere, Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

Kiel, 23. Februar. Wegen ganz bedeutender Metall-diebstahle auf der kaiserlichen Werft verurteilte das Kriegsgericht den Obersteuermannmaat Vallowski zu zwei Jahren Gefängnis und Ausstoßung aus der Marine; den Oberfeuerwehrmaat Hlow zu 13 Monaten Gefängnis, den Heizer Rust zu 9 Monaten Gefängnis. Alle drei wurden degradirt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt.

Ein gemahregelter Regimentchef. In militärischen Kreisen erregt, wie dem „Münzler Journal“ aus Darmstadt geschrieben wird, die Abergemung der geschiedenen Großherzogin als Chef des 117. Infanterie-Regiments einigermaßen Aufsehen. Es ist wohl der erste Fall in der Geschichte der preussischen Armee, daß ein Regimentinhaber bei Lebzeiten von seiner Stellung zum Regiment zurücktritt. König Georg von Hannover sowie der letzte Kurfürst von Hessen, obwohl Landesverwiesene, waren Chef ihrer preussischen Regimenter und empfangen den monatlichen Rapport. Man vermutet, daß eine bevorstehende Heirat der Großherzogin dabei im Spiele ist.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Hessische Kammer den Wunsch ausgesprochen hat, daß ihr die Gründe der großherzoglichen Ehescheidung mitgeteilt würden. Ihrem ein wenig indistincten Wunsch soll auch gewillfahrt werden, freilich in geheimer Sitzung. Man sagt nun noch, daß gefronten Häuptern die Ehescheidung besonders nicht gemacht sei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor etwa Jahresfrist erhielten der Geh. Rat des Civilkabinetts v. Pukans, sowie der Oberbürgermeister Lentze in Barmen, desgleichen auch Krupp in Essen, anonyme Briefe, die von Beleidigungen trugen und auch Beleidigungen des deutschen Kaisers enthielten. Nach langen Nachforschungen glaubte man in dem Kaufmann Jakob Stod in Barmen den Thäter gefunden zu haben. Es wurde zweimal gegen Stod verhandelt, weil derselbe inzwischen auf seinen Geisteszustand untersucht und für geistig normal befunden worden war. Stod wurde schließlich, trotzdem er seine Unschuld beteuerte, vor einigen Monaten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil man ihn auf Grund der Gutachten der Schreiber verurteilt. Die Urteile für den Briefschreiber fielen. Nachdem Stod zur Verbüßung seiner Strafe eingezogen war, erhielt Oberbürgermeister Lentze in Barmen wiederum einen Brief ähnlichen Inhalts und anscheinend auch mit denselben Schriftzeichen der früheren Briefe. Diesmal konnte der im Gefängnis sitzende St. nicht der Briefschreiber gewesen sein. Man leitete nunmehr gegen eine andere verdächtige Person das Ermittlungsverfahren ein, konnte dasselbe aber nicht durchführen, weil der betreffende zum Kerker der preussischen Justiz das zeitliche segnete. Das von St. nunmehr beantragte und durchgeführte Wiederaufnahme-Verfahren führte dazu, daß derselbe in der am 20. Februar vor der Straflammer zu Eibersfeld stattgefundenen Verhandlung freigesprochen wurde. — Ganz abgesehen von den recht beträchtlichen Vermögensverlusten in dieser Affäre ist wohl die Frage sehr naheliegend, welche Genugthuung man dem jetzt freigesprochenen für all die erlittene Unbill, für die physische und moralische Folter der Untersuchungshaft und der zum Teil verhängten Strafe geben wird, die für den Betroffenen um so empfindlicher war, weil sich derselbe schon im vorgeschrittenen Alter befand.

Druckfehler-Berichtigung. Im gestrigen Reichstags-Entscheidungsbeschluss „Reitzeit“, „Reiterzeit“, statt „Schlange der Socialdemokratie“, „Schlange Socialdemokratie“, statt „Schlangen“, „Schlangen“, und statt „Regimentspferde“ — „Regimentspferde“ stehen.

Ausland.

Die Straßenkämpfe in Barcelona.

Ueber das Vorpiel des blutigen Dramas in der Hafenstadt Cataloniens wird der „Frankf. Zig.“ von ihrem Madrider Korrespondenten gemeldet:

Die Barcelonae Arbeiterchaft hat früher bereits wiederholt den allgemeinen Streik beabsichtigt, so z. B. als die Agitation für die Revision des Montjuich-Prozesses in vollem Gange war; später, im Herbst des Jahres 1900, als die Spinner und Weber des Ter-Zales die Arbeit einstellten, sodann im Herbst 1901, als die Arbeiter und Straßenbahn-Bediensteten in Barcelona in den Ausstand traten. Auch in andern Städten, wie Coruna, Gijon und Sevilla, sind im vorigen Jahre Ausstände angebrochen, die belnabe in eine allgemeine Arbeitseinstellung ausliefen. Die jetzt in Barcelona zum Ausbruch gekommene Bewegung ist unstreitig die ausgedehnteste und furchtbarste, die je in Spanien vorgezindet worden ist. Nicht nur die Arbeiter sämtlicher Fabriken und Werstätten,

sondern auch, wie ich bereits telegraphisch mitgeteilt habe, alle Ladenbesitzer, Apothekergehilfen, Handwerksburschen, Träger, Straßenbahnbediensteten, Antiker, Pförtner, Hausdiener, Anzuger usw., die gesamten Streikkräfte des Arbeiterproletariats haben sich dem zuerst durch die Hüttenleute erklärten Streik angeschlossen. Die Hüttenleute, etwa 10000 an der Zahl, verlangten den Neunkundentag, und wenn dieser ihnen bewilligt worden wäre, so wäre wahrscheinlich der allgemeine Streik verhütet worden. Die Arbeitgeber, die großen Werke „Maquinista Maritima y Terrestre“, die eingemeinert unter der Kontrolle des Staates stehen, an der Spitze, zeigten sich jedoch unnachgiebig, und so ist denn das Unheil herein-

gebrochen. Delegationen der Barcelonaer Ausständigen durchzogen ganz Spanien, um Unterstützung bei den übrigen Arbeitercentren zu suchen. Es heißt, sie hätten im großen Ganzen keine bedeutenden Geldbeträge erzielt, aber jedenfalls sind sie zum Ausbleiben ermuntert worden. Am letzten Sonntag haben in Madrid, Bilbao, Saragossa, Sevilla und anderen Städten Arbeiterversammlungen stattgefunden, auf denen mit großer Begeisterung Zustimmungsbriefe an die katalonischen Genossen beschlossen wurden. In Barcelona selbst fanden nicht weniger als 44 Meetings statt, um die Parole zum allgemeinen Streik auszugeben. In unzähligen Exemplaren wurde unter den Arbeitern aller Gattung ein Ruf verteilt, der wie folgt lautet:

„Genossen! Nun ist der Karneval vorüber, die schöne Schau-
stellung des Luxus und der Verschwendung, die unsre Ausbeuter jedes Jahr veranstalten, um verfräht unsern Glend und unsern Hunger Hohn zu sprechen. Während auf der Straße in Massenanzügen, Blumenkränzen und Kapelladen, auf Böden, in Cafés und Restaurants das Gold in Haufen cirkuliert und der Sekt in Strömen fließt, hatten Tausende und abermals Tausende von Arbeitern weder Nahrung noch Kleidung und sahen sich den bittersten Entbehrungen preisgegeben. Also der Karneval auf der Straße ist vorüber und nun beginnt der Karneval der Kirche, nämlich die Fastenzeit, das heißt für die, die keinen Dispens laufen können. Wir erachten, daß der ganze Wummenschanz lange genug gedauert hat. Es ist zu Ende mit unserm Geduld, unsern Witten und unsern maßvollen Benehmen! Der Augenblick ist gekommen, wo wir fest und energisch auftreten müssen, um die Bemühungen der unglücklichen Hüttenarbeiter, die seit zehn Wochen streiken, wirksam zu unterstützen. Bisher sind unsere Ausbeuter so unnachgiebig und herausfordernd gewesen, weil sie das einmütige Zusammengehen aller Arbeiter für unmöglich halten. Auf, Genossen und ehrsame Volk! Laßt uns alle die Arbeit niederlegen, vom Straßenkehrer bis zum Maschinenführer, vom Hausknecht bis zum Schriftfeger, vom Auslader bis zum Ladenkonditor, alle, mit einem Wort, die arbeiten. Keiner rühre mehr die Hand! Als Antwort auf die Weigerung der bestirrenden Blutlanger diene die Dürre, das Schweigen, der Hunger für alle! Ohne Nahrung, ohne Trank, ohne Licht und ohne Wärme werden unsere Feinde kapitulieren! Es lebe der allgemeine Ausstand!“

Die „Frankf. Ztg.“ giebt des weiteren eine Anzahl englischer Meldungen wieder, nach denen wache Straßenkämpfe in geschlagen wurden, bei denen die Artillerie in der umfangreichsten Weise mitwirkte und in denen Hunderte von Menschen auf dem Plage geblieben sein sollen.

Die neuesten Telegramme lauten beruhigender:
Barcelona, 21. Februar. Heute Abend war die Stadt etwas belebter, da auf Anordnung die öffentlichen Gebäude wieder geöffnet wurden und die Straßenbahnen verkehrten. Die Seher weigern sich noch immer, zu arbeiten, so daß die Zeitungen nicht erscheinen konnten. Der Generalkapitalist gestattete den Zeitungsbesitzern, Seher aus andern Städten kommen zu lassen. Es kam im Laufe des Abends zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Ausständigen und der Polizei, bei welchen fünf Personen verwundet wurden. Nach Meldungen, die hier aus den benachbarten Industrie-Orten eingelaufen sind, hat sich die Lage dort erheblich verschimmert.

Madrid, 22. Februar. Aus Valencia, Valladolid, Tarragona und Sevilla wird gemeldet, daß dort Ruhe herrscht. Auch in Barcelona hat sich die Lage seit der Verhaftung der Anarchistenführer gebessert.

Dänemark.

Der Verkauf der westindischen Inseln. Aus Washington wird weiter gemeldet: Es wird nicht notwendig sein, den Zusammenhalt des Kongresses und dessen Approbation des Kaufes der dänisch-westindischen Inseln abzuwarten. Sobald die Ratifikationen des Traktats ausgetauscht sind, wird die Flagge der Vereinigten Staaten auf den Inseln gehißt und die 5 Millionen Dollar werden, wenn sie nicht schon bewilligt sind, als Staatsschuld der Vereinigten Staaten aufgeführt.

Der Unterhändler W. Christmas hat durch „Myans Bureau“ eine Erklärung an die Zeitungen verfaßt, worin er an Eidesstatt versichert, daß kein Mitglied der geschiedenen Versammlung der Vereinigten Staaten, soweit ihm bekannt sei, direkt oder indirekt an dem Inselkauf pecuniär interessiert sei. — In seinem umfangreichen Geheimversteck ist aber Seite für Seite von Beschuldigungen die Rede und Christmas faßt hier die Geschichte seiner Thätigkeit wie folgt zusammen: „Ich habe nach besten Kräften für die Sache gearbeitet. Ich habe mit vielen Hunderten von Personen gesprochen, eine Anzahl von Zeitungsartikeln geschrieben, konferiert, überredet, bestochen, Diners und Suppers gegeben, alle meine Gelder gebraucht, viel Geld geliehen und wieder verbraucht. — Ich habe Verpflichtungen den Personen gegenüber, die mich so eifrig sowohl im Kongreß als auch in der Presse unterstützt haben. Und diese Personen würden unzweifelhaft, wenn sie um ihre Forderungen gekämpft würden und ihre Interessen bedroht wären, mit eben so großem Eifer gegen die Sache arbeiten, wie sie bis jetzt dafür gearbeitet haben.“

Wie das Innen-Ministerium die Interessen der Reeder wahrnimmt. Nach dänischem Gesetz haben sich die angemesterten Schiffmannschaften dem staatlichen Inspektionsbeamten auf dessen Bureau vorzustellen, andernfalls dürfen sie nicht von den Reedern in Dienst genommen werden. Anlässlich des Heizerstreiks hat, wie bekannt, der Minister des Innern diese Bestimmung außer Kraft gesetzt und der Beamte hat nun selbst auf dem Streikbrecher-Schiff zu erscheinen, um die Angemesterten in Augenschein zu nehmen.

Schweden.

Revision des Gesetzes zum Schutz gegen Verunreinigung. Der Abgeordnete Bergström hatte in der zweiten Kammer einen Antrag zwecks Herbeiführung einer Revision der veralteten Arbeiterschutzbestimmungen des obengenannten Gesetzes eingebracht. Es handelt sich hierbei auch besonders darum, daß eine Uebersichtnahme herbeigeführt wird zwischen dem Verunreinigung-Gesetz und dem Unfallversicherungs-Gesetz. Diesem letztgenannten, neuen Gesetz sind eine Anzahl Erwerbszweige unterworfen, auf die die Schutzvorschriften keine Anwendung finden. Seit der Revision des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit und seit der Einführung der Unfallversicherungs-Versicherung herrscht bei den Fabrikinspektoren und deren vorgefertigter Weibchen große Unklarheit darüber, welche Betriebe der Inspektion unterstellt sind, welche nicht. Der Antrag Bergströms, der eine Besserung dieser Zustände bezweckt, war von der Reichstags-Kommission, die sich mit seiner Prüfung befaßt, verworfen worden und die erste Kammer lehnte ihn ebenfalls ab. In der zweiten Kammer wurde er aber nach lebhafter Debatte mit 109 gegen 93 Stimmen angenommen.

England.

Die Socialreform der Lords.

London, 20. Februar. (Fig. Ber.)
Gegen Ende Oktober 1901 gaben wir auf dieser Stelle einen längeren Bericht über die Untersuchungen der Specialkommission des Oberhauses betreffend den frühzeitigen Lebensschluß. Neunzig Prozent der vernommenen Zeugen sprachen sich für die

socialpolitische Maßregel aus. Letzten Mittwoch beantragte Lord Avebury — unter diesem Namen ist jetzt der frühere Sir John Lubbock, Bankier, Naturforscher und Schriftsteller bekannt — die zweite Lesung der Bill. Nach einer Debatte, die sich fast ganz im menschlichen Fahrwasser bewegte, wurde die Bill mit 67 gegen 26 Stimmen verworfen. Graf von Bampf, ein anarchoistischer Aristokrat, protestierte im Namen der persönlichen Freiheit gegen die Tyrannei der Majorität und dieser Protest war ausschlaggebend gegen eine Bill, die bestimmt war, Hunderttausenden von jungen Männern und Frauen die 14stündige Arbeitszeit um etwa zwei Stunden zu verlängern.

Belgien.

Judenkonferenz. In der Sonntagsabend-Sitzung, welche unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten de Smet de Naeyer stattfand, nahm die Judenkonferenz die Beratung über die Fassung wieder auf, welche den in die eventuelle Konvention aufzunehmenden Bestimmungen zu geben ist, über welche ein Einvernehmen bereits erzielt ist. Es handelt sich namentlich um den Grundsat der Unterdrückung der Prämien, um die nähere Bestimmung der verschiedenen Kategorien der Prämien und um das Prinzip der Maßregeln, die gegenüber denjenigen Ländern zu ergreifen wären, welche der Konvention nicht beitreten, sowie um ein besonderes Verfahren gegenüber denjenigen Ländern, welche keinen Juden ansähen. Nächste Sitzung Montag.

Der Boeren-Krieg.

De Wet abermals entkommen.

London, 21. Februar. Der „Standard“ meldet aus Pretoria vom 21. Februar: De Wet hat in der Nacht vom 10. Februar mit 400 Mann die Posthauslinie, 10 Meilen westlich von Lindley entsetzt, durchbrochen und ist nordwärts weiter gegangen. Einige Mann seiner Abteilung durchschnitten in aller Ruhe den Stacheldraht an dem erwähnten Punkt und machten auf diese Weise den Weg für das ganze Kommando frei. Wie dem „Meuterischen Bureau“ aus Heilbrunn von vornehmern gemeldet wird, lauten die letzten Meldungen dahin, daß De Wet sich nördlich von Reich in seinen alten Schlupfwinkel längs des Liebenberg-Flusses befindet.

Ritchener meldet aus Pretoria, den 21. d. Mts.: Oberst Paul übertraf auf der Spitze einer Abteilung, bestehend aus drei hundert Mannschaften und 800 National Scouts, in den Bergen bei Rooibosch eine Boerentruppe, nahm 164 Boeren gefangen und erbeutete sämtliche Wagen, Munition usw. Unter den Gefangenen befinden sich Feldkornet Dutoit, G. Joubert, G. De Jager und Lieutenant Bissien. Auf englischer Seite waren keine Verluste.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Gau Berlin des Centralverbandes der Maurer giebt in seinem Rechenschaftsbericht vom März bis Ende Dezember 1901 einen Ueberblick der Entwicklung der Organisation und ihrer Thätigkeit. Der Gau umfaßt die Provinz Brandenburg, einen Teil Pommerns und 7 Zweigvereine in Mecklenburg-Strelitz mit 433 Mitgliedern. Beachtenswert ist die schnelle Zunahme der Mitglieder in diesen Distrikten. 1896 zählte der Verband hier 5568 Mitglieder, 1901 stieg die Mitgliederzahl auf 21108. Die in der Provinz Brandenburg ansässigen Maurer dürften zu 80 Prozent organisiert sein. In 63 Zweigvereinen stellte die Organisation im vorigen Jahre Lohnforderungen, wobei sich die Unternehmer in 42 Fällen zu Verhandlungen bereit erklärten, und in 30 Fällen kam es zur Einigung. In 20 Fällen lehnten die Unternehmer die Unterhandlungen ab, in zwei Fällen bewilligten sie nachträglich freiwillig. Der Bericht besagt, daß das Entgegenkommen der Unternehmer resp. die Verhandlung, die sie den Organisations-Vertretern bei Unterhandlungen zu teil werden lassen, von Jahr zu Jahr besser geworden ist, und kann heute fast allgemein festgestellt werden, daß die Verhandlungen nur in einigen Fällen zurückgewiesen wurden, in den übrigen Orten hat man sich gewöhnt, die entsandten Kollegen als die legitimen Vertreter der Maurer zu betrachten.

In 63 Zweigvereins-Bezirken bestehen Vereinbarungen und Verträge über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Unternehmern und der Organisation. In einigen Zweigvereins-Bezirken sind die Vereinbarungen mit den Gesellenanschlüssen getroffen, diese setzen sich aber aus organisierten Kollegen zusammen. Mitgliedschaften des Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe bestehen 21 im Gau, Zwangs- sowie freie Zimmern 34. Zimmereigenschaftens-Anschlüsse sind bei 28 Zimmern vorhanden und aus organisierten Gesellen zusammengesetzt; sechs Ausschüsse bestehen aus unorganisierten und Polieren. Außer den obigen Zimmern giebt es noch solche, die dem Zimmereigenschaftens-Anschluß nicht angehören; bei diesen sind ebenfalls in elf Fällen die Ausschüsse von Organisierten und in drei Fällen von unorganisierten besteht. Handwerkskammern sind drei im Gau: 1. Für den Regierungsbezirk Potsdam; 2. für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und 3. für den Regierungsbezirk Posen. An den ersten beiden sind die Gesellenanschlüsse durch organisierte Arbeiter besetzt.

Vollzugsverordnungen über Bauarbeiterbeschäftigung bestehen in 16 Orten und Bezirken. Besonders betont muß aber werden, daß sie fast alle erst erlassen sind, nachdem die Bauarbeiter durch ihre Vertreter im Reichstage energisch darauf drängten, also nach 1898. Die Verordnung für die Vororte Berlin vom Potsdamer Regierungspräsidenten umfaßt 68 politische Gemeinden und 17 Gutsbezirke; diese Verordnung erstreckt sich auf 17 Zweigvereinsbezirke des Berliner Regierungsbezirks und auf 15 Zweigvereinsbezirke außerhalb desselben.

Bauarbeiterbeschäftigungskommissionen bestehen in 16 Orten. Ueber ihre Beobachtungen enthält der Bericht folgendes: „Die Wunden und Aborte, wenn überhaupt solche vorhanden sind, wippen, besonders auf dem Lande, aller Beschreibung, dieser Zustand wird um so schlimmer, je weiter man den Wald nach Osten in die heimatischen Gefilde unserer Protowanderer richtet. In diesem Punkte sind unsere Kollegen an eine verflückende Bedrückungslosigkeit gewöhnt. Aber die Verherrlichung eines Mannes wird doch am besten charakterisiert durch das Vergleichen. Gegen 50 Prozent, weiter in ländlichen Bezirken beschäftigten Kollegen gehen Montags, ausgerüstet mit den Lebensmitteln für die ganze Woche, zum größten Teil bestehend aus Brot, Butter, Quark oder Schmalz, zur weitenweit entfernten Arbeitstätte. Hier müssen sie, da sie Wohnungen von ihrem langen Lohn nicht bezahlen können, in Räumen übernachten, die ihnen der Bauherr zur Verfügung stellt oder der Unternehmer mietet. Diese Selbstverdrängung wird nun seitens des Bauherrn oder Meisters als eine Gnade betrachtet, die von ihnen den Arbeitern erwiesen wird. Die Räume sind in der Regel zu klein, ohne genügend Luft und Licht, in vielen Fällen ist es der Hühnerstall oder die Scheune. Auch wird in diesen Räumen nach gelacht. Das Lager bildet eine Strohschüttung, auf welcher der Arbeiter in seinen Kleidern schläft und sich mit Kleidungsstücken zudeckt. Im Lohnbezirk D. Arons, der östlichen Ecke unseeres Gaus, trug sich folgendes zu: Ein Kollege ging zum Gutsinspektor, um von diesem einige Quid Stroh zu erlösten, das alte war vom vielen Gebrauch zu Häufel geworden und voller Hölle. Vor ihm, aber kurz zuvor und in Gegenwart des Kollegen verhandelte der Gutsbesitzer mit der Schweinemagd. Er machte dieser bittere Vorwürfe und drohte mit Entlassung, weil sie am Tage vorher den Schweinen nicht gut gestreut habe. Nun trug unser Kollege seine Bitte vor. Der Inspektor suchte ihn an und rief: „Was, Ihr habt das Stroh schon wieder verkauft!“ — und wies ihn mit seiner Bitte ab. In Krow in Mecklenburg haben im vorigen Jahre, unseres Wissens der erste Bezirk in unseerm Gau, unsere Kollegen erreicht, daß ihnen der Unternehmer neben einem guten Strohlager auch eine wolleene Decke liefern muß. Unser Ziel aber muß sein, daß jeder Maurer, wenn er übernachten muß bei

Landarbeit, eine menschenwürdige Wohnung und ein Bett in gutem Zustande sowie Waschgelegenheit auf Kosten des Unternehmers erhält.“

Bemühen sich die Maurer weiter in so eifriger Weise um den Fortschritt ihrer Organisation, dann dürfte ihr Verlangen bald erfüllt werden.

Achtung, Kleber! Trotz des Innungsbeschlusses vom 17. d. M., die Tarife nicht durch Unterschriften anzuerkennen, haben bis jetzt folgende Firmen bewilligt:

Emil Minuth, Oranienstr. 181; F. Randow, Charlottenburg, Goethestr. 14; Ad. Dannie, Mariannenstr. 7a; Rich. Bölligke, Oranienstr. 19; Steeger u. Helm, Reibuhnerstr. 20; Hagedorn, Lützow-Allee 13; Franz Syon, Sebastianstr. 20; A. Hunger, Merseburgerstr. 1; A. Guevilow, Altonaerstr. 3; G. Reinhold, Kleberstr. 35; C. Wose, Poststraße 73; Karl Schmidt, Charlottenburg, Leonhardtstr. 23; Georg Lange, Goethestr. 50; Otto Dornbusch, Rigdors; Hermann Ebers, Friedenau; Fern. Palm, Kummelsburg, Schillerstraße; Karl Raue, Friedenau; Karl Wermann, Rigdors; C. Gehrke, Reichenbergerstr. 147; Ph. Wahl, Waldmamslust; E. Kraft, Schellingstr. 3; Rich. Neumann, Courbierestr. 10; Lina Granau, Reichenbergerstr. 3; Martin Gäbler, Wienerstr. 56; Max Kolbe, Charlottenburg, Wilmerdorferstr. 83; W. Gräber, Mantelstr. 5; Otto Seeg, Rigdors, Jägerstr. 5; Jul. Fay, Postenerstr. 46; Spangenberg, Adalbertstr. 55; S. Gräber, Tegel, Berlinerstr. 10; A. Sioga, Großbeerenstr. 71; Max Verend, Rigdors, Prinz Danzbergstr. 88; Wisse, Poststr. 38; Käte, Tempelhof, Berlinerstr. 116; Kruse, Falgburgerstr. 65; Troitz, Berlinerstr. 11; Schöpe, Seydelstr. 11; Ab. Claude, Heiligegeiststr. 45; A. Benzly, Gr. Frankfurterstr. 86; A. Raiche, Kastanien-Allee; E. Wisse, Poststr. 38; Emil Heinzel, M. Alexanderstr. 3; Franz Bläschke, Pankow, Florastraße 39.

Nicht bewilligt haben und daher gesperrt sind folgende Firmen: S. Feder, Lessingstr. 6; Anhagen, Kronenstr. 11; Schuly Sohn, Friedrichstr. 37a; Schwarzer, Zinkenstr. 103; Schmalian, Neue Winterfeldstr. 21; Garmuth, Kleberstr. 28; Jander, Charlottenburg, Spreerstraße; Wolff u. Sohn, Charlottenburg, Grolmannstr. 59; Stiller, Strelikerstraße; Keller, Wiltonstr. 104; Daniel, Kastanien-Allee 86; Schöpf, Beuffelstraße 44a; Wauz, Charlottenburg, Wilmerdorferstr. 162; Krenzle, Oranienburgerstr. 12; Carl Reizheimer, Goldammerstr. 70a; Brandenburg, Kamlerstr. 23; Achilles, Pfandstr. 4; Steinborn, Dresdenerstr. 84; Weimann, Lichtenberg, Dorfstraße.

Bauhändler! Unterstützt uns in unserm Kampfe, fragt alle Kleber nach der Arbeitsberechtigungskarte und schickt alle, die nicht im Besitze einer solchen sind, nach dem Streikbureau der Kleber, Schützenstr. 18/19.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Achtung, Tischler! Die Differenzen in der Werkstatt Frey Wolter, Mühlengasse 7, sind durch Einigung beigelegt. Die Werkstatt Equy, Gr. Frankfurterstr. 123, ist gesperrt, weil dort Abzüge bis zu 15 Proz. vorgenommen wurden. Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Die Zahl der ausgesperrten Weber in Orlitz ist nunmehr durch die Kommission festgestellt. Es kommen im ganzen 2103 Personen in Betracht. Darunter sind 1165 männliche und 938 weibliche Personen. Beiderseitig sind 1274, die zusammen 2766 Kinder zu ernähren haben. Es ist zu bemerken, daß eine Anzahl bereits anderweit Arbeit erhalten, ein Teil abgereist und ein weiterer Teil sich nicht angemeldet hat, die also der Zahl der Streikenden bezw. Aussperrten zugezählt werden müssen. Organisiert sind circa 1000 Personen. Dieselben erhalten Unterstützung vom Verband, während die übrigen durch freiwillige Anwendungen unterstützt werden müssen.

In den Spiegelglasfabriken zu Hertz versuchen die Unternehmer die Löhne zu reduzieren. In dem Hünslischen Betriebe, der als Stornobetrieb vorgehoben war, haben aus diesem Grunde sämtliche Arbeiter die Arbeit bereits niedergelegt. Streikbrecher werden sich wenig finden, da von den 500 Glasbläsern, die in Hünslitz beschäftigt sind, über 450 organisiert sind, nur ist es notwendig, daß der Bezug von anderswärts ferngehalten wird.

Ein Teil der Arbeiter in der Spiegelglasfabrik hat, der unangesehnen Placieren mit den Unternehmern müde, sich mit kapitalkräftigen Kaufleuten in Verbindung gesetzt, um ein Etablissement zu erwerben und die Fabrikation auf gewerkschaftlichen Wege zu betreiben. Es ist in Aussicht genommen, 200 bis 300 Arbeiter bei 6stündiger Arbeitszeit pro Woche zu beschäftigen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau in der Fabrik.

Eine besonders interessante Verlesung fand Montag, den 17. Februar, im Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse statt; die Gewerbe-Inspektionsassistentin Fräulein Reichelt sprach über die Ergebnisse der Enquete der Gewerbe-Inspektoren von Jahre 1890, die Fabrikarbeit verheirateter Frauen betreffend. Das Resultat der Enquete bestätigte bekanntlich in vollem Umfange die von allen wirklichen Kennern unserer wirtschaftlichen Zustände stets vertretene Anschauung, daß das vom Centrum vorgezeichnete Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen eine außerordentlich unglückliche und nach Lage der Verhältnisse unmögliche Maßregel gewesen wäre.

Fräulein Reichelt entwickelte zunächst die Gründe, die die verheiratete Frau in so zahlreichen Fällen zur Fabrikarbeit treiben. Von den in Berlin befragten Frauen gab ungefähr ein Drittel an, daß sie ganz ohne männlichen Ernährer seien. Bei den übrigen reichte der Verdienst des Mannes, der im Durchschnitt etwa 19,50 Mark wöchentlich betrug, nicht hin, den notwendigen Lebensunterhalt der Familie zu decken. Besonders in ländlichen Familien ist die Ehefrau direkt gezwungen, zum Unterhalt der Familie durch eigene Arbeit beizutragen. Ein erheblicher Teil des Lohnes wird in der Großstadt allein durch die Warte (Verkaufsstellen).) Daß die Arbeiterfrauen vielfach der Fabrikarbeit so unbedingt vor der Heimarbeit den Vorzug geben, erklärte die Vortragende aus mehreren Gründen. Die Frau habe in der Fabrik meist nur leichte Arbeit zu leisten, während der Lohn der Fabrikarbeiterin ein wesentlich höherer sei als der der Heimarbeiterin. Bei 9—10stündiger Arbeitszeit habe sich ein Verdienst von 8—24 M., ein durchschnittlicher Lohn von 12 M. wöchentlich ergeben; in vielen Fällen werde überhaupt der gesetzliche Arbeitstag von 11 Stunden für Frauen nicht voll ausgenutzt, sondern nur 10 Stunden gearbeitet. Es habe sich gezeigt, daß die Ehefrauen im allgemeinen stets für kurze Arbeitspausen und einen frühen Schluß der Arbeit einzutreten pflegen, um nach ihres Heimkehr noch Zeit für Haus und Familie zu gewinnen; die Gewerbe-Inspektion mache es sich zur Aufgabe, eine solche Teilenteilung zu, wo sie gewünscht werde, stets zu befristeten. Gegenüber der maßlos ausgedehnten Arbeitszeit in der Heimarbeit gewähre die Thätigkeit in der Fabrik somit der Ehefrau schon in diesem Punkte große Vorteile. Ebenso seien die sanitären Zustände in den Fabriken meist ungleichmäßig besser als in der Wohnung der Arbeiterin. Es ständen ihr dort große, helle und gut ventilirte Räume zur Verfügung und sie vermeide es zudem, die eigene Wohnung durch die Arbeitsmaterialien zu verunreinigen.

Besondere sittliche Gefahren der Fabrikarbeit seien für die verheiratete Arbeiterin nicht vorhanden; es wurde im Gegen-

*) In der Diskussion stellten die anwesenden Arbeiterinnen fest, daß für Berlin gegenwärtig mindestens 20—24 M. monatlich auf Warte aufgegeben.

teil oft hervorgehoben, daß diese einen sittlich erzieherischen Einfluß auf die jungen Arbeiterinnen übe. Allerdings böte die Fabrikarbeit nach anderer Richtung hin auch schwere Nachteile für die verheiratete Frau. Die kleinen Kinder bleiben zu Hause oft sich selbst überlassen oder sie werden der nicht immer genügenden Obhut von Verwandten und Bekannten anvertraut, die Kleinen auch häufig während der Abwesenheit der Mutter in eine der bestehenden Krippen gegeben, deren Zahl für das vorhandene Bedürfnis aber bei weitem nicht ausreicht. Die Ernährung der Familie ist ungenügend; sie muß den Tag über sich mit Kaffee und Brot behelfen, um dann erst abends eine warme, oft auch nicht hinreichend kräftige Mahlzeit zu verzehren. Die Erziehung der Kinder wird vernachlässigt.

Die Arbeit in einer Anzahl von Industrien bringt ferner schwere Gesundheitschädigungen für die Frau mit sich, insbesondere in allen den Industrien, die metallische Gifte verwenden, ferner in der Zolabfabrikation, die Nitroinvergiftung erzeugt, und andern mehr. Auch die Schwindfrucht fordere unter den doppelt überlasteten Frauen zahlreiche Opfer.

Um ein Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen könne es sich indessen nach den Ergebnissen der Enquete keinesfalls handeln. Da die Frauen, wie sich erwies, nur unter dem Zwange der Not zur beruflichen Arbeit zu greifen pflegen, so müßte ein solches Verbot sie in Scharen der Heimarbeit mit ihren viel größeren wirtschaftlichen Gefahren in die Arme treiben und ihre Lage somit noch verschlechtern. Auch könnte für viele junge Arbeiter, die die Mitarbeit der Frau bei ihren Einkünften jetzt in Rechnung ziehen, ein derartiges Gesetz zu einem direkten Ehehindernis werden. Vielmehr sei es nötig, um die Gefahren der Fabrikarbeit für die Frau zu mindern, auf eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, ebenso auf den geistlichen Ausschluß der Frauen aus allen gesundheitschädlichen Betrieben und daneben durch Ausbildung der Mädchen in den Haushaltungsarbeiten die Wirtschaftsführung der Arbeiterinnen zu verbessern und die Ernährung der Familie dadurch zu heben.

Die Ausführungen der Referentin ergänzte noch Herr Gewerberat Hartmann. Er betonte, daß die von Fräulein Reichelt dargelegten Schlussfolgerungen sich notwendig aus den durch die Enquete festgestellten Thatsachen ergeben hätten. Es seien von den ca. 8000 verheirateten Arbeiterinnen in Berlin über 3000 befragt worden. Ein Vorzug der Fabrikarbeit, der ebenfalls sehr zu beachten bliebe, sei die Steiligkeit der Fabrikbeschäftigung der Frauen gegenüber den starken Schwankungen, die sich aus dem Saisoncharakter vieler Heimindustrien ergeben. Erfreulicherweise habe sich z. B. auch bei der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit gezeigt, daß die Schwankungen der Frauenarbeit weit geringere seien, als die der Männerarbeit. Die sanitären Zustände in den Fabriken hätten sich seit 20 Jahren sehr erheblich gebessert; in vielen Betrieben sei durch Einführung der englischen Nachtzeit auch heute schon der achtstündige Arbeitstag für Frauen durchgeführt.

In der lebhaftesten Diskussion, die nun folgte, nahm zuerst Frau Thier zu längeren Ausführungen das Wort. Als bei Gelegenheit der Enquete sie und andre Vertreterinnen der weiblichen Arbeiterschaft über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen befragt wurden, habe sich zu ihrer Freude eine überraschende Uebereinstimmung ihrer Anschauungen mit denen aller Kenner der einschlägigen Verhältnisse ergeben. Wenn wie in Berlin, von allen befragten Frauen über 50 Proz. direkte Not oder Erwerbsunfähigkeit des Mannes als Grund ihrer Mitarbeit angeben, sei es von vornherein klar, daß sich ein Verbot der Fabrikarbeit als ausgeschlossen erweise. Um die gesundheitschädlichen Folgen desselben für die Frauen einzuschränken, sei dagegen ein gesetzliches Verbot jeder Fabrikarbeit für Mädchen unter 16 Jahren dringend erwünscht, da gerade der jugendlich entwickelte Organismus der schweren Arbeit nicht gewachsen sei; ferner müßte der Wöchnerinnenurlaub von 8 auf 6 Wochen ausgedehnt und für diese Zeit der Frau durch die Krankenkassen eine ausreichende Krankenunterstützung gesichert werden. Der Behauptung der Referentin, daß die Arbeit der Frauen in der Fabrik meist eine leichte sei, widersprach Frau Thier. In einzelnen Industrien werden Frauen sogar zum Schleppen schwerer Lasten herangezogen; auch dies sei gesetzlich zu verbieten. Ebenso könne sie sich nicht der Meinung anschließen, daß die Fabrikarbeit keine sittlichen Gefahren für die Frau mit sich bringe. In einzelnen Betrieben, besonders dort, wo, wie z. B. in der Cigarettenfabrikation, der Teppichweberei usw. zahlreiche Mädchen nur einem Meister unterstellt sind, herrsche eine wahre Putschwirtschaft; in vielen andern führe der Mangel an gefonderten Ankleideräumen für Frauen zu argeu Umständen.

Ein Durchschnittslohn von 12 M., wie ihn die Vortragende angab, sei zu hoch gegriffen. In den Teppichwebereien werden durchschnittlich 5—6 M. wöchentlich verdient, bei den Blumen- und Federnarbeiterinnen durchschnittlich monatlich 30 M. bei solchen Hungerlöhnen sei eine Organisierung der Arbeiterinnen beinahe unmöglich.

Um der Verantwortung besonders der kleinen Kinder der arbeitenden Frauen vorzubeugen, müßte für eine Errichtung von Krippen in ausreichendem Maße agitiert werden.

Frau Tieg weist darauf hin, daß im Centrum der Stadt vielfach frühere Privatwohnungen, die unverändert geblieben, zu Fabrikräumen benutzt werden, obwohl sie sanitär dazu durchaus ungeeignet sind. Herr Gewerberat Hartmann habe die geringeren Schwankungen der Frauenarbeit gegenüber der Männerarbeit hervorgehoben. Diese Erscheinung finde aber darin ihre Erklärung, daß eben in Zeiten ausgedehnter Arbeitslosigkeit die Frau an Stelle des Mannes den Unterhalt schaffen müsse. Frauen übernehmen dann sogar vielfach direkt die früher von Männern geleistete Arbeit nur für einen sehr viel geringeren, in einzelnen Konstatierten Fällen für 1/3 des früher gezahlten Lohnes.

Wenn die gesetzliche Arbeitszeit der Frauen zuweisen nicht voll ausgenutzt werde, so herrsche auf der andern Seite ein Entgegenkommen der Behörden in Bezug auf die Bewahrung von Ueberstunden, das zu einer gefährlichen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte führe. Ebenso werde durch die Schulbehörde viel zu häufig Dispens der Kinder vom Schulbesuch vom dreizehnten Jahre an gewährt; die Arbeitstakt dieser Kinder werde dann fast regelmäßig in der Heimarbeit ansagebener.

In Bezug auf unsre hiesige Gewerbe-Inspektion meinte Frau Tieg, es sei das lebenswürdige Entgegenkommen der Inspektoren den Wünschen und Beschwerden der Arbeiterinnen gegenüber dankend anzuerkennen; doch wäre es wünschenswert, den Vertreterinnen der weiblichen Arbeiterschaft auf irgend einem Wege auch eine persönliche Rücksprache mit Fräulein Reichelt zu ermöglichen.

Herr Gewerberat Hartmann entgegnete darauf, daß regelmäßige Sprechstunden von Fräulein Reichelt abgehalten werden, in denen sie für jedermann zu sprechen sei; die Gewerbe-Inspektion wünsche selbst durchaus einen persönlichen Verkehr der Arbeiterinnen mit der Inspektoren; auch bahne sich in letzter Zeit ein solcher erfreulicher Weise immer mehr an. Sämtliche Mängel im Fabrikbetriebe aufzudecken, sei bei der Fülle der Arbeit und dem häufigen Wechsel mancher Betriebe der Fabrikinspektion allerdings unmöglich; auf die Löhne, deren Niedrigkeit in verschiedenen Industrien mehrfach hervorgehoben wurde, habe das Gewerbe-Inspektorat ja nicht den mindesten Einfluß.

Es beteiligten sich ferner an der Diskussion Fräulein Grünberg, die in Bezug auf die Heimarbeit den Standpunkt des Schneiderverbandes vertrat, Fräulein Waader, die darauf hinwies, daß auch die Arbeiterinnen selbst die Aufgabe der Inspektoren erleichtern könnten, indem sie sich auf vorhandene Mängel aufmerksam machten und Fräulein Simon.

Am Schluß der Versammlung teilte der Vorsitzende noch mit, daß am nächsten Vereinsabend Fräulein Helene Simon über Robert Owen referieren werde.

Ein Beweis gegen die Hausgenossenschaft.

In der „Zukunft“ bespricht Professor Dr. Hertner das Buch der Genossin Bramm über die Frauenfrage. Die Besprechung ist im allgemeinen sehr günstig; aber auch das Gegenteil böte uns selbst-

verständlich keinen Anlaß, uns mit der Besprechung zu beschäftigen. Nur einige beiläufige Bemerkungen darin geben uns Gelegenheit zur Illustration der Genossenschaftlichkeit, die auch Herrn Hertner als Maßstab für die Qualität einer wissenschaftlichen Leistung dient. Herr Hertner läßt nämlich die Hausgenossenschaft, für die Bily Braun beläufiglich mit Wärme Propaganda macht, scheitern an — der gemeinsamen Wadewanne. Er schreibt:

„Die gering aber auch innerhalb unsrer modernen industriellen Arbeiterkluft die Disposition für gemeinsame häusliche Einrichtungen ist, zeigt mir folgende Erfahrung. Eine Baugenossenschaft richtete in ihren nur allein großen, etwa sechs Familien beherbergenden Häusern ein allen Hausbewohnern gemeinsames Wadezimmer ein. Und der Erfolg? Erst vielfacher Streit über die Art der Benutzung, schließlich vollkommener Verzicht darauf.“

Das soll nun beweisen, daß die genossenschaftliche Hauswirtschaft keine Zukunft habe. Solche professionelle wissenschaftliche Gründlichkeit zahlt allerdings nicht zu wundern bei einem Manne, der das Buch von Engels über den Ursprung der Familie ein oberflächliches und unsauberer Nachwerk nennt und gleichzeitig die hauptsächlichsten Ursachen für den Zerfall der russischen und sibirischen Hausgenossenschaften in dem Umstande findet, daß sich — die Weiber darin zankten.

Herr Hertner würde es vermutlich auch als einen Beweis gegen die Möglichkeit der genossenschaftlichen Hauswirtschaft ansehen, wenn sich die sechs Familien seiner Baugenossenschaft anstatt über die gemeinsame Wadewanne, über — das gemeinsame Bett entzweit und dann auf die Benutzung verzichtet hätten.

Pankow. An die Zeit des seligen Sozialistengesetzes erinnerte eine Volksversammlung, die am Sonntagmorgen hier stattfand und in der Genossin Janny Jule über „die wirtschaftliche Notlage“ sprach. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte der Geschäfts- und Kasienbericht der bisherigen Vertrauensperson Genossin Berner. Für eine umfangreiche Propaganda unter den Frauen sei Pankow insofern wenig geeignet, weil nur wenig Fabrikarbeiterinnen vorhanden seien; es haben daher auch nur zwei öffentliche Versammlungen unter ihrer Leitung stattgefunden, in denen „die Wohnungsnot“ und „der Wert der Konsumvereine“ erörtert wurden. Für das ganze Jahr betrug dementsprechend ihre Einnahme 20,45 M., für eine Ausgabe von 20,15 M. gegenübersteht, wonach ein Ueberschuß von 30 Pf. verbleibt. Von der Wiederwahl einer Vertrauensperson am Ort rate sie den Genossinnen ab, empfehle dagegen eine Kreis-Vertrauensperson zu wählen.

Gegen den Vorschlag wurde kein Einwand erhoben. Die Vorsitzende erinnerte an die bevorstehenden Kommunalwahlen, bei denen auch die Frauen ihr Interesse bekunden könnten, indem sie für die Wahl von Sozialdemokraten für die dritte Wählerklasse agitieren und vor allem auch die demnächst stattfindenden Versammlungen besuchen, in denen alle zum Wohle der Gemeinde nötigen Verbesserungen besprochen werden sollen, zu denen gerade auch die Frauen Vorschläge zu machen haben, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens; wie auch die Krankenversicherung für Heimarbeiterinnen beantragt werden müsse.

Genossin Kranfeld wies dann auf die Vorgänge der Konsumvereine hin im Gegensatz zu den Rabatt-Sparvereinen und legte den Frauen den Beitritt nahe, damit man in abschbarer Zeit dazu komme, in Pankow eine Verkaufsstelle einzurichten.

Der Ueberwachte erinnerte nun daran, daß laut Weisung des Kreisvorsitzers auf der Anmeldebefehligung, „die Versammlung während des um sechs Uhr beginnenden Nachmittags-Gottesdienstes nicht tagen dürfe.“ Im Einverständnis mit den Versammelten erklärte die Vorsitzende, daß auf Grund des Vereinsgesetzes eine solche Beschränkung nicht verfügt werden könne und die Versammlung sich das Recht weiter zu tagen nicht nehmen lasse, zudem Tanz als Störung nicht angesehen werde und überall während der fraglichen Zeit stattfinden können. Darauf löste der Ueberwachte die Versammlung auf, wogegen von den Einrufern Beschwerde geführt werden wird.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schönbergs und Umgegend hält am Sonntag den 23. Februar 1902 in Obst's Festsaal, Weiningerstr. 8, seine halbjährliche General-Versammlung ab. Tages-Ordnung: Halbjährlicher Bericht, Abrechnung vom Weihnachtstfest und vom Wollentab, Diskussion. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Sociales.

Der englische Arbeitsmarkt im Januar hat sich gegenüber dem Dezember etwas gehoben, hat aber nicht die Höhe des vorjährigen Januar erreicht. Der Prozentatz der von den Gewerkschaften dem englischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen war am Ende des Januar höher als im Vorjahre, aber niedriger als der Durchschnitt des gleichen Monats in den letzten 10 Jahren. — In den 151 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 553 218, von denen Berichte an den englischen Arbeitsamt eingehen, wurden 24 470 oder 4,4 Proz. als arbeitslos gemeldet. Im Dezember 1901 wurden 4,6 Proz., im Januar des Vorjahres jedoch nur 4 Proz. als arbeitslos ermittelt, während der durchschnittliche Prozentatz der Arbeitslosen im Januarmonat der letzten zehn Jahre von 1892—1901 5,3 Proz. betrug. — An Veränderungen der Lohnhöhe im Laufe des Januar waren 156 678 Personen beteiligt, das Netto-Resultat war eine Lohnverminderung von durchschnittlich 46 Pf. pro Woche und Kopf. Eine Erhöhung erlangten nur 2783 Personen. Von den Lohnherabsetzungen entfällt der Hauptteil auf die Kohlenarbeiter von Süd-Wales, denen in der Zahl von 135 000 auf Grund der gleitenden Lohnskala Lohnabzüge gemacht wurden.

Gewerkschaften.

Ein Strafverfahren gegen den früheren Reichstags-Abgeordneten Freiherrn v. Münch ist dem Vernehmen nach beim Landgericht I Berlin anhängig gemacht worden. Es handelt sich hierbei um angebliche Beleidigungen des württembergischen Ministers des Innern Dr. v. Bülck, des Medizinalrats Dr. Diez und des O. A. R. Stiefenhofer in Hord. Die Klage richtet sich gegen die jüngst von Freiherrn v. Münch veröffentlichte, in einem Berliner Verlage erschienene Schrift „Württembergische Rechtspflege und Verwaltung“.

Deutsche Kulturthaten in Preussisch-Polen. Aus Bromberg wird berichtet: Ein Seite nstüd zum Breschener Schulstrassen-Prozess bildet die Verhandlung, die am Dienstag vor der Strafkammer des hiesigen königl. Landgerichts beginnt. Im Dorfe Djanonowo bei Labischin hatten etwa 20 Familienwäter an die königliche Regierung aus Bromberg eine Beschwerde gerichtet, in der u. a. bemerkt wurde: „Seitdem der Lehrer Kühn als zweiter Lehrer angestellt ist, werden die Schullinder von diesem in jurakbarer Weise mißhandelt. Die Zustände in der Schule sind infolgedessen geradezu unbalbar.“ An der Spitze dieser Beschwerde stand der Gemeindevorsteher Albert Ormina. Dieser hatte etwa 14 Tage später eine neue Eingabe an die hiesige königliche Bezirks-Regierung mit der Bitte gerichtet, ihn in der Untersuchung gegen Kühn als Zeugen vernemen zu lassen. Die Beschuldigungen gegen den Lehrer Kühn sollen sich jedoch nicht bewahrheitet haben. Die Schulbehörde ist vielmehr der Ansicht, Ormina sei der Urheber der ersten Beschwerde; er habe sie verfaßt und abgefaßt und die Unterzeichner zur Unterschrift aufgefordert, und zwar um den deutschen Lehrer Kühn aus seiner Stellung zu entfernen und einen Lehrer polnischer Nationalität zu bekommen. Da die Eingabe geeignet sein soll, den Lehrer Kühn verächtlich zu machen und ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, so ist von der vorgesetzten Behörde des Lehrers Kühn gegen Ormina der Strafantrag wegen

Beleidigung gestellt worden. Ormina wird sich daher am Dienstag vor einangangs bezeichneten Gerichtshof wegen Behauptung nicht erwieslicher Thatsachen auf Grund der §§ 185, 186 und 198 des Strafgesetzbuches zu verantworten haben. Der angeklagte Gemeindevorsteher will den Beweis der Wahrheit in vollem Umfange führen. Er hat deshalb die geächteten Kinder und deren Eltern als Zeugen laden lassen. Von der Staatsanwaltschaft sind Kreisfiskalinspektor Kempf aus Warschau und der interessierte Lehrer Richard Kühn als Zeugen geladen. Die Verteidigung wird Justizrat Wolinski-Posen führen.

Wegen Verbreitung einer unächtigen Schrift verurteilte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I den Schriftsteller Hugo Cohn zu 30 M. Geldstrafe. Der Angeklagte hatte ein kleines Buch unter dem Titel „Der Wagners“ erscheinen lassen, und dieses Buch hat die Strafkammer als einen Verstoß gegen die guten Sitten erachtet. — Eine gleichlautende Anklage hatte die neunte Strafkammer gegen den Herausgeber des „Satyr“, Eduard Kengel, zu verhandelt. Dieser wurde freigesprochen.

Eine Anklage wegen Diebstahls und Verletzung des Briefgeheimnisses führte gestern den 22-jährigen Handlungsgehilfen Walter B. vor die 130. Abteilg. des Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte bei einem Kolonialwaren-Händler in Stellung gestanden und sich treu und ehrlich geführt. Es war ihm aber gekündigt worden, weil er sich den Anordnungen seines Prinzipals nicht hatte fügen wollen. Der Angeklagte hatte sich um eine neue Stellung in Potsdam beworben. Ueber er Antwort auf sein Gesuch erhielt, ließ an seinen Prinzipal aus Potsdam ein Schreiben ein. Der Angeklagte folgerte ganz richtig, daß Erfindungen über ihn eingezogen würden, und um zu verhindern, daß sein Prinzipal eine schlechte Auskunft über ihn erteile, nahm er erst Kenntnis von dem Inhalte des Briefes und vernichtete dann denselben. Einige Tage später sprach der Potsdamer Kaufmann persönlich bei dem Prinzipal des Angeklagten vor, wodurch die Handlungswiese des letzteren entdeckt wurde, welcher dadurch nicht nur der neuen Stellung verlustig ging, sondern noch obige Anklage erhielt. Der Gerichtshof nahm zu Gunsten des bisher unbescholtenen Angeklagten an, daß nicht Diebstahl, sondern nur Unterschlagung vorliege und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 20 M.

Die Verhandlung wegen des Altonaer Eisenbahn-Unglücks findet am 21. März vor dem Landgericht Baderborn statt. Angeklagt sind die Blockwärter Meyer und Kleinjans-Altenbolen und der Zugführer Peters-Berlin.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ein grauhaftes Verbrechen

wird uns durch ein Privattelegramm aus Lötzen in Sachson gemeldet. Die Polizei ermittelte, daß der Straßenbahnfahrer Lerch den bei ihm wohnenden Fabrikwächter Pratsch am 1. Januar 1900 erwürgte und ihm seine Ersparnisse im Betrage von 2500 M. raubte. Dem Leichnam hatte Lerch eine und Kopf abgehakt und in die Elbe geworfen.

Lerch ist mit seiner Ehefrau, die schon ein Geständnis abgelegt haben soll, verhaftet worden.

Zu der Lötzen Mordaffäre wird der „Chemnitzer Allg. Ztg.“ noch gemeldet: Unter den Habseligkeiten des Ermordeten befand sich auch ein Ring, den die Frau Lerch trug. Obwohl dieselbe bei der Ermordung des Pratsch zugegen war, kam erst durch diesen Ring das Verbrechen an den Tag.

Die württembergische Regierung und der Kompromißantrag zum Zolltarif.

Stuttgart, 22. Februar. (W. Z. V.) In einer längeren Betrachtung über den Kompromißantrag zum Zolltarif erklärt der „Staatsanzeiger für Württemberg“, die Erklärung des Staatssekretärs Grafen v. Poladowsky werde auch bei denjenigen, die in den bisherigen Regierungserklärungen immer noch eine für Zollserhöhungen bemerkbare Hinterthüre finden zu können glauben, die letzten Zweifel beseitigen. Wie bei dem Herkennzollfrage des Kompromisses ein befriedigender Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn möglich sein sollte, sei nicht abzusehen. Die württembergische Regierung glaube die Grenze des Möglichen und Erträglichsten bei den Sägen des Entwurfs erreicht zu haben. Mit diesen Anschauungen habe sie im Bundesrat nicht allein gestanden und die nunmehrige Erklärung des Grafen v. Poladowsky zeige, daß die Reichsregierung auf dem gleichen Boden stehe. Es sei zu hoffen, die Landwirte werden sich davon überzeugen, daß derjenige, welcher der Landwirtschaft mögliche, aber erreichbare Vorteile zu verschaffen suche, ihre Interessen besser wahr, als derjenige, der ihr goldene Schätze zeige, die nicht gehoben werden können.

General Voith über die Kriegslage.

Breslau, 22. Februar. (W. Z. V.) Der vom Kriegshauptquartier eingetroffene Dr. Albrecht, welcher Briefe des Generals Voith nach Europa gebracht hat, bezeichnet die gegenwärtige Lage günstiger als zu Beginn des Krieges. Mehr als 20 000 kriegstüchtige Boeren ständen im Felde, die Blockhäuser seien nur ein unbedeutendes Hindernis. Die Engländer seien demoralisiert. Die jüngsten Erfolge der Boeren seien in einem so günstigeren Augenblick erzielt, als sich denken ließe, demnächst im Anschluß an die holländische Friedensaktion mit den Boerenführern Unterhandlungen anzuknüpfen.

Hotelbrand.

New York, 22. Februar. (W. Z. V.) Bei der Feuerbrunst im Parkavenue-Hotel sind fünfzehn Personen umgekommen, etwa fünfzig erlitten Verletzungen. Es herrschte Sturm mit Regen und Hagel. Das Feuer brach kurz nach 1 Uhr nachts im Dach des Militärarsenals aus. Die Polizei räumte zunächst ihr Augenmerk darauf, die Bewohner der benachbarten Häuser zu retten. Gegen 2 Uhr sah man die Flammen die Fenster des fünften Stockwerks des Parkavenue-Hotels umzingeln; alsbald erschienen die überflachten Bewohner um Hilfe schreiend an den Fenstern. Die Feuerwehreute legten Leitern an und retteten zahlreiche Personen, verschiedene Frauen stürzten sich jedoch von der Höhe des fünften Stockwerks auf die Straße hinab. Andre Bewohner erstickten in dem Rauch.

Schneesturm.

New York, 22. Februar, 2 1/2 Uhr nachmittags. (W. Z. V.) Seit 24 Stunden herrscht hier ein Schneesturm, wie er seit dem Jahre 1888 hier nicht schlimmer vorgekommen ist. Alles ist mit Schnee und Eis bedeckt. Die Straßen befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustande.

Frankfurt a. M., 22. Februar. (W. Z. V.) Nach einer Meldung der „Zf. Ztg.“ aus Barcelona ist das dortige Zollamt lahmgelegt. Die Zahl der bloß Verhafteten beträgt 300. Die Polizei fand bei vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei dem Herausgeber eines Anarchistenblattes ein Verzeichnis sämtlicher Anarchisten Europas.

Rom, 22. Februar. (W. Z. V.) Die Mehrheit der Arbeiter hat sich hier durch Abstimmung in der Arbeitskammer gegen den allgemeinen Ausstand ausgesprochen.

Turin, 22. Februar. (W. Z. V.) Seit einigen Tagen herrscht hier in Arbeiterkreisen Aufregung wegen eines Ausstandes der Gasarbeiter. Da die Gasgesellschaften sich einem Schiedsgericht nicht unterwerfen wollten, beschloß die Arbeitskammer den allgemeinen Ausstand, doch rief sie gleichzeitig, jede Gewaltthatigkeit zu vermeiden. Die große Mehrzahl der Arbeiter ist indessen gegen den Ausstand und thatsächlich sind bis jetzt nur einige tausend Arbeiter in den Ausstand getreten.

Reichstag.

150. Sitzung vom Sonnabend, 22. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Gohler. Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei den „Einmaligen Ausgaben“.

Gemäß den Beschlüssen der Kommission werden gestrichen: 600 M. von 10 550 M. für Beschaffung von Turn- und Fechtgeräten usw.

800 M. von 7310 M. für Beschaffung von Armeefahrrädern, 45 000 M. von 130 000 M. zur weiteren Beschaffung von Geräten für Aufsichtsstellen-Abteilungen.

Zum Neubau eines Geschäftshauses für das Militärkabinett mit der geheimen Kriegskasse werden 25 000 M. als erste Rate für den Entwurf verlangt.

Die Kommission beantragt, den Titel zu streichen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Weiter werden gestrichen:

200 000 M. zur Beschaffung eines Garnison-Exerzierplatzes in Fulda.

200 000 M. von 800 000 M. zur Ausstattungsergänzung einer Kaserne in Mainz.

21 250 M. von 89 500 M. zur Geräte-Ausstattung für verschiedene Kasernen.

15 000 M. für den Neubau einer militär-technischen Hochschule in Charlottenburg.

119 896 M. von 2 240 870 M. zur Beschaffung von Handwaffen zc.

1 000 000 M. von 2 000 000 M. zur Beschaffung von Material und Munition für die Feldartillerie.

2 000 000 M. von 10 000 000 M. zu weiteren Beschaffungen für Zwecke der Artillerie.

4000 M. zum Neubau eines Dienstgebäudes in Spandau.

100 000 M. von 200 000 M. zur Vergrößerung des Schießplatzes bei Lummersdorf.

120 000 M. für ortsbauartige Einrichtungen auf dem Truppenübungsplatz Reichenau.

24 000 M. von 150 000 M. zur Herstellung von Unterbringungs-Räumen für Artillerie-Material.

500 000 M. von 1 000 000 M. zur Beschaffung von Feldbahnmaterial.

10 188 000 M. von 19 728 000 M. zur Vervollständigung der wichtigeren Festungsanlagen.

Neu bewilligt werden dagegen auf Antrag der Kommission:

4 728 000 M. zur Umgestaltung der minder wichtigen Festungen und 1 500 000 M. zu Befestigungen am Oberrhein.

Weiter werden gestrichen:

15 000 M. von 50 000 M. zum Neubau von Magazinanlagen in Burgun.

161 000 M. von 261 000 M. zu Erweiterungsbauten in Burgun.

30 000 M. von 100 000 M. für Neu- und Erweiterungsbauten in Dresden.

100 000 M. von 900 000 M. für Neubauten von Kasernen in Chemnitz und Burgun.

Im Etat für Sachsen hat die Kommission aus etatsrechtlichen Gründen eine Position aus den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats in die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats gebracht. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission in scharfer Weise zu den Ausführungen einer von dem früheren Finanzminister v. Wagdorf der sächsischen Ständekammer vorgelegten Denkschrift Stellung genommen.

Verichterstatter Dr. Vachem (C.) führt hierüber aus: In der Denkschrift wird dem Reichstag ein Vorwurf gemacht wegen des Nichtzustandekommens einer Reichs-Finanzreform und es heißt da: „man“ habe kein Verständnis für die Finanzlage und „man“ habe sich nicht gekümmert, in immer steigendem Maße Lasten auf die Bundesstaaten zu legen. Es wäre angebracht gewesen, daß der sächsische Finanzminister mit einer solchen Kritik im Reichstag erschienen wäre, dann hätte im kontradiktorischen Verfahren sein Verhältnis der Finanzgebarung des Reichstags sich erweitern lassen. Dieses „man“ trifft in erster Linie auf den Bundesrat zu, dessen stimmberechtigtes Mitglied Herr von Wagdorf war. Die Lasten, die aus Forderungen des Reichstages sich ergeben haben, z. B. für die Kriegsinvaliden oder Postassistenten, reichen nicht entfernt an die Mehrforderungen auf militärischem und Flottengebiete, die zum Teil in schärfstem Kampf mit dem Reichstag und mit starken Abstrichen durchgeführt worden sind. Das Bestreben, eine vernünftige Rücksicht auf die Finanzlage walten zu lassen, ist beim Reichstag ein erheblich größeres gewesen, als in erkennbarer Weise bisher beim Bundesrat. Auf die falsche Auffassung der Denkschrift von der Finanzgebarung des Reichstags verlobne sich nicht mehr einzugehen, da Herr von Wagdorf jetzt Finanzminister a. D. ist.

Es folgt die Beratung der Interpellation Albrecht (So.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß, im Widerspruch mit dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbe-Ordnung und mit der Erklärung, welche der Staatssekretär Graf Posadowsky im Reichstage in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu Weuthen den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Reichsangelegenheiten gewerbmäßig besorge, zur Umstellung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Hoch (So.):

§ 35 der Gewerbe-Ordnung handelt von der gewerbemäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bestimmt, daß Personen, die dies Gewerbe betreiben, die Eröffnung ihres Betriebes der Polizei mitzuteilen haben. In den Motiven wird gesagt, daß diese Maßnahme sich vor allem gegen die Winkeladvokaten richten solle, durch die häufig die Arbeiter übervorteilt werden. Nun sind aber die Arbeitersekretariate gegründet worden, um den Arbeitern die nötigen Rechtsbelehrungen sachgemäß und unentgeltlich zu geben. Es ist also widersinnig, auf sie die Bestimmungen anzuwenden, die sich gegen die Winkeladvokaten richten. Anherdem hat aber Graf Posadowsky bei der zweiten Beratung der letzten Novelle zur Gewerbe-Ordnung auf eine Anfrage meines Parteigenossen Nebel ausdrücklich erklärt, daß Arbeitersekretariate nicht als Personen angesehen werden könnten, die gewerbemäßig in Rechtsangelegenheiten Rat erteilen. Es sei zu unterscheiden zwischen geschäftsmäßigem und gewerbemäßigem Betrieb. Trotz alledem ist bekanntlich im letzten Jahre der Arbeitersekretär Winter in Weuthen vom dortigen Landgericht und vom Ober-Landesgericht in Weuthen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen Betrieb nicht angemeldet habe. Es wurde in dem Urteil zwar anerkannt, daß Winter selbst von der Landesregierung direkt keinen materiellen Gewinn habe, und daß durch das Sekretariat die ärmeren Bevölkerungsschichten vor gewissenlosen Winkeladvokaten geschützt würden, andererseits aber wurde betont, daß Winter von der Generalkommission der Gewerkschaften in Hamburg sein Gehalt beziehe und daß diese durch die Stärkung der Gewerkschaften in Weuthen aus einem materiellen Gewinn aus dem Arbeitersekretariat habe. Infolge dieses Urteils hat die Polizei in Weuthen bereits drei Strafbescheide in Höhe von 150 M. gegen Winter erlassen. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär alles

ihun wird, um dem klaren Wortlaut des Gesetzes Achtung zu verschaffen. (Bravo!) bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Als ich 1899 meine Erklärung abgab, habe ich geglaubt, dieselbe so klar zu fassen, daß über die Anwendung des Gesetzes kein Zweifel ist, was mit diesem Paragraphen der Gewerbe-Ordnung gemeint sei.

Ich habe meiner Auffassung auch Ausdruck gegeben in einem Schreiben, das ich auf eine Anfrage namens der verbündeten Regierungen an eine Bundesregierung gerichtet habe. In diesem Schreiben, datiert vom 4. Dezember 1901, heißt es: „Die Frage, ob die Vorschriften des § 35 der Gewerbe-Ordnung auf Sekretäre eines Gewerkschaftsvereins anwendbar sind, glaube ich verneinen zu müssen. Zur Erfüllung des Thatbestandes des § 35 muß die Tätigkeit gewerbemäßig ausgeübt werden. Daß das Gewerkschaftsstatut als solches ein Gewerbe nicht betreibt, erscheint unabweisbar, denn dazu gehört, daß es sich aus der geschäftlichen Tätigkeit eine dauernde Einnahme verschafft. Das ist aber nicht erfolgt. Weder das Statut, noch seine Mitglieder wollen eine Einnahme beziehen, sondern der Sekretär ist verpflichtet, allen, die sich an ihn wenden, seine Dienste zu leisten. Ebenso wenig ist der Sekretär als Gewerbetreibender anzusehen. Er ist nicht auf eigene Rechnung, sondern nur als ein Angestellter tätig. Die Selbstständigkeit des Betriebes ist aber für die Erfüllung des § 35 der Gewerbe-Ordnung unbedingt erforderlich.“

Als ich von den Vorgängen in Weuthen Kenntnis erhalten habe, habe ich mich sofort an den preussischen Justizminister gewandt, der dann auch sofort die Weuthener Anklagebehörde anwies, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister hat weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftsvereinen errichteten Arbeitersekretariate nicht als gewerbemäßige Betriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 35 der Gewerbe-Ordnung unterliegen.

Ich habe heute Nacht erst die Nachricht erhalten, daß die Interpellation heute auf der Tagesordnung steht, deshalb habe ich die Akten nicht zur Stelle.

Im November 1901 habe ich sie zum letztenmal eingesehen. Es stand darin, daß Herr Dr. Winter für die Anfertigung eines Schriftstückes einmal 50 Pfennig und ein anderes Mal ein e Mark bezahlt erhalten hat. Würde Herr Dr. Winter eine solche Vergütung angenommen haben, um sie an das Bureau abzugeben, dann würde nach meiner Meinung in diesem Falle § 35 der Gewerbe-Ordnung nicht zur Anwendung kommen können. Würde er dagegen persönlich eine Vergütung für die Anfertigung eines Schriftstückes angenommen haben, dann läge der Fall anders.

Die zuständigen Polizeibehörden sind vom preussischen Justizminister angewiesen worden, nach dieser meiner Auffassung zu verfahren. (Beifall.)

Abg. Singer (So., zur Geschäftsordnung): Im Namen meiner Freunde kann ich erklären, daß wir, da wir durch die Antwort des Herrn Staatssekretärs befriedigt sind, von einer Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

Es folgt der Etat des Reichs-Invalidenfonds. Einige Titel werden debattelos erledigt.

Im Kap. 83, Tit. 4, werden zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer 2 200 000 M. verlangt.

Die Kommission beantragt, den Titel vorläufig zu bewilligen, aber in einer Resolution die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Titel auf 7 500 000 M. zu erhöhen und ihre Bereitwilligkeit dazu bis zur dritten Lesung zu erklären.

Reichssekretär Graf v. Tschammer: Ein Beschluß des Bundesrats liegt noch nicht vor, ich kann aber heute schon erklären, daß einige größere Bundesregierungen sich mit dem Wunsche des Reichstags einverstanden erklärt haben. (Bravo!)

Der Titel wird bewilligt und der Rest des Etats debattelos erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Etat der Pöste und Verbrauchssteuern).

Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Hr. v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Risch (C.):

Was die Nichtbefähigung Kaufmanns anlangt, so steht hier offenbar der Krone das Bestätigungsrecht zu. Auch ist der Minister zweifellos nicht verpflichtet, für die Verfassung einer Bestätigung Gründe anzugeben. Er kann aber nicht verhindern, daß in der Presse nach den Gründen für die Nichtbefähigung geforscht wird und daß dabei Gründe vermutet werden, durch die das Ansehen der Krone nicht gewinnt, sondern leidet. Es muß dahingestellt bleiben, ob die freisinnige Bestimmung Kaufmanns das Motiv war, um ihm die Bestätigung zu verweigern. Jedenfalls konnte gegen seine persönliche Ehrenhaftigkeit und seine Tätigkeit nichts eingewendet werden. Herr Kaufmann bleibt nach wie vor ein hochachtbares Mitglied des deutschen Reichstags. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß es angezeigt gewesen wäre, Herrn Kaufmann die Bestätigung nicht zu verweigern. Ebenso unklug aber war auch das weitere Verhalten der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Sie hätte anders verfahren müssen, um ihr Ziel zu erreichen.

Abg. v. Churner (nall.):

Ueber den Fall Kaufmann dürften die Akten geschlossen sein. Die Regierung steht auf einem Rechtsstandpunkt, den wir nicht erschüttern können. Was den Fall in Grimmen betrifft, so habe ich mich sehr amüsiert über die zarbesessenen landräulichen Gemüter des Ostens (Heiterkeit), die sich so über das Lied aufregten, das ja teilweise recht albern, teilweise aber auch recht lässlich (Heiterkeit), besonders die Stelle von dem Mittelstandsal (Heiterkeit). Ich komme nun zu meinem eigentlichen Thema, dem preussischen Vereinsgesetz. Wenn das Vereinsgesetz des Herrn von der Rede seiner Zeit Gesetz geworden wäre, so wäre der Bund der Landwirte längst aufgehoben. (Heiterkeit und sehr richtig! links.)

Aber auch das jetzige Gesetz ist für den Bund der Landwirte, wie es scheint, nicht vorhanden. Zweifellos ist er ein politischer Verein, trotzdem aber waren auf der Versammlung im Circus Wank-Franzen und Militärpersonen anwesend, was gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstößt. Jedenfalls brauchen die leicht entzündbaren Gemüter der Herren vom Bund der Landwirte den Anblick der Frauen zur Anregung für ihre Reden. (Heiterkeit.) Für die Sprache, die jene Herren gegen Minister führen, ist bezeichnend ihre Stellung gegen das Vorkriegsgesetz. Es wurde gesagt, das Volk werde zu wählen haben zwischen der Wörtenreform des Herrn v. Wangenheim und der des Herrn Müller, der die Unterstützung der Sozialdemokratie, der Vörsen-Schützengruppe dexter um Singer kann verdient habe. (Hört! hört! links.) Neben Herrn von Wangenheim mögen die durch das Börsenspiel ruinieren Edelfrauen der Nation stehen. Auf der andern Seite steht neben dem Minister Müller der gesamte Handel und die preussische Regierung. Der Referent im Circus Wank hat durch seine Beleidigung des arbeitenden Volkes eine wüste Erregung im Lande hervorgerufen. Es ist bedauerlich, daß der Führer der Konserativen hier im Landtag, Graf

Limburg-Stirum, nicht mit einem einzigen Wort die Beleidigung zurückgewiesen hat. (Lärm rechts.) Nicht nur im Circus Wank, sondern auch in der Provinz wird von seiten der bezahlten Agitatoren des Bundes der Landwirte eine Agitation betrieben, wie sie von keiner Partei, auch nicht von den Sozialdemokraten, erreicht wird. (Beifalls Zustimmung links, Lärm rechts.) Ist der schwermüde Ausdruck des Herrn Dieß-Dobner jemals mit Entrüstung von dem Vorstand des Bundes der Landwirte zurückgewiesen worden? Ein Führer des Bundes sprach offen aus: „Die Aufgabe des Bundes sei es, die Bauern aufzuheben.“ (Hört! hört! links.) Der Vorsitzende des Bundes in Niederrieschen, Freiherr von Loen, führte in einer Rede aus: „Wird die Regierung die Landwirte auf den sozialdemokratischen Jalunftsiaant verstoßen?“ „Sollen wir warten, bis unser Heer nur noch aus bleichen entnervten Fabrikarbeitern besteht und aus Offizieren von der Haut ananoo mit krummen Rufen und platten Sägen?“ (Große Heiterkeit links.) In diesem Stille geht das Zeug weiter. Der Bund der Landwirte operiert so gern mit Ausdrücken wie Gott und Königskrone. Wer aber hat von der gräßlichen Flotte gesprochen? Wer hat gesagt, ohne Ranzig keine Rähne? Und wer betreibt eine Politik der Verleumdung? Schlimmster Art? Herr von Jeditz warf gestern der Berliner Stadtverordneten-Versammlung sehr mit Unrecht vor, sie wolle eine Nachtprobe gegen die Krone ansähen. Nun, leider haben auch ähnliche Anschauungen mit Bezug auf die Kanalspolitik der Konservativen Stauben gefunden! (Großer Lärm rechts.) Man glaubt, daß Sie damit die Macht gegen die Krone zur Anwendung bringen wollten, um zu zeigen, wer eigentlich im Staate herrsche. (Großer Lärm rechts.) Im Circus Wank äußerte ein agrarischer Führer: „Wenn die Minister Seiner Majestät des Kaisers herdenweise auftreten, so nennt man das Bundesrat. Dieser sagt, wir wollen alles für Euch thun, aber verlangt nur nicht das, was Ihr braucht.“

Das ist der Respekt und die Achtung vor den Autoritäten bei den Herren auf der Rechten! Die Bauern müssen glauben, daß man sie nur nach Berlin führe, um den König von seinen Ministern zu befreien. In weiten Kreisen des Volkes ist man der Ansicht, daß durch den Einfluß des Bundes der Landwirte bei den Beratungen des Postarats immer höhere Sätze gefordert werden, als sie die Regierungsvorlage enthält und dadurch ein Zustandekommen der Vorlage unmöglich gemacht wird. Gesien wurde Herr v. Jeditz zur Ordnung gerufen, weil er behauptete, Dr. Varch sei von der Sozialdemokratie angegriffen. Viele Tausende in unserem Volke aber werden in einer Stichwahl einem Sozialdemokraten vor dem Führer des Bundes der Landwirte, Dr. Dietrich Hahn, den Vorschlag geben, weil sie glauben, daß der Sozialdemokrat der gemäßigtere ist. (Große Heiterkeit links, Lärm rechts.)

Das ist die Lage in Deutschland, das Versammlungs- und Vereinsrecht wird mißbraucht, die mit der Gestaltung neuer Handelsverträge zusammenhängende Wohlfahrt des Landes wird durch die wüste Agitation eines kleinen Häufchens aufs Ärgste gefährdet, in den wild aufgeregten Bogen dieser Agitation steuern wir ins uferlose Meer. Mit atemloser, banger Spannung sieht die Nation auf die Beratungen der Postarats-Kommission. Dem neuen Minister erwächst die große Aufgabe, die Bogen zu glätten, am guten Willen dazu wird es ihm nicht fehlen, sonst wäre er nicht berufen; hoffen wir, daß er auch die Kraft dazu hat. (Bravo! links, Rischen rechts, erneutes lebhaftes Bravo! links, wiederholtes Rischen der Rechten, das die Linke mit anhaltendem Bravo! erwidert.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Mit Rücksicht auf die große Zahl der nach mir noch eingetragenen Redner, werde ich mich darauf beschränken, auf das, was mir am nächsten liegt, die Nichtbefähigung Kaufmanns, einzugehen. Herr v. Hammerstein hat sich gestern in ausfallendem Gegenjag zu seinem Amtsvorgänger Herrn v. Rheinbaben gesetzt. Dieser hat, als wir im vorigen Jahre eine Reihe von Nichtbefähigungsfällen vorbrachten, und in jedem Falle die Gründe der Regierung angegeben. Wenn nun jetzt sein Nachfolger eine entgegengelegte Taktik einschlägt, so läßt sich das nur daraus erklären, daß man im vorigen Jahre schlecht abge schnitten hat. (Sehr gut! links.) Herr Hammerstein meinte, es sei nichtig, die Gründe anzugeben. Herr Kaufmann ist eine notorische Person, dessen Privatcharakter für jedermann klar liegt. Man weiß, daß sein öffentliches Verhalten der Grund der Nichtbefähigung gewesen ist, und dieses kann die Beleuchtung von jedem politischen Standpunkt aus vertragen. (Sehr richtig! links.) Herr von Hammerstein sagt: „Die Stadtverordneten sagen mir ja auch nicht die Gründe, weshalb sie jemand wählen.“ Es handelt sich hier aber nicht um Stadtverordnete und Minister, sondern um Landtag und Minister. (Sehr richtig! links.) Und dem Landtage gegenüber ist der Minister verfassungsmäßig verpflichtet, seine Regierungsmassnahmen zu verantworten. Die Verantwortlichkeit besteht doch nicht darin, daß man nicht antwortet. (Große Heiterkeit. Sehr gut! links.) Dazu kommt, daß der Minister selbst die Bestätigung beantragt hat. Er wagt es gar nicht, das zu befreiten, er sucht es nur zu verschleiern und spricht von dem ausführlichen Bericht, den er erstattet hat. Hat er da vielleicht zur Auswahl einen Antrag auf Bestätigung und Nichtbefähigung gestellt? (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Er sprach von schwerwiegenden Gründen. In demselben Atemzuge sagt er aber, man kann den Fall milde und man kann ihn schärfer beurteilen. Ja, wenn sich die milde und scharfe Beurteilung die Waagschale hält, dann kann man doch nicht von schwerwiegenden Gründen sprechen. Er sagt, er habe sein Gewissen geprüft, wir sollten ihm vertrauen. Wenn hat er denn sein Gewissen geprüft? Als er die Bestätigung beantragte, oder als er nachher die Verantwortlichkeit für die Nichtbefähigung übernahm? Und zu wem sollen wir Vertrauen haben? Zu seiner ersten Ansicht oder darauf, daß er sie nun wie einen Handfaß umgelehrt hat. Gerade weil der Antrag der Nichtbefähigung nicht von ihm ausgegangen ist, müßte er sich für verpflichtet halten, die Gründe anzugeben. Entweder kennt er selbst nicht die Gründe, die für die Krone maßgebend waren, oder er hält sie nicht für präsentabel. (Sehr gut! links.) Es ist nicht nur konstitutionell, daß Minister die Verantwortung für die Entschlüsse der Krone übernehmen, sondern es altpreussische Tradition aus der Zeit, wo noch gar keine Verfassung bestand. Schon König Friedrich Wilhelm I. verfügte 1722: „Man solle die Sache dergestalt formulieren, daß ein etwa entstehendes Odium auf die Regierung oder ein andres Membrum der Behörden, niemals aber auf den Monarchen fällt.“ Ebenso verfügte der Markgraf Albrecht, daß das nicht aus der Kasse gehen solle, was dem Lande zum Schaden gereiche. Wenn aber dergleichen erfolgen soll, dann soll der Kassen- oder Sekretär dafür der Verantwortliche sein.“ Herr v. Hammerstein lehnt jetzt ebenso die Verantwortung ab, wie sein Landvater Graf Bismarck auf einem andern Gebiete. Dieses Vorgehen scheint also mecklenburgischer Auffassung zu entsprechen. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) Der Fall Kaufmann ist nach mehrfacher Richtung von grundlegender Bedeutung. Gewiß, es ist ihm persönlich Unrecht geschehen, das wird anerkannt weit über unsre Partei hinaus, aber was kommt schließlich auf die Nichtbefähigung eines Oberbürgermeisters an. Ich bin ja auch ein nichtbefähigter Bürgermeister. (Stimmliche Heiterkeit.) Die grundsätzliche Frage liegt darin, daß man Dinge für die Nichtbefähigung heranzieht, die 20 Jahre zurückliegen. Ich erinnere Sie an unsere früheren Kollegen Hermann Weder, der in einem Kommunistenprozeß verurteilt wurde, mehrere Jahre auf der Festung saß und dann doch Oberbürgermeister erst von Darmstadt und dann von Aßen wurde, von derselben Stadt, in der das Ministerium aus sicherheitspolizeilichen Gründen ihm den Aufenthalt untersagt hatte. Und wie ist es erst mit Miquel? (Heiterkeit links, Lärm rechts), der war ja noch viel töter, der war ja ein direkter Revolutionär, der mit Marx und Engels korrespondierte, und den

Bauernausland organisieren wollte, — der war ja noch viel schlimmer, als der Bund der Landwirte. (Stürmische Heiterkeit links. Große Lärme rechts.) Tropfen hat es Miquel bis zum Vizepräsidenten des Ministeriums und Ritter des schwarzen Adlers-Ordens gebracht. Herr Kaufmann hat seine politische Bestimmung niemals geändert, er vertritt noch heute denselben Standpunkt, der die Regierung nicht abgeben hat, dem Oberbürgermeister Jesse und dem Bürgermeister Brinmann die Bestätigung zu erteilen. Rudolf v. Gneist, der von dem Kaiserzeichen gesprochen hat, daß der Militärorganisation auf die Stürze gefährlich sei, wurde gerade und erhielt den Titel Excellenz. Sie wagen nicht zu bestreiten, daß die Militäraffäre der Grund der Nichtbestätigung ist. Das ehrengerichtliche Verfahren ist aber damals nicht einmal rechtskräftig geworden, weil es der König nicht bestätigt hat. Das Ehrengericht schlug vor, Kaufmann mit schuldigem Vorbehalt zu entlassen, es wurde ihm aber einfach der Abschied erteilt, und er darf noch heute den Titel Offizier führen. Der Verein Waldeck, den Kaufmann leitete, war ein politischer Verein wie jeder andre. Außer Kaufmann selbst haben Jesse, Langerhans, Mündel, Träger, ich selbst und viele andre dort vorgetragen. Allerdings hat sich der Verein besonders scharf gegen die antisemitische Bewegung gewendet, aber hat nicht Kaiser Friedrich gesagt, daß die antisemitische Bewegung jener Zeit Deutschland zur Sämisch gereicht habe? (Sehr gut! links.) Es sind hier nach unsrer Auffassung unverantwortliche Einflüsse mit maßgebend gewesen. (Sehr richtig! links.) Wir haben als Kenner der preussischen Geschichte alle Ursache, uns dagegen zu verwahren, daß eine Kabinettsregierung irgend einer Form sich ausbilde! (Sehr richtig! links.) Wir verübeln es den jetzigen Civilministern, daß sie nicht genug persönliche Fühlung mit dem Träger der Krone zu nehmen verstehen. Graf Bülow, der Kriegsminister, der Marine-Minister, sie alle halten Vorträge, aber wie selten kommt es vor, daß einer der übrigen Minister persönlich Vortrag beim Kaiser hält? Darüber vergehen Monate, oft Jahre. Wenn die Minister so die persönliche Fühlung mit dem Träger der Krone verlieren, dürfen Sie sich nicht über allerlei Unbilligkeiten wundern. So war es bei den beiden Berliner Straßenbahnlagen, die von der Stadt Berlin für viele Millionen erworben wurden, weil man darauf vertraute, die Ämder im Zuge der Reichstädtischen Kirchstraße durchqueren zu dürfen. Da ließ es auf einmal unten durch. Damit wurde eine unerfüllbare Forderung an die Stadt gestellt. Wenn die Minister keinen persönlichen Vortrag halten dürfen, dann bedeuten sie ja noch weniger dem Könige gegenüber, als ihnen selbst gegenüber die vortragenden Räte. Jeder Flügeladjutant kann doch wenigstens persönlich seine Meinung ausdrücken. Wenn der Minister nur die fallenden Entscheidungen zu contrahieren hat, um die Verantwortung zu übernehmen, wodurch unterscheiden sie sich dann noch von einem Kanzler, der auch nur die Schriftstücke zu unterzeichnen hat. (Große Heiterkeit links, Lärme rechts.) Es ist von keiner Seite bestritten worden, daß die Stadtverordneten-Versammlung das Recht hatte, Kaufmann wiederzuwählen. Nun wird in zwei Restriktionen des Oberpräsidenten und des Ministers die Ansicht vertreten, daß nach § 33 der Städte-Ordnung es dem Minister verwehrt ist, im Fall der Wiederwahl derselben Persönlichkeit eine nochmalige oberhöchste Entscheidung herbeizuführen. Gestern aber vertrat der Minister zu unsrer großen Ueberraschung einen ganz andren Standpunkt. Er sagte, er sei berechtigt gewesen, nach § 33 die Ämter nicht weiter zu geben, aber nicht dazu verpflichtet. Das steht in direktem Widerspruch mit den beiden genannten Entscheidungen. Das eifrige Studium des § 33, von dem der Minister sprach, muß nach dem Inhalt seines Restriktions vom 21. Dezember 1901 gelegen haben. (Sehr gut! links.) Der Minister hat selbst gesagt, daß er in einem andren Fall eine Wiederwahl zur Bestätigung vorgelegt habe, allerdings seien seit der Wahl zwei Jahre verstrichen gewesen. Wollen Sie nun, daß auch die Stadt Berlin zwei Jahre mit der Wahl wartet? Warten gelernt haben Sie doch schon genug! (Große Heiterkeit.) Der Minister bezeichnete es als „ungehörlich“, die Wiederwahl einige Tage nach der Nichtbestätigung dem König wieder vorzulegen. Der Kalender des Ministers muß eigentlich ausfallen. (Heiterkeit.) Es waren in Wirklichkeit 2-3 Monate. Der Minister meinte weiter, die Stadtverordneten-Versammlung hätte doch im Wege eines Immediatgesuches eine Entscheidung herbeiführen sollen. Wäre das etwa weniger eine Angelegenheit im Sinne des Ministers gewesen? (Heiterkeit.) Herr Minister, Sie wider-sprechen sich gar zu oft in Ihren Sätzen! Das ist mehr als für gewöhnlich selbst Minister sich widerprechen. (Große Heiterkeit und Weisfall links.) Der Minister sagte, die Berliner Stadtverordneten wollten eine Machtsprobe mit der Krone machen. Keineswegs, die Empfindung in der Berliner Bürgerschaft war allgemein die, daß die Kommune Berlin in unerhörter Weise brüskiert worden ist. Der Minister sagte, die Berliner Stadtverwaltung wolle der Krone ihre Politik aufzwingen, aber Gott sei Dank, so weit sind wir noch nicht. Gott sei Dank, daß wir einen so tapferen Minister haben (Stürmische Heiterkeit), der die Revolution in ihren Anfängen erstickt. (Erneute Heiterkeit.) Der Minister sprach von Partei-interessen. Die gibt es kaum innerhalb der Mehrheit der Berliner Kommunalverwaltung. Der Gegenkandidat des Herrn Kaufmann, Herr Dove, gehörte der freisinnigen Vereinigung an. Aufschlaggebend für die Nichtwahl Doves war, daß er noch nie in der Kommunalverwaltung thätig war. Bei der zweiten Wahl haben auch die Anhänger Doves für Kaufmann gestimmt. Der Minister meinte, die Stadt wolle ihre Macht zeigen. Das wäre bei dieser Gelegenheit lächerlich. Die Konserverativen können wohl den Kanalbau verhindern, aber die Stadt kann nie eine Bestätigung erzwingen. (Sehr richtig! links.) Politisch ist die Sache höchstens von der Socialdemokratie ausgenutzt worden. Sie hat die Beschwärde über den Oberpräsidenten beim Minister nicht gebilligt und Herr Singer hat von einem Katastrophe gesprochen. Gerade aus der maßvollen Haltung der Mehrheit hat die Socialdemokratie Agitationsstoff herzustellen versucht. Der Minister sagte, er wisse es nicht, aber er wolle es andeuten, daß in der Stadt eine politische Wahlprobe versucht worden ist. Herr Minister, wenn Sie's nicht wissen, warum sagen Sie es denn? (Lebhafte Zustimmung links.) Sehr schön nimmt es sich nicht aus, wenn ein Minister, obwohl er nichts Sicheres weiß, Verdächtigungen ausdrückt. (Erneute Zustimmung.) Der Minister sprach von der linksliberalen Presse. Aber gerade von der konservativen Presse ist die zweite Wahl sofort als eine Anfechtung gegen die Krone gekennzeichnet worden. Der Minister scheint nur diese Presse zu lesen, dann soll er sie aber nicht mit der linksliberalen verwechseln. (Heiterkeit.) Herr v. Jeddig stellte es so dar, als sei die Berliner Stadtverordneten-Versammlung im allgemeinen geneigt, sich über die Schranken des Gesetzes hinwegzusetzen. Er führte auch zwei Fälle an, die März-gefallenen-Affäre und die Petition gegen das Umsturzgesetz im Jahre 1895. In der Märzgefallenen-Frage hat sich die Regierung so heimlich benommen, daß bei jeder Erörterung der Frage sie den Schaden hat. Bei dem andren Vorkommnis handelt es sich um die alte Streitfrage über das Petitionsrecht von Kommunalverwaltungen. Ich behaupte, vom Ober-Verwaltungs-gericht ist das Berliner Polizeipräsidium viel öfter in die gesetzlichen Schranken zurückgewiesen worden und das Ministerium des Innern noch öfter (Heiterkeit) als die Stadt Berlin. Ich frage Sie, wie viel Geduld muß der Berliner Ober-Bürgermeister haben gegenüber Einmischungen von oben. Da kam nun in letzter Zeit die plötzliche Einmischung wegen der Durchquerung der Linden, die plötzliche Einmischung wegen des Feuerwerks-Entfalls, die plötzliche Einmischung wegen der Mantelkassette und schließlich die Märchenbrunnen-Affäre, wo es sich um einen unschuldigen Pflanz handelt, also die Polizei gar nichts hineinzuwerden hat. (Sehr richtig! links.) Man will der Stadt nicht nur eine besondere Ausrichtung aufzotrochieren, nein sogar einen ganz individuellen Beschma, ja spezielle Künstler. (Lebhafte Zustimmung.) Herr Rimboorn nicht mir zu. Er hat ähnliche Dinge in Köln erfahren. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Zustände erinnern an die Zeit des Waters des Großen Kurfürsten, der sich auch fortwährend in die Berliner Bauhätigkeit einmischte. Die Lust an der Selbstver-

waltung wird durch solche Dinge gelähmt. (Sehr richtig links.) Den Vorteil haben nur die Socialdemokraten, sie haben ihre Siege bei den Wahlen an 28 erhöht. Herr Singer hat es deutlich ausgesprochen, daß der Unmut über die Behandlung der Stadt von oben viele Wähler ins socialdemokratische Lager geführt hat. (Sehr wahr! links.) Die innere Politik ist nur geeignet, Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie zu führen. (Erneute Zustimmung links.) Man solle es sich doppelt überlegen, ob man eins der wichtigsten Fundamente unsres Staatslebens, die Selbstverwaltung ohne zwingende Gründe erschüttert. (Lebhafte, stürmische Weisfall links.)

Minister Herr v. Hammerstein:

Als parlamentarischer Reuling fühle ich mich der altgewohnten Verehrbarkeit des Abg. Richter nicht gewachsen. Seine Rede erinnerte mich an den bekannten Ausspruch: Gebt mir drei Worte meines Gegners und ich bringe ihn auf's Schafott. Herr Richter hat meine geistigen Worte zerstückelt, Zusammengehöriges zerrissen, nicht Zusammengehöriges aneinander gereiht. Alle Verlodungen des Abg. Richter werden mich aber nicht aus der Reserve herausbringen, die ich schon gestern als meine Richtschnur bezeichnete. (Bravo rechts.) Ich bin dem Abg. Richter gewissermaßen dankbar für die guten Ratschläge, die er mir erteilt hat über das, was ich als Minister thun soll und was nicht. Ich weiß nur nicht, ob ich in der Lage sein werde, davon Gebrauch zu machen. Ich kann Herrn Richter nicht als Richter anerkennen über die königlichen Verfügungen. Aber das Obium königlicher Entscheidungen nehme ich in vollem Umfange auf mich. (Bravo! rechts.) Ich überlasse es dem Hause, über mich zu urteilen. Dem Urteil des Einzelnen steht aber mein Urteil gleichwertig gegenüber. (Schwaches Bravo rechts, lebhaftes Lachen links. Rufe links: Einen solchen Minister haben wir noch nicht gehabt! Erneutes Lachen links.)

Abg. Dr. v. Seydebrand und der Laia (L):

Abg. v. Eynern hat sich mit dem Bunde der Landwirte beschäftigt. Wie gehört das zum Ministerium des Innern? Er gehört doch nicht zu den Gründern des Bundes. (Lachen links.) Herr v. Eynern hatte aber doch thatsächlich verdammt wenig gegen den Bund vorgebracht. Er konnte nur ein paar Redensarten aus dem Circus Wusch citieren, die allerdings unpassend gewesen sein mögen und die über das Ziel hinausgeschossen. (Aha! links.) Die Industriellen vereinen sich doch auch zu großen Interessenvetretungen. Warum soll es die Landwirtschaft nicht dürfen? Wo bleibt da die Gerechtigkeit und der Liberalismus? (Sehr gut! rechts.) Ich erinnere gegenüber Ihrer Kritik unserer Opposition nur an die liberale Opposition gegen den Preussischen Schulgesetz-Entwurf und die damaligen Artikel der „Kölnischen Zeitung“. Graf Limburg-Stürum hatte zu viel Zeit, um den Korrektor auf jener Versammlung des Bundes der Landwirte zu spielen, wie Herr v. Eynern es verlangte. Unsere Partei versteht die Bewegung des Bundes der Landwirte, aber sie läßt sich nicht von ihr ins Schlepp-tau nehmen.

Ich komme auf den Fall im Kreise Greifswald-Gruppen. Herr Gothein hätte etwas weniger aufgeregt pro domo sprechen sollen. Ich habe keinen Anlaß, auf seine Rede einzugehen. Sehr viel erheblicher ist für uns die Rede des national-liberalen Abg. Dr. Friedberg. Auch dieser läßt sich ja nicht so gern eine Gelegenheit einengen, um den Konserverativen vor dem Laude etwas am Zeuge zu fassen. Die Angelegenheit der „Wohltätigung“ des Hofhauses zum „Preussischen Hof“ ist von dem Minister genügend klargestellt worden. (Ob! links.) Der Landrat hat vollkommen korrekt gehandelt. Abg. Dr. Parth hat ja noch ein paar andre Fälle vorgebracht; wie sollen aber wir darüber hier urteilen? Wir kennen die Akten nicht.

Noch ein Wort über den Fall Kaufmann. Diese Frage ist für das ganze Land von der allergrößten Bedeutung. Ueber die formelle Frage, ob der Oberpräsident die Wiederwahl dem König hätte unterbreiten müssen, kann man verschiedene Meinungen sein. Der Wortlaut des § 33 ist nicht glücklich; jedenfalls hatte die Auffassung des Oberpräsidenten manches für sich. Ich kann nicht finden, daß er das Gesetz verlegt hätte. Viel wichtiger ist die Frage, ob die Bestätigung hätte erfolgen müssen. Preußen ist ein Rechtsstaat; aber es giebt kein Recht irgend eines gewählten Beamten auf Bestätigung. Auch von einem Recht der Kommune auf Bestätigung kann keine Rede sein. Die Entscheidung fällt der König und der Minister hat diese Entscheidung mit seiner Verantwortung zu decken. Abg. Richter hat sich nun damit beschäftigt, welche Gründe den Minister zu seiner Stellungnahme bewegen haben mögen. Herr Richter, überlassen Sie das doch dem Herrn Minister! (Heiterkeit rechts.) Der Minister hat ja selbst erklärt, daß die politische Stellung des Gewählten keinen Grund gegen die Bestätigung abgeben habe. Damit hätten Sie sich doch beruhigen sollen. Wenn Sie, Herr Richter, einmal gewählt werden, haben Sie also auch Aussicht, bestätigt zu werden. (Große Heiterkeit.) Für uns das wichtigste aber ist, daß der Minister weder berechtigt noch verpflichtet ist, Gründe für eine Bestätigung oder Nichtbestätigung anzugeben. Ueber diese klare Stellungnahme des Ministers sind meine politischen Freunde besonders erfreut, zumal frühere Minister nicht immer auf diesen Standpunkt standen. Die Linke legt ihr eignes Urteil und ihre eignen Wünsche an die Stelle des unumschränkten Bestätigungsrechtes der Krone, aber wir werden es niemals dulden, daß dies Recht irgendwie beschränkt wird! Vor der Bedeutung und Sachkenntnis des Abg. Richter hege ich für meine Person die allergrößte Hochachtung; aber so schwach wie heute hat Herr Richter noch nie gesprochen. (Lachen links.) Das Typische seiner Rede waren persönliche Angriffe, eine gewisse Maßlosigkeit und Ungezogenheit, die über den Mangel an sachlichem Material hinwegtäuschen sollte. Wir wünschen nur, daß sich niemals ein Minister finden möge, der anders handelt, wie der heutige Minister des Innern! (Lebhafte Weisfall rechts, Zischen links.)

Abg. Faltin (C):

führt Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Oberschlesien. Man behandle dort vielfach gesellige, sportliche und Turnvereine der Polen als politische, verbiete ihre Versammlungen in letzter Stunde usw. Sogar einen Dienenzüchter-Verein habe man als politischen Verein betrachtet. (Hört! hört! im Centrum.) Es war früher anders; erst mit Gründung des Polatistenvereins ist man mit dieser Schärfe vorgegangen. Die Polatisten sind mit Recht mit den Bogern verurteilt worden; sie werden nicht direkt von der Regierung unterstützt, aber sie bilden die Avantgarde der Regierung in Bezug auf die Bekämpfung der Polen. (Sehr richtig! im Centrum.) Durch die ewigen polizeilichen Radeltische wird letztlich die Socialdemokratie, die latinenartig in Oberschlesien angewachsen ist, gefördert. Bei den nächsten Wahlen wird die Regierung die Quittung für ihr Verhalten bekommen. Ganz Oberschlesien wird noch socialdemokratisch werden; der Alerns ist verzweifelt und beantragt die Verhältnisse für irreparabel zu halten. Das Vorgehen der Polizei verdirbt gegen das Gesetz; es wäre die Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, ihre Beamten zu instruieren, wie sie sich zu benehmen haben. Möge die Regierung endlich für Ruhe und Frieden in Oberschlesien sorgen. (Weisfall im Centrum und bei den Polen.)

Ein Regierungskommissar:

Ich hätte gewünscht, daß der Abg. Faltin die von ihm berührten Fälle der Regierung vorher mitgeteilt hätte; dann wäre, falls Versehen vorgekommen sind, für die nötige Remedur gesorgt worden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Ich bedauere, daß der Minister sich nicht veranlaßt gesehen hat, eine Antwort zu geben auf die Versicherungen meines Freundes v. v. Eynern über die Uebertretungen des Vereins- und Versammlungsrechtes bei der Versammlung im Circus Wusch. Die Agitation des Bundes der Landwirte geht vor sich unter Nichtachtung der Interessen aller übrigen Erwerbsstände. (Große Lärme rechts.) Die Stellung, die der Bund der Landwirte zum Zolltarif einnimmt, ist schädlich für die Interessen der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft. (Lärm rechts.) Wenn die Zolltarifvorlage scheiterte,

werden wir im Lande sehen, wer das größere Verständnis für das Wohl der Landwirtschaft hat, wir oder Sie. (Sehr gut! bei den National-liberalen.) Ich hoffe, daß die Leiter des Bundes der Landwirte im Zukunft ihre Ausschreitungen vermeiden werden.

Ich komme auf den Fall Greifswald-Gruppen zurück. Ich muß den Vorwurf des Abg. Dr. v. Seydebrand aufs entschiedenste zurückweisen, daß ich den Landräten gern etwas anhängen. Aber die Verhältnisse in Hannover haben mich allerdings mit veranlaßt, diese Frage zur Sprache zu bringen. Wir werden uns die einseitige Stellungnahme der Landräte in der Provinz Hannover zu Gunsten der Konserverativen nicht länger gefallen lassen! Das mögen sich die Herren gelast sein lassen! Wir verlangen als gleichberechtigte Partei behandelt zu werden. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.)

Ich bedauere lebhaft die Antwort, die der Minister über die Grimmer Angelegenheit abgegeben hat. Er scheint falsch informiert gewesen zu sein. Nach einem mir heute zugegangenen Telegramm ist in Grimmer seit 1896 keine socialdemokratische Versammlung abgehalten worden. Von einem socialdemokratischen Verkehr im „Preussischen Hof“ ist auch nach meinen Informationen keine Rede gewesen. Der Landrat hat nun, wie ich zugebe, besonderes Beden gehabt, das war die Verteidigung des Herrn v. Brockhausen. (Große Heiterkeit links.) Es scheint sich um eine politische Handlung zu handeln gegen alle, die den Sieg des Abgeordneten Gothein herbeigeführt haben. (Sehr gut! links.) Wir wünschen, daß eine starke Krone, der die Verantwortlichkeit der Minister zur Seite steht, über den Parteien stehe, daß die Regierung ohne politische Tendenz allen Parteien gegenüberstehe. Der Minister hat uns aufgefordert, Vertrauen zu ihm zu haben. Er wird unser Vertrauen nur gewinnen, wenn er die Verwaltung in diesem Sinne führt. Die Bestätigung oder Nichtbestätigung einer Wahl ist ein Regierungsgeschäft, für den die Minister verantwortlich sind, und ich halte es für vollkommen inkorrekt, wenn als Princip aufgestellt wird, daß über den Grund der Bestätigung oder Nichtbestätigung die Ansicht in jedem Fall zu verweigern ist. Im allgemeinen ist uns der Minister über die Gründe der Bestätigung oder Nichtbestätigung Rechenschaft schuldig. (Bravo! links.)

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Ueber die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes seitens des Berliner Polizeipräsidiums bei der Versammlung im Circus Wusch ist bisher keine Beschwerde an mich ergangen. Ich weiß darüber nur das, was ich jetzt im Hause gehört habe. Die Angelegenheit in Grimmer scheint mir so unbedeutend zu sein, daß ich bedauere, daß überhaupt hier darüber gesprochen worden ist. (Lärme links.) Die gestrige Erregung mehrerer Redner aus dem Hause zeigte am besten, wie sehr ich mit meiner Behauptung recht hatte, daß im Wahlkreis Greifswald-Gruppen die Erregung aufs höchste gestiegen ist. (Lachen links.) Herr Gothein wird im Wahlkreis selbst gewiß nicht gemäßigter gesprochen haben, als hier. Ich kann das Verfahren des Landrats nicht tadeln. (Weisfall rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (L):

Meine politischen Freunde teilen die Auffassungen des Abg. v. Seydebrand vollkommen in ihrer Gesamtheit. Die Regierung ist nicht verpflichtet, über den einzelnen Fall einer Nichtbestätigung Rechenschaft abzulegen. Es handelt sich hier darum, wo liegt der Schwerpunkt der Macht: bei der Krone oder bei den Parlamenten? Alle diese Veruche der Linken sollen nur dazu dienen, um den Schwerpunkt der Macht in die Parlamente zu verlegen. (Lärme links.) Wenn die Linke die Krone für verpflichtet hält, für jede Bestätigung oder Nichtbestätigung Gründe anzugeben, so könnte sie schließlich ja auch für jede Ernennung oder Verabshiedung eines Oberpräsidenten eine besondere Begründung verlangen. (Lachen links.) Ich habe nochmals das Wort ergriffen, um den Standpunkt unsrer Partei mit aller Präcision festzulegen.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.):

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hält sich an die erfolgte Wiederwahl Kaufmanns für gebunden, weil sie den § 33 der Städte-Ordnung für gültiges Gesetz hält und das Gesetz befolgen will. Bevor nicht zum zweitenmal eine Bestätigung oder Nichtbestätigung erfolgt, sind wir nicht in der Lage, einen neuen Bürgermeister zu wählen. Die Fassung des § 33 ist ganz klar; es hat danach der König allein das Bestätigungs- oder Nichtbestätigungs-Recht, nicht der Herr Minister. Wir verlangen jetzt, daß die zweite Wahl entweder bestätigt oder nicht bestätigt wird. Die Sache liegt ganz einfach, — von irgend welchen revolutionären Tendenzen der Stadtverordneten-Versammlung kann gar keine Rede sein. Die zweite Wahl muß dem König zur Entscheidung vorgelegt werden. Thut der Minister das nicht, so schmälert er die Rechte des Königs. (Lebh. Weisfall links.)

Gef. Oberregierungsrat v. Falkenhayn:

Das Selbstverwaltungsrecht der Kommune besteht nicht darin, daß die Kommunen über die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte hinausgreifen und daß Rechte, die ohne Zweifel der Exekutive zugehen, zurücktreten hinter der Laune und Willkür der Kommune. (Ob! links.) Ich bezeichne die Wiederwahl des Herrn Kaufmann als eine Laune derjenigen Partei, die in der Stadtverordneten-Versammlung die Macht hat! (Große Lärme links. — Glode des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher (unterbrechend):

Abg. Dr. Langerhans führt Beschwerde darüber, daß der Regierungskommissar gesagt hat, es sei eine Laune. Ich halte es für keine Beleidigung, wenn man von jemand sagt, er habe eine Laune, er spreche oder er sei launig. (Abg. Dr. Langerhans bittet ums Wort.) Ich werde Ihnen nachher das Wort geben.

Gef. Oberregierungsrat v. Falkenhayn:

Die Regierung war nach dem Vorgehen der Stadtverordneten-Versammlung ohne weiteres berechtigt, einen Kommissar zu ernennen. Wenn nun der Stadtverordneten-Vorsitzer von Berlin sich hier hinstellt und sagt: Wir Stadtverordneten sind nicht in der Lage, eine Wiederwahl zu vollziehen, weil E. Majestät der König mit dem Erfordern unsres Herrschens nicht einverstanden ist, und wir erwarten, daß der König eine Entscheidung sagt über unsre Wiederwahl, so muß ich Ihnen erklären, wenn Sie darauf warten, so werden Sie bis zum Nimmermehrstag warten! Davon ist gar keine Rede! (Lärme und Gelächter links.)

Abg. Dr. Langerhans:

Der Kommissar der Regierung wagt es hier zu sagen, die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin habe zum zweitenmal Herrn Kaufmann gewählt, diese Laune kann sich die Regierung nicht gefallen lassen. (Hört! hört! links.) Ich bin der Meinung, daß kein Kommissar der Regierung das Recht zu einer solchen Äußerung hat. Von einem Minister nehme ich von vornherein nicht an, daß er solche Ausdrücke gebraucht. (Weisfall links.)

Präsident v. Kröcher:

Nach meiner Erinnerung hat der Kommissar gesagt: „Die Majorität oder eine Partei der Stadtverordneten-Versammlung hat die Wahl ans Laune vollzogen.“ (Lärme links: Das ist das selbe!) Die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Hause und das Recht, Ordnungsstrafe zu erteilen, ist nach der Geschäftsordnung ein durch-subjektives Recht des Präsidenten, das liegt naturgemäß in der subjektiven Auffassung des Präsidenten, und da kann ich nur sagen, nach meiner subjektiven Auffassung war dies Wort für niemand beleidigend; objektiv könnte man ja sagen, daß es vielleicht beleidigend ist, wenn man von einer bestimmten Partei sagt, sie habe eine Laune aus, aber ich glaube, so streng ist doch die Ordnung hier nie aufrechterhalten worden. Es ist vielleicht auch schon vorgekommen, daß man selbst einem Minister vorgeworfen hat, er habe nach Laune gehandelt. Legen Sie doch alle die Hand auf Herz, ob Sie nicht schon alle einmal von einer Partei gesagt haben, sie sei einer Laune gefolgt.

Abg. v. Eynern (natl.) (zur Geschäftsordnung): Ich möchte dem Abg. Dr. Langerhans bestätigen, daß wir decarigte Ausdrücke

noch nie von einem Regierungskommissar gehört haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Heilig (C.) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Oberschlesien, besonders gegenüber dem katholischen Arbeiterverein in Gleiwitz, sowie über Massenarrestierungen galizischer Arbeiter.

Minister Frhr. v. Hammerstein:

Ich möchte jedem Verein seine Existenz, auch wenn er nicht mit meinen politischen Anschauungen übereinstimmt. Ich verurteile die sogenannte Politik der Nadelstiche. Dem katholischen Arbeiterverein in Gleiwitz ist aber mit Recht die Abhaltung eines Umzugs untersagt worden. Dieser Verein hat leider seine frühere Richtung mehr und mehr aufgegeben und sich zu einem polnischen Verein ausgebildet. Dem Wunsch, den Umzug polnischer und galizischer Arbeiter in keiner Weise zu beschränken, bin ich nicht in der Lage nachzukommen. Wir haben kein Interesse daran, die Zahl der nicht deutsch sprechenden Personen im Lande noch mehr auszubehnen. Besonders in der Zeit der Arbeitslosigkeit ist es bedenklich, die ausländischen Arbeiter unumschränkt nach Deutschland hineinzulassen.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):

Herr von Jeddlych liebt es, mit besonderer Empfänge auf die angebliche Verwandtschaft der linken Seite dieses Hauses mit der Sozialdemokratie hinzuweisen. Man sucht den Glauben zu erwecken, als wenn man auch in diesem Hause in Ermangelung eines wirklichen Sozialdemokraten doch wenigstens Leute hat, die einigermaßen als Sozialdemokraten gelten können. In diesen immer wiederholten Ausführungen des Herrn von Jeddlych erblicke ich ein wohlüberlegtes System. Er wünscht für eine andre wesentlich einflussreichere Stelle die Auffassung zu erwecken, als ob die ganze linke Seite dieses Hauses, die Freisinnigen, nichts anderes seien, als verkäufte Sozialdemokraten. Solche Vorwürfe, die Liberalen als Revolutionäre zu verdächtigen, sind ja alt und gehören zum System aller reaktionären Parteien. Herr v. Jeddlych kam mir aus keiner meiner Reden und Schriften eine Verteidigung spezifisch sozialdemokratischer Grundzüge nachweisen. Früher bezeichnete man uns immer als Mangelheute, wie vereint sich das mit diesem Vorwurf. Meine Erklärung, daß ich einem Sozialdemokraten vor einem Wähler den Vortritt gebe, halte ich aufrecht. Der Bund der Landwirte wird nie mit der Regierung zusammengehen können in irgend einer wichtigen Frage. Der Bund der Landwirte ist eine geborene Oppositionspartei. Das wird so bleiben, selbst wenn Herr von Jeddlych Reichsminister werden sollte. (Heiterkeit links.) Die Sozialdemokratie aber hat schon oft die Regierung wirkungsvoll unterstützt, z. B. bei der Handelsvertragspolitik. Wenn wir vielleicht bei den nächsten Wahlen Sozialdemokraten hier im Hause bekommen, so werden wir ja wahrscheinlich erleben, daß diese bei der wichtigsten politischen Frage der nächsten Zeit die Regierung unterstützen wird, während Herr v. Jeddlych in der Opposition zur Regierung steht. So kann die Regierung unter Umständen auf die Sozialdemokratie rechnen, aber nie auf den Bund der Landwirte. (Gelächter rechts.) In einem Vorschlagsprozess in Halle a. S. wurde festgestellt, daß der Landrat des hiesigen Kreises in einem konservativen Wahlverein gehandelt hat, er würde im Falle einer Stichwahl zwischen dem Freisinnigen Schmidt und dem Sozialdemokraten Kuntz für den Sozialdemokraten stimmen. (Hört! hört! links.) Herr Kuntz gehört doch wahrlich nicht zu den mildesten Mitgliedern seiner Partei. Wie furchtbar muß in den Augen des Freisinnigen v. Jeddlych das Verbrechen dieses Landrats sein.

Der Minister des Innern hat heute den Grimmer Fall als recht unbedeutend bezeichnet. Es ist allerdings mit sehr kleinen Mitteln vorgegangen, aber die Sache selbst ist durchaus nicht Kleinlich. (Sehr richtig! links.) Sie zeigt, daß in vielen Kreisen Preussens die Verwaltung nicht unparteiisch ist, sondern sich in den Dienst einer Partei stellt. Was den Fall Kaufmann anlangt, so hat ja zweifellos der Träger der Krone das Recht zu entscheiden, ob er einen Bürgermeister befähigen will oder nicht, aber in einem konstitutionellen Staate handelt der Träger der Krone doch nicht aus seinem persönlichen Empfinden heraus, sondern aus sachlichen Gründen. Er muß sich daher der Informationen und Anschläge des verantwortlichen Ministers des Innern bedienen. Falls der Minister der Krone nicht überzeugen kann, so hat er in einem konstitutionellen Staate daraus seine Folgen zu ziehen. Wenn der Minister uns die Gründe für sein Verhalten angeben hätte, so hätten wir daraus schon unsere Schlüsse gezogen auch ohne die Mitwirkung des Geheimrats von Falkenhahn, der ja heute dem Minister so außerordentlich wirkungsvoll beigeprungen ist. (Heiterkeit links.) Herr von Falkenhahn hat uns gesagt, wenn wir auf den Entscheid des Königs warten, müssen wir warten bis zum Rimmermehrbtag. Eine solche Aeußerung würde schon sehr gewagt sein im Munde eines Ministers, höchstens ein Ministerpräsident könnte eine solche Erklärung abgeben, aber daß ein Geheimrat diese außerordentliche Autorität und gegenüber in Anspruch nimmt, ist doch zumindest ungewöhnlich und das Haus ist wohl nicht geneigt, solche Versicherungen als sehr bedeutsame anzusehen. (Zustimmung links.) Sowohl das, was von unsrer Seite, als das, was von der Rechten des Hauses gesagt ist, spricht für sich selbst. Auch das, was der Minister verschwiegen hat, war außerordentlich berechtigt, und vielleicht das Verehrteste, was überhaupt gesagt worden ist. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr; Fortsetzung der heutigen Beratung.

Partei-Nachrichten.

Ein rückgratloser Gemeinderat. In Pant (Odenburg) war der Genosse Hug wiederholt als Beigeordneter gewählt worden, hatte aber von der Regierung nicht die erforderliche Bestätigung erhalten. Am Donnerstag sollte abermals eine Neuwahl vorgenommen werden. Dabei gaben sämtliche anwesenden Gemeinderatsmitglieder trübe Jettel ab.

Versammlungen.

Das Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend hielt am Freitag eine Delegiertenversammlung ab. Ein auf der Tagesordnung stehender Vortrag des Genossen Vorkmann konnte nicht gehalten werden, weil der Referent nicht erschienen war. Es wurde nun zunächst die Angelegenheit des Kleinereverns behandelt. Die der Referent Krenschke anführte, hat der Verband der Galwirtsgehilfen den Kleinereverein beschuldigt, durch seinen Arbeitsnachweisstellenbesitz zu haben, welche unter dem von der Sachkommission der Galwirtsgehilfen Deutschlands festgesetzten Tarif entlohnt werden. Neuerdings hat der Ausschuss des Kartells einen Fall dieser Art untersucht, und dabei festgestellt, daß der Vorwurf begründet ist. Da der Kleinereverein früher versprochen hat, bei seiner Arbeitsvermittlung den bestehenden Tarif nicht zu durchbrechen, so empfiehlt der Referent unter Berufung auf eine früher angenommene Resolution, den Kleinereverein vom Gewerkschaftskartell auszuschließen. Voller, der Vertreter des Kleinereverns, machte in längerer Ausführung die Arbeitsvermittlung seines Vereins zu rechtfertigen. Er bemerkte, von allen der Sachkommission angehörenden Kleinerevereinigungen sei der Verband der Galwirtsgehilfen fast die einzige, welche zu tarifmäßigen Löhnen Stellen vermittelt. Von den Mitgliedern des Verbandes arbeiten sehr viele — allerdings mit Umgehung des Nachweises — unter dem Tarif. Der Kleinereverein habe nur solche Stellen unter dem Tarif vermittelt, die vorher durch Prinzipalsnachweise zu noch niedrigeren Löhnen besetzt wurden. Wo tarifmäßige Löhne bereits errungen waren, da

habe auch der Kleinereverein den Tarif hochgehalten. Im weiteren Verlauf der Debatte wies Krenschke darauf hin, daß der Arbeitsvermittler des Kleinereverns zugegeben habe, es sei eine Lebensfrage für den Verein, auch solche Stellen zu besetzen, die nicht tarifmäßig entlohnt werden. In namentlicher Abstimmung wurde der Ausschuss des Kleinereverns mit 13 gegen 7 Stimmen beschloffen. Die Delegierten der Bauarbeiter, Bäder und Hausdiener waren bei der Abstimmung nicht anwesend. Der Vorsitzende Th. Fischer bemerkte, wenn die geringsten Zustände im Kleinereverein sich gebessert haben, könne der Ausschuss derselben an das Kartell auf neue bewirkt werden. Hierauf berichteten Nessen und Straffer über die Lohnbewegung der Kleber. Sie ersuchen um moralische und materielle Unterstützung des Streiks. Unter anderem bemerkte Straffer, auch der Lapezierer-Verband habe am Dienstag den Kleberstreik beschloffen. Das sei bis jetzt im „Vorwärts“ noch nicht mitgeteilt und deshalb nicht allgemein bekannt, weshalb sich ein Teil der Kleber unter Berufung darauf, daß der Verband den Streik noch nicht beschloffen habe, weigere, in die Lohnbewegung einzutreten. Durch einstimmigen Beschluß wurde die nachgesuchte Anerkennung des Streiks angeprochen. — Gemäß dem in einer Besprechung von Vertretern der politischen Partei und der Gewerkschaften geäußerten Wunsch wurde beschloffen, den Gewerkschaften zu empfehlen, daß sie den Dienstag und Donnerstag für die Versammlungen der politischen Partei freihalten.

In der Kleber-Versammlung am Dienstag, den 18. d. M., erstattete zunächst Welz als Altgehilfe den Bericht des Gehilfen-Ausschusses über den Versuch desselben, mit der Zustimmung eine Verständigung bezüglich des Kleber-Tarifes zu erreichen. Obgleich der Obermeister dem Altgehilfen auf Handschlag versichert hatte, daß derselbe zu der Vorstandssitzung, in welcher über die Verlängerung der Verträge verhandelt werden sollte, zugezogen werden solle, hat man es unterlassen, dies zu thun, obgleich laut Statut und Beschluß der Innungsvorstand dazu verpflichtet wäre; ja, man hatte es dem Gehilfen-Ausschuss sogar verweigert, der Innungsversammlung am Montag beizuwohnen. Wie wir nun erfahren haben, hat die Versammlung beschloffen, Verträge mit der Gehilfen-Ausschuss nicht mehr abzuschließen. Was die Stellung des Gehilfen-Ausschusses zu der Behandlung durch die Arbeitgeber anlangt, so werden die Mitglieder derselben in öffentlichen Versammlungen, die im März einberufen werden, voraussichtlich ihre Mandate niederlegen, da dieselben keine Lust haben, als Delatorationsstühle der Innung zu gelten. Der Beifall und die Diskussion zeigten, daß die gut besuchte Versammlung mit dieser Stellungnahme einverstanden war. — Leo Schmidt gab sodann den Situationsbericht über den Stand der Bewegung. Er empfiehlt eine Resolution, welche alle Kleber und Kundenarbeiter verpflichtet, den Tarif zur Unterschrift vorzulegen und, wo derselbe nicht bewilligt wird, die Arbeit niederzulegen. Das Streikbureau für die im Verbandsorganisierten Kollegen befindet sich Neuhofstraße 21. Dasselbe sind auch für die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen die Arbeits-Berechtigungsarten in Empfang zu nehmen. Ein Antrag Straffer, ein Mitglied des Verbandes in die Lohnkommission des Lokalbundes zu wählen und das Streikbureau in der Schützenstraße als gemeinsames Streikbureau zu erklären, wurde nach längerer Debatte abgelehnt, dagegen ein Antrag L. Schmidt angenommen, welcher besagt, daß die Streikbureaus getrennt zu halten sind, dagegen die Bankontrolle und die Einberufung von öffentlichen Versammlungen gemeinsam zu geschehen hat.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Jahrgang: Nr. 123 bei Diete und Mariannestr. 48 bei Friedebenshof von 3-6 Uhr.

Samaritaner-Turnus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Wir machen nochmals auf die heute nachm. 6 1/2 Uhr im Vereinslokal, Dresdenstr. 45, stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher Herr Dr. Christeller einen Vortrag über die Entwicklungsgeschichte der Turnvereine halten wird. Nachher gemütliches Beisammensein. Morgen Montagabend 9 Uhr in der Filiale Braunstr. 10 Vortrag über gefährdende Krankheitszustände. — Nächster Turnus: Donnerstag 45 Vortrag über Erkennen, Erkunden, Verarbeiten Formen der Benutzbarkeit. Nachher praktische Übungen. Gäste sind willkommen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten.

In Sachen „Vorwärts“ gegen „Sarja“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

In Nr. 1 des „Vorwärts“ in einer Notiz unter dem Titel „Abwehr“ citieren Sie eine Stelle aus meinem Artikel in der „Sarja“ (Morgenblatt) über den Völkervertrag und versuchen, die Aus-schuldigungen zurückzuweisen, welche die „Sarja“ gegen unsern Korrespondenten, Genossen Kritschewsky, erhebt.

Der in Nr. 4 des „Vorwärts“ erschienene Brief des Genossen Kautsky, der Ihre Aufmerksamkeit auf ein Mißverständnis in Ihrer Notiz lenkte, veranlaßte mich, mit meiner Replik abzuwarten. Ich begreife die Hoffnung, daß es dem Eingreifen des Genossen Kautsky gelingen würde, aus unsrer Auseinandersetzung alles zu beseitigen, was irgend welche Mißverständnisse hervorzurufen könnte. Leider hat weder der erste, noch der zweite Brief (Nr. 6.) des Genossen Kautsky dieses Ziel erreicht und „Vorwärts“ will nicht die Wichtigkeit der Kautskyschen Deutung anerkennen, d. h. daß ich mit meinen Worten betr. „Kritschewsky, des französischen Possibilismus“ nur gesagt habe, ihr Korrespondent stehe in den französischen Parteistreitigkeiten auf jener Seite, auf welcher auch die Gruppen sich befinden, die seiner Zeit die infamisierte Beschuldigung der Ausschließung gegen die Guesdisten erhoben hatten. Und nun zur Sache selbst.

Ihren Korrespondenten Kritschewsky habe ich beschuldigt, im „Vorwärts“ systematische Propaganda für den Millerandismus und Jaurèsismus gemacht zu haben. Darauf erwidern Sie mir: „Es ist unklar, daß Kritschewsky im „Vorwärts“ zu Gunsten der neuen Methode“ der Herren Jaurès und Millerand eine systematische Propaganda betrieben habe. Vielmehr hat er schon im ersten Stadium der Millerand-Frage Angriffe gegen Millerands Ministerialität gerichtet, ohne allerdings diese Frage, über die in den sozialistischen Parteien aller Länder die Ansichten gespalten waren, durch prüfungsloses Verurteilen lösen zu wollen.

Leider sind Sie im Irrtum. Folgende Citate aus den Korrespondenzen von Kritschewsky werden seine Haltung Millerand gegenüber bezeichnen: „... Millerand ist nicht nur ein zum Minister gewordener Sozialist, er hat sich als ein sozialistischer Minister bewährt. ... Niemand kann auch den wohlthätigen (!) Einfluß des sozialistischen Ministers auf die allgemeine Pachtung des Kabinetts gegenüber dem Proletariat verkennen.“ (20. Okt. 1899.)

Was die Haltung der Regierung in den Streiks betrifft, so weiß jeder Beobachter der französischen Verhältnisse, daß keine frühere Regierung sich so neutral, meist wohlwollend neutral gegenüber den Streikenden verhielt, wie das Kabinett Waldeck-Rüssler. Diese feststehende allgemeine Thatsache kann nicht durch vom Gen. Comier angeführte Einzelfälle erschüttert werden, in denen es zu gewaltthätigen oder mörderischen Uebergriffen der Lokalbehörden oder subalternen Agenten kam, die mitunter zweifellos aus bewusster Feindseligkeit gegen das ihnen verhasste Kabinett handelten.“ (8. Juni 1900.)

Diese letzten Zeilen wurden geschrieben, nachdem die Arbeiterfreundlichkeit des Ministeriums schon durch einige Fälle von „gewaltthätigen und mörderischen Uebergriffen“ handgreifliche Illustrationen erhalten hatte.

Sollten die angeführten Stellen nicht genügen, um zu beweisen, daß Kritschewsky in 1899-1900 Partei für Millerand nahm, so werde ich noch mehrere Belege aus seinen Artikeln bringen.

Und nicht nur für Millerand und Jaurès, sondern auch für — Galliffet nahm Kritschewsky das Wort. Da Millerand „zur Verteidigung der Republik“ in ein Bündnis mit dem General Galliffet trat, welcher durch seine Reueleien von Republikanern und Sozialisten wellüberhämt war, so haben sich die Anhänger der „neuen Methode“ gezwungen, die nicht gerade rühmliche Aufgabe auf sich zu nehmen, diesen General von den Wutsfäden zu reinigen, die seinen Ruhm bedeckten. So schrieb Kritschewsky am 5. August 1899, also schon im ersten Stadium der Millerand-Frage: „Es sei nur noch die enorme polemische Ueberreibung gekennzeichnet, die aus Galliffet den Kommune-schlächter par excellence

den „Schlächter von 35 000 Sozialisten“ machen möchte. ... Er war ein einfacher Brigadegeneral und als solcher ausschließlich für die Blutbade einer einzigen Brigade verantwortlich. Der Kommune-schlächter war Thiers und den Oberbefehl über die Versailles-Armee führte Mac Mahon. Galliffet war eines der sehr zahlreichen untergeordneten Werkzeuge der Oberschlächter Thiers und Mac Mahon, wenn auch vielleicht (dieses „vielleicht“ ist unbegreifbar) das blutigste Werkzeug, aber nicht der Zahl seiner Opfer nach, sondern nur (!) seiner Abschlächtungs-methode nach.“

Also — nach der Auffassung Ihres Korrespondenten — sind für die Niederregelung von Proletariern auf der Insel Martinique, in Chalons usw. nicht Millerand und seine Kollegen, sondern nur die „subalternen“ Schlächter, die „zahlreichen untergeordneten Werkzeuge“ verantwortlich, dagegen für die an den Pariser Kommune-bekämpfern beteiligten Granfamkeiten tragen die Verantwortung die „Oberschlächter“ allein, nur nicht das arme untergeordnete, wenn auch noch seiner eignen „Abschlächtungs-methode“ blutdürstige „Werkzeug“ Galliffet.

Zur Charakteristik der Informationsmethode Kritschewskys sei auf die Thatsache hingewiesen, daß er die neueste Evolution von Jaurès verschwiegen hat, nämlich daß dieser in seinem Opportunismus so weit gekommen ist, daß selbst die bürgerlichen Radikalen sich darüber entrüsten (so z. B. in Bezug auf die Kolonialpolitik, auf die Entschädigung der Missionare in China usw.). Ebenso verschwiegen er die skandalöse Haltung Jaurès in der Frage des Generalsfreis. Auch in seinen Korrespondenzen über „sociale Reformen“ von Millerand berichtete Kritschewsky über die Sympathieumgebungen seitens des Proletariats für diese Reformen und verschwiegen vollständig den Protest des Kongresses der Gewerkschaften und Arbeiterbörsen gegen dieselben.

Und nun zu meinem letzten Vorwurf gegen Kritschewsky, nämlich, daß er die Guesdisten „mit Not beworfen hat“. Die Frage ist: Die Partei in beleidigender Weise geäußert? In Nr. 4 Ihres Blattes sagen Sie, daß, obwohl Kritschewsky die tatsächlichen Ansichten der Guesdisten oft kritisierte, er sie doch „nie als Parteigenossen und Menschen hoch gewürdigt hat“.

Dem stelle ich folgende Aeußerungen von Kritschewsky gegenüber:

Unzweifelhaft haben opportunistische Rücksichten auf die chaotische Stimmung der verhetzten Masse in hohem Grade die Enthaltungskritik (der Guesdisten in der Drehs-Affaire) mit diktiert. Opportunistische Rücksichten im schlimmsten Sinne des Wortes, dem! usw. (5. August 1899.)

Weil die Guesdisten und Blanquisten eine „Einigung“ nicht wollten, welche das Abweichen von den revolutionären Prinzipien bedeuten mußte, schrieb Kritschewsky (in Nr. 179 1899 J.):

„Öffentlich werden die wichtigen Einigungsumgebungen der organisierten Masse über die Privatliebhaberereien der Seltenführer triumphieren.“

Wie man sieht, ist für Kritschewsky der Parti ouvrier français nichts mehr als eine „Selle“, deren Politik durch die Privatliebhaberereien der Seltenführer bestimmt wird.

Jetzt kann ich Kritschewsky verlassen und zur Beschuldigung des „Vorwärts“ übergehen, als ob ich behauptet hätte, daß „die sozialdemokratische Provinzpresse in der Behandlung von Parteifragen ohne die Stimme der Redaktion (des „Vorwärts“) rettungslos hilflos verfallen müßte.“

Weder sagte, noch dachte ich etwas Ähnliches. Ein solcher Gedanke liegt mir vollständig fern. Nur glaube ich, daß das Centralorgan einen gewissen Einfluß auf die Provinzpresse ausübt und daß diese Stellung des Centralorgans ihm entsprechende Rücksichten auferlegt. „Noblesse oblige“. Sollte es ganz ohne Einfluß auf die Provinzpresse sein, so wäre seine Existenz überhaupt zwecklos.

Zum Schluß sei mir gestattet, dem „Vorwärts“ meinen Dank auszusprechen. Vor 1-2 Jahren waren unsre Freunde vom „Parti ouvrier français“ fast zur Isolation in der internationalen Sozialdemokratie verurteilt. Das ist jetzt erfreulicherweise anders!

J. g. n. u. s.

Bemerkung der Redaktion: Genosse Kritschewsky, dem wir den obigen Rechtfertigungsversuch von Ignotus zugewandt haben, hat uns bereits eine ausführliche Widerlegung der Irrtümer seines Widersachers übermittelt, die wir demnächst zum Abdruck bringen werden. Es wird sich zeigen, daß die Citate des Genossen Ignotus, aus dem Zusammenhang gerissen und bunt zusammengewürfelt aus den verschiedensten Stadien der Entwicklung der französischen Parteibewegung, in keiner Weise die von ihm erhobenen Anschuldigungen rechtfertigen.

Für uns erdröhen sich einige wenige Worte zu den den „Vorw.“ betreffenden Aeußerungen von Ignotus.

Es kennzeichnet die Polemik des Genossen Ignotus, wie er unsrer Abwehr seiner Charakteristik des Verhältnisses zwischen dem „Vorwärts“ und der übrigen deutschen Parteipresse zu begegnen versucht. Ignotus schrieb in der „Sarja“:

„Man kann sich leicht vorstellen, welchen Wirkwert all diese Umstände (nämlich den Vortrag Verniers über den wissenschaftlichen Sozialismus und das verlegene Schweigen des Centralorgans der Partei, des „Vorwärts“ über diesen Vortrag) in der Partei angerichtet haben. Die sozialdemokratische Provinzpresse, die stets auf die Stimme des Centralorgans lauscht, wußte nicht, welche Stellung sie gegenüber den „neuen Strömungen“ einnehmen soll.“

Also eine unzweideutige Bezeichnung der Provinzpresse, in völliger, durch den „Vorwärts“ veranlaßter Hilflosigkeit gegenüber den Streitfragen der Partei gestanden zu haben. Jetzt sagt Ignotus: Der „Vorwärts“ macht mir eine falsche Unterstellung, ich habe gar nichts Unberechtigtes gegen die Provinzpresse gesagt, ich habe nur von einem gewissen Einfluß gesprochen. Anstatt die Hilflosigkeit seiner Uebertreibungen und die Unrichtigkeit seiner Behauptungen ehrlich zuzugestehen, vertheidigt Ignotus durch Verdrehung des Thatbestandes sein Unrecht hartnäckig zu beschönigen. Und aus solcherlei Mandövern besteht das ganze polemische Verfahren des Mitarbeiters der „Sarja“.

Besonders unangenehm ist sein Versuch, seinen böswärtigen Vorwurf zu rechtfertigen, daß die Guesdisten „von den Kritschewskys des französischen Possibilismus stets beschuldigt wurden, sich den Deutschen verkauft zu haben“. Ignotus meint, er habe ja „nur gesagt“, Kritschewsky stehe auf jener Seite, auf welcher auch die Gruppen sich befinden usw.! Der harmlose Ignotus! Thatsächlich hat Kritschewsky weder auf der Seite dieser „Gruppen“ gestanden, noch ist er überhaupt in Frankreich gewesen, als jene Beschuldigung erhoben wurde; endlich giebt es, wie wir uns mittlerweile überzeugt haben, überhaupt keine Gruppe, die solche Beschuldigungen erhoben hat, vielmehr hat vor sehr vielen Jahren einmal eine einzelne, leinewegs unter den damaligen Possibilisten anerkannte Person jene lächerliche Beschuldigung geäußert. Trotz alledem hat Ignotus „nur gesagt“ ...!

Wir hatten erwartet, Genosse Ignotus würde bereit sein, wie wir es ihm persönlich anboten, uns die Hand zu reichen zur parteigenössigen Begleichung dieses häßlichen und Kleinlichen Disputes. Es hätte ihm ein leichtes sein sollen zuzugestehen, daß er sich in Eifer seines Angriffes überreilt habe. Wenn Ignotus vorgezogen hat, seine ungerechten Anschuldigungen fortzuführen, so schädigt er damit nur sich selbst sowie den Ansichten und der Partei, die er vertritt.

Schriften-Eingang.

Jean Jaurès, Etudes socialistes (Sozialistische Studien). Paris 1902 (Paul Odenburg). — Inhalt: gemischte Zeitungsausschnitte aus der letzten Zeit, u. a. die Betrachtungen über die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Fragmente aus dem Radikal-Rede-schrift.

L'oeuvre de Millerand. Un Ministre socialiste (Juni 1899 — Januar 1902). Faits et Documents. Par A. Lavy. Paris 1902 (Georges Ballais). — Das Werk Millerands. Ein sozialistischer Minister. That-sagen und Dokumente.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 23. Februar.
Freie Volksbühne, Carl Weiskopf Theater. 12. Abtheilung: Dantons Tod, Anfang 8 1/2 Uhr.
Kessing Theater. 6. Abtheilung und 7. Abtheilung: Haus Rosenhagen, Anfang 8 1/2 Uhr.
Opernhaus, Kammersaal und der Sängerkrieg auf Wartburg, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Jar und Zimmermann, Schauspielhaus, Wilh. Hübner, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Das große Licht.
Neues Opern-Theater (Kron). Das große Licht, Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag: Die Weibchen.
Schiller, Familie Fourchambault, Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Revisor.
Montag: Einfame Menschen.
Deutsches. Es lebe das Leben, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Rosenmontag.
Montag: Es lebe das Leben!
Berliner. Alt-Heidelberg, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Ueber unsre Kraft. (1. Teil).
Montag: Alt-Heidelberg.
Kessing. Ueber den Wassern, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Die Fee Caprice.
Deutsches. Sein Doppelgänger. — Borchers: Die Vergangenheit, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Nora.
Montag: Sein Doppelgänger. — Borchers: Die Vergangenheit.
Neues. Unwet. — Colombine, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Weibchen.
Montag: Unwet. — Colombine.
Deutsches. Wiener Blut, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags zu halben Preisen: Martha.
Montag (Schiller - Vorstellung): Der Troubadour.
Serenitätstheater. Dantes Allencron's Bunte Brett, Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
C. v. Wolzogens Bunte Theater (Ueberbrett), Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Schall und Rauch. Serenitätstheater, Zwischenspiele, Anf. 8 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Montag: Serenitätstheater, Zwischenspiele.
Trianon. Coralie u. Co. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Central. Das süße Mädel, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Der Seckel.
Montag: Das süße Mädel.
Thalia. Seine Kleine, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Suffen. Der Pfarrer von Kirchfeld, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Diefelbe Vorstellung.
Montag: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Carl Weiskopf. Othello, der Mohr von Venedig, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Das Jungfernschiff.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fieberman, Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Montag: Der Obersteiger.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville, Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Corymbus. Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.
Metropol. 'ne feine Nummer, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Hypoko. Don Juan in der Hölle, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Casino-Theater. Lustige Brüder, Uebros. — Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Mutterregen.
Montag: Lustige Brüder, Uebros, Spezialitäten.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel, Anf. 7 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung, Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Vanoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger, Anfang 7 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theater) Anfang 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Invalidenstr. 57/58. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Revisor.
Aufspiel in 5 Akten v. Nikolai Gogol. Deutsch von G. v. Schabert.
Sonntagabend 8 Uhr: Familie Fourchambault.
Schauspiel in 5 Akten von G. Augier, a. d. Französl. Uebers. von H. Könenfeld.
Montagabend 8 Uhr: Einsame Menschen.
Dienstagabend 8 Uhr: Familie Fourchambault.

Central-Theater.

Heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Der Seckel.
Operette in 3 Akten von R. Kugler. Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.
Montag und folgende Tage: Das süße Mädel.

Thalia-Theater.

Dreddenstr. 72/73.
Heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Hund der Sabrierinnen.
Abends 7 1/2 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Born a. G., Guido Thiescher, Helmerding, Paulmüller, Gerda Walde, Hoß, Baumwinkl, Funfer-Schay.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Eintägige Aufführung:
Othello
der Mohr von Venedig.
Dramaspiel in 5 Akten v. Shakespear.
Montag und folgende Tage: Das Jungfernschiff. — Sonnabendnachmittags: Haus Hudebein.

Apollo-Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Don Juan in der Hölle
Das phänomenale
Spezialitäten-Program.

Passage-Theater.

Ganz Berlin spricht von der 7jährigen Lola Gray in dem Mimodrama
Der Bajazzo
und sein
Kind.
Täglich ausverkauft!
In Vorbereitung:
Der kleine Gohn ist da!
Burleske in einem Akt von Robert Breitenbach.

E. von Wolzogens

Bunte Theater (Ueberbrett) Köpnickstr. 68.
Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen, und abends 8 Uhr:
Lina Abarhanell.
Unt. and. „Nora-Parodie“, „Zufall“, „Schatten-Bänke“, „Atelierspuk“.
Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonntag, 23. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr bei kleinen Preisen: Vorstellung vor Serenitätstheater. Schiffsbrüchig. Herbstsauber, humor. Vorträge.
Abends 8 Uhr: Gastspiel von Eman. Reicher: „Die Frau des andern“, Serenitätstheater, Zwischenstücke, Bauernkomödie, Abschiedssouper.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Sonntag, den 23. Februar 1902:
Gr. Extra-Vorstellung.
Das glänzende erfolgreichste Februar-Programm!
Donnerstag zum letztmalig Dr. Wilhelm Weddel in der lustigen Ausstattung: Operette Die süßen Mädel.
Anfang 7 Uhr. Ermäßigte Preise. Entree 30 Pf. Barriere 50 Pf. Billet-Borverkauf d. 11-1 Uhr.
Freitag, den 28. Februar:
Gr. Festvorstellung.
Robert Dill-Benetz.

Trianon-Theater.

Georgenstr. 2.
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 93. Male: Coralie & Co. Anfang 8 Uhr. Parkott 2 M.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/58.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 193.
Neu! Der Boerenkrieg!
Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm.
Neu! Gutenberg und die Buchdruckerkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf.
Voranzelge! Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billets a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.
Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreise:
25 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seeotieren, Reptilien etc.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Borns. Witzl. Richter. Rosa Marton.
Hierauf: Gr. Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G.
Heute nachmittags 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.
Glänzender Erfolg! Kländel und der Verkauf!
W. Richter in „Lustige Brüder“, Hans Berg in „Corymbus“ u. c. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Heute nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen: Mutterlegen.

W. Noacks Theater.

Urmannstr. 16.
Bajazzo und seine Familie.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Wittmann.
Heute: Tanzkränzchen.
Montag:
Hopfenraths Erben.

Cirkus Busch

Sonntag, 23. Februar: 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr: Ho guet Brandenburg allewege. Abends 7 1/2 Uhr: Klondike, Orig.-Pantomime des Cirkus Busch.

Cirkus Schumann.

Heute Sonntag, 23. Februar:
2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Besonders gewähltes Programm.
Neu! Zum erstenmal Neu! am Sonntag!
In beiden Vorstellungen:
Push-Ball
Amerikanisches Sports-Spiel
12 Amerikanerinnen
L'encyclore lumineuse!
in Feuer und Blitzen ausgeführt von Fräulein Dora Schumann.
Kons. Rosmann u. seinem Sports-akt. Dir. Alb. Schumann mit seinen untereird. leuchtenden Original-Decorations.
Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei. — In beiden Vorstellungen: Die große Ausstattungspose: Pantomime
Mephisto
ca. 500 Mitglieder, 2 Musikcorps, vom Hofballmeister A. Siems.
Montag, 24. Februar: Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen Gala-Fest-Vorstellung zum Besten der Krankenpflege. Gr. außerordentliches Sports-Programm.

Indische Menagerie

im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Lothringersstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Spinnen, sowie Löwen-Ringkampf
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Fross.

Gesellschaftshaus

Wilmersunderstr. 42.
Tägl. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball. Säfte für Gesellschaften, Vereine, toulant zu vergeben. (31899)

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schnageborgs Festhallen
Inhaber: Max Schindler
Hasenheide 21 und Jahrstrasse 8.
Heute: Großer Ball
verbunden mit Cigarren-, Boule-, Regen- und bieren Ueberziehungen.
Entree: Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Max Schindler.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Bochentags 7 Uhr. Nur erstklassig. Direction: Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Matt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Germania-Drachtsäle
Chausseest. 103. Arnold Scholz.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Hamburger Sänger. 34340*

Graumann's Festsäle (früher Renz)
Naunyn-Strasse 27. 31900*
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im April und Mai noch frei und an Vereine zu vergeben. Gustav Graumann.
Sonnabend, der 22. März, frei geworden!

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals b. Zenthen
Vortr. d. Adel u. Städt. Wohlthät. am Krossensee bei Nieder-Teich gelegen, mit Tausendst. großem Tanzsaal, Regelhallen, geräumigen Hallen, circa 2000 Personen fassend; herrliche Kuchinur von Schwabitz über Rauchfangwerder. Besondere Table d'hôte für Vereine von 1 M. an. Gut gepflegte Biere, h. Weidner. Kaffeeküche (Alter 75 Pf.). Elektrisches Orchester. Gondelfahrten, Volksbeibringungen. In diesem Jahre ist auch die Benutzung des Hochwaldes gestattet. — Vom 28. Mai ab jeden Mittwoch Extra-Dampferfahrt (Rant u. Berger), Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der Stolauer Brücke, hin und zurück 50 Pf. Bestellungen für größere Gesellschaften werden auch Ziegenhalsstr. 25/26 (Telephon-Nr. I. 8356) entgegengenommen. Bergnützlichkeitskomitee hole ich auf Wunsch vom Bahnhof Zenthen ab. (34302*) M. Mörschel.

Apollo-Saal!
Achtung!
Wenn die ergebene Mitteilung, daß ich das Lokal
Apollo-Saal, früher Sebastianstr. 39
übernommen habe. Ich empfehle meinen Saal mit Bühne und großen Nebenräumen, ca. 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Festlichkeiten und Vorhandlungen, auch Sonntags. Samstag noch frei.

Baldwin Franke, Sebastianstr. 39.
übernommen habe. Ich empfehle meinen Saal mit Bühne und großen Nebenräumen, ca. 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Festlichkeiten und Vorhandlungen, auch Sonntags. Samstag noch frei.

Soeben erschienen:
Recht und Unrecht im Boerenkriege
von Friedrich Hertz.
Preis: geheftet 1 Mark, gebunden 2 Mark.
Diese Schrift des bekannten Autors dürfte aus drei Gründen besonderes Interesse erregen:
1. Sie unterscheidet sich von der Hochflut der Boerenliteratur durch ihre wissenschaftlich-historische Methode.
2. Sie ist die einzige von einem Sozialisten herrührende Schrift über diesen Gegenstand.
3. Sie bringt ein ungemein reiches und vielfach neues Material und ist von einem eigenartigen Standpunkte aus geschrieben.
Niemand, der ein unabhängiges Urteil über den Boerenkrieg gewinnen will, versäume diese Schrift zu lesen!
Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Dr. John Edelheim Verlag, Berlin W. 35.

Ein kluger Kopf bereitet sich
Cognac, Rum, Liqueure
selbst und verwendet nur die allein echten
Original-Reichel-Essenzen mit der Marke „Lichtkorn“.
Otto Reichel, Essenzfabrik,
Berlin SO., Eilenbahnstr. 4.
Mehr als 700 Niederlagen, kenntlich durch meine Pickate.
Wo keine Niederlagen, hier frei Haus durch meine Gespanne.
Man achte genau auf Hausnummer 4.
Ueberzeugen Sie sich durch einen Versuch!
Möten Sie sich vor künstlichen, gesundheitsschädlichen Extraktionen unter ähnlichen Namen, die oft nichts weiter als rohe Imitationen sind.
Ein alter Fachmann schreibt aus eigener Ueberzeugung
Sie haben Tausende Danksgängen und Zeugnisse Ihrer Kunden über Ihre vorzüglichen Fabrikate von Essenzen, und deshalb will ich mir die Ehre geben, auch als Sachverständiger zu loben, was nur zu loben ist. Als alter erprobter Liquideur, den über 40 Jahre habe ich persönlich fabricirt, war ich stets ein Feind von gemischten Essenzen und parfümirten Elixiren, die aus Fabrikanten ins Handwerk geschoben und den Freunden ein Zeug antreiben, welches nichts werth war. Ich habe aber Gelegenheit, Ihre Fabrikate zu prüfen, und gesteht gern, dicselben sind in jeder Beziehung vorzüglich. Es geht ja auch Leute, welche in ein Geschäft gehen können, eine Flasche Cognac für 6 Mk., Liqueur 4 1/2 Mk. kaufen, und dieses kann ja auch sein, aber die Majorität kann sich durch Ihr Fabrikat ein schänes, besonders sportlich-liges Getränk herstellen, und wenn Sie auch bereits einen grossen Umsatz erzielen, so müßte dieser sich colossal vergrößern, wenn Vielen bekannt wäre, wie leicht und billig man sich eine Panach-Essenz, Rum oder Liqueur herstellen kann. Es würde mich freuen, wenn diese Zeilen dazu beitragen würden, und besonders möchte ich Ihren werthen Kunden empfehlen, nicht Pfennige zu sparen und nur guten Spirit, feinste rectificirte Waaren zu verwenden.
Charlottenburg, den 9. II. 1902. Alfred L.....
Versand nach auswärts gegen Vorauszahlung oder Nachnahme. Jeder verlange kostenlos: Die Destillation im Haushalte.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Probe:
Tanzkränzchen.
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Bochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Urania
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
31890* C. F. Walter.

Alhambra
Wallnertheater-Strasse 13
Jeden Sonntag und Dienstag:
Großer Extra-Ball bei doppelt besetzten großen Orchester. Anfang 5 Uhr.
A. Zametlat.

Buss' Salon & Stehlerhalle,
Gr. Frankfurterstr. 85.
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag: Ball. Empfehle meinen Saal nach Garten an Vereine zu Festlichkeiten an Sonnabenden.
33982* Otto Theel.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barlacks Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Fround.
Im 4. Bilde:
Frauchens Geburtstagsfest.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Der Stadthaushalts-Etat für 1902.

Der vom Magistrat durchberathene Entwurf des Stadthaushalts-Etats für 1902 ist jetzt der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen. Die wichtige Aufgabe der Prüfung dieses Entwurfes und der endgültigen Feststellung des Etats wird die Stadtverordneten die nächsten Wochen hindurch beschäftigen.

Die Etatsberatung wird diesmal etwas früher beginnen als im vorigen Jahre, wo die erste Lesung erst am 7. März stattfinden konnte. Im vorigen Jahre machte es den Eindruck, als ob die bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung im Hinblick auf die Kürze der für die Etatsberatung zu Verfügung stehenden Zeit sich in der Debatte eine gewisse Beschränkung auferlegten. Dagegen ließ sich die sozialdemokratische Fraktion auch durch die Verzögerung der Einbringung des Etats nicht im geringsten abhalten, die vom Magistrat gelieferte Arbeit, wie immer, gründlich zu prüfen und eindringend zu kritisieren. Der Magistrat und sein Anhang in der Stadtverordnetenversammlung dürften daraus die Lehre gezogen haben, daß sie leicht selber zu kurz kommen können, wenn der Etat gar zu spät an die Versammlung gelangt. Der Wunsch freilich, daß das spätestens Anfang Februar geschehen soll, ist trotz der bei der vorjährigen Etatsberatung beschlossenen Resolution auch diesmal nicht erfüllt worden. Der Magistrat versichert, es sei nicht möglich gewesen.

Der Etat für 1902 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 112 839 112 M. ab, das ist 3 605 191 M. mehr als im vorigen Jahre. Dabei sind die Etats der städtischen Werke (Gaswerke, Wasserwerke, Vieh- und Schlachthof, Markthallen usw.) noch nicht mitgerechnet. Diese belaufen sich zusammen auf weitere 87 184 307 M. Dem freisinnigen Berliner Spieglbürger imponieren solche Summen ganz gewaltig. Als vor drei Jahren der Stadthaushalts-Etat zum erstenmale die 100-Million überschritt (ohne die Werks-Etats), da erhob sich in der Freisinnspresse Berlins und in den freisinnigen Bezirksvereinen ein Jubelgeschrei darüber, wie wir's so herrlich weit gebracht. Inzwischen ist fast schon die 113-Million erreicht worden — man denke! Dem üblichen Vergleich mit den deutschen Bundesstaaten, die außer Preußen und Bayern sämtlich einen kleineren Etat haben, begegnen wir auch diesmal wieder in der von Stolz erfüllten freisinnigen Presse. Dabei wird aber geflissentlich übersehen, daß Berlin doch wohl allmählich eine Großstadt geworden ist und auch an Einwohnerzahl bereits die Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten übertrifft. Auch darüber wird mit vorichtigem Stillschweigen hinweggegangen, daß trotz dieses „Miefenstatts“ noch mangelhaft sehr wichtige Ausgaben immer wieder — gesparrt werden.

Die Hauptzahlen der einzelnen Einnahme- und Ausgabeartikel sind bereits in der Freisinnnummer von uns mitgeteilt worden. Auf eine ausführliche Wiederholung kann verzichtet werden. Nur das sei hier hervorgehoben, daß die Heberschüsse aus der Kammerei, den Werken usw. um ziemlich zwei Millionen niedriger als im Vorjahre angelegt sind, während aus den Steuern ein Mehr von über drei Millionen erwartet wird. Wir fürchten, daß der Herr Stadtkämmerer, ein so guter Rechner er sonst ist, sich in dieser Erwartung täuschen wird. Die wirtschaftliche Depression, die noch immer andauert, der Arbeitsmangel, unter dem ein sehr großer Teil der Berliner Arbeiterbevölkerung leidet, der Einnahme-Ausfall, der sich aus der Verminderung des Konsums auch für die kleinen und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden ergibt, dürften das Ergebnis der Steuereinzahlung diesmal recht ungünstig beeinflussen. In solchen Zeiten zeigt es sich mit besonderer Deutlichkeit, wie mißlich es ist, wenn einer Kommune zur Verstärkung ihrer Ausgaben im wesentlichen keine andern Einnahmequellen als die Steuern zur Verfügung stehen. Im ganzen sollen 65 673 040 M. durch Steuern aufgebracht werden, 32 500 000 M. durch die Einkommensteuer, 20 300 000 M. durch die Grundsteuer, 8 500 000 M. durch die Gewerbesteuer, der Rest durch mehrere kleinere Steuern (Umsatz-, Warenhaus-, Hundsteuer usw.). Die Zinsen zu den einzelnen Forderungen der städtischen Verwaltung haben fast überall höher als im Vorjahre angelegt werden müssen. Nur der Vauclat weist über 3 Millionen weniger auf; er hat sich starke Abstriche gefallen lassen müssen, damit das Gleichgewicht des Gesamtetats hergestellt werden konnte.

Der Kämmerer pflegt die Vorsicht zu rühmen, mit der er den Etat aufgestellt habe, und sie wird ihm alljährlich von den freisinnigen beifällig. Ein Stadtvater von echtem „Freisinn“ denkt nur leider bei solchem Lobe weniger an Vorsicht in der Abschätzung der Einnahmen als an Vorsicht in der Bemessung der Ausgaben. Man kann bei der Aufstellung eines Etats von zwei einander entgegengesetzten Gesichtspunkten ausgehen. Entweder wird man sich fragen, wie für die also notwendig erkannten Ausgaben die Mittel zur Deckung beschafft werden sollen, oder man wird erwägen, was sich mit den voraussichtlich zur Verfügung stehenden Einnahmemitteln wird leisten lassen. In dem Etat eines Privatmannes soll ja wohl, wenn er einen „ordentlichen“ Haushalt führen will, der zweite Gesichtspunkt ausschlaggebend sein. Man sagt wenigstens so. Indes, auch wer kein Schuldenmacher ist, wird zugeben müssen, daß das selbst hier nicht — zum mindesten nicht immer — das unbedingt Richtige ist. Bei dem Etat einer Kommune aber ist es vollends bedenklich, wenn der Grundsatze, daß man „sich nach der Dede strecken“ müsse, die alleinige Richtschnur bildet. Es klingt ja sehr schön und treuherzig, wenn uns die freisinnigen Stadtväter versichern, daß auch in der Kommunalverwaltung die Grundsätze bedingungslos Geltung haben müssen, die einen „ordentlichen Hausvater“ zieren. Aber es gibt manchen „ordentlichen Hausvater“, der über der leidigen Gewohnheit, sich mit den Seinen häßlich drab immer nach der Dede zu strecken, ganz vergißt, daß es seine Pflicht ist, auch einmal auf Beschaffung einer längeren Dede zu sinnen, unter der sich jeder möglichst so lang aufstrecken kann, wie er ist.

Wir sind in Berlin längst so weit, daß in den Stadthaushalt an Ausgaben nur noch das Allerdingste eingeleitet wird. Wichtige Ausgaben, die längst ihrer Lösung harren, werden immer wieder hinausgeschoben oder nur halb gelöst, weil „die Dede nicht langt.“ Ueber 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Proz. Gewerbe- und Grundsteuer soll nicht hinausgegangen werden — was bleibt da andres übrig! Bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Staatsregierung kann man allerdings Bedenken hegen, die 100 beziehungsweise 150 Proz. zu überschreiten, weil damit der staatlichen Aufsichtsbehörde ein willkommener Anlaß zu einer neuen Einnahmehöherung in die Berliner Kommunalverwaltung gegeben würde. Auch die wirtschaftliche Depression spricht augenblicklich hier mit. Aber in diese Zwangslage einer Wahl zwischen Geldmangel und staatlicher Einnahmehöherung ist die Stadt nicht gekommen, wenn die „ordentlichen Hausväter“ des Freisinnes es nicht verkannt hätten, der Stadt Einnahmequellen anderer Art, die sich darbieten, rechtzeitig zu sichern, wenn sie es für ihre Pflicht gehalten hätten, beispielsweise den Straßenbahn-Gesellschaften das Handwerk zu legen, als das noch möglich war.

Wir werden uns mit dem Etat im einzelnen noch näher beschäftigen und können uns daher heute auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränken. Der Gesamt-Etat zerfällt, wie immer, in zahlreiche Special-Etats. Die Frage, ob nicht durch Zusammenfassung der Etat vereinfacht und übersichtlicher gemacht werden könnte, ist wohl der Erwägung wert. Das würde auch den Beratungen zu Gute kommen. Es würde dadurch nicht nur der Zeit- und Kraftvergeudung vorgebeugt werden, die bei der zu weit gehenden Zerlegung des Etats in Special-Etats nicht zu vermeiden ist, sondern es würde auch eine Etatdebatte großen Stils ermöglicht werden. Verschiedenen Punkten wäre allerdings mit einer solchen wenig gedient. Je mehr die Debatte in Einzelheiten verzerrt wird, desto mehr wird nach außen hin der Eindruck der von der Socialdemo-

kratie geübten Kritik abgeschwächt. Denn die „ruiniert“, wie der Oberbürgermeister unter dem Beifallsgeheul des Freisinn sagte, die ganze „Selbstverwaltung“! Als „Selbstverwaltung“ scheint diesen Leuten eine städtische Verwaltung zu gelten, bei der die Stadt nur von ihnen selbst verwaltet wird und diejenigen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, die Socialdemokratie, nicht mitzureden haben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber „Socialdemokratie und Socialreform“ spricht am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Genossin Dr. Rosa Luxemburg in Cohns Festsaal (großer Saal), Weichstr. 20/21, in einer Volksversammlung des ersten Kreises.

Dritter Wahlkreis. Mittwochabend 8 Uhr findet im Lokale „Märkischer Hof“, Admiralstraße 18a, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in der Reichstags-Abg. Feus (Dessau) über: „Die Socialdemokratie und die Wohnungsfrage“ sprechen wird. Gäste haben Zutritt. Reges Interesse erwartet.

Der Vorstand. Ein Montagabend 8 1/2 Uhr findet bei Gildner, Rudowstraße 66, eine Volksversammlung statt, in welcher der Stadtv. Obst aus Schöneberg über die Kommunalwahlen sprechen wird.

Waldmannslust. Die Kommunalwähler-Versammlung findet nicht Montag, sondern heute, Sonntag, bei Kuhn statt.

Mühlenbeck (Bezirk Panitzsch). Heute nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Sonne“. Vortrag des Genossen Paul John-Berlin über: „Die Parteien und die Zollvorlage“.

Tokales.

Wie die städtischen Behörden Untersuchungen führen.

Vom Verbands der Gemeinde-Arbeiter wird und geschrieben: In der letzten Stadtverordneten-Sitzung stellte der Oberbürgermeister Kirchner die Behauptung auf, daß die Beschwerden, welche von der Socialdemokratie resp. den socialdemokratischen Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums gegen die städtische Verwaltung erhoben werden, sich meistens als nicht stichhaltig herausstellen.

Die städtischen Arbeiter erheben nun bekanntlich eine ganze Reihe von Beschwerden gegen den Magistrat, sie sind aber davon abgesehen, ihre Beschwerden bei den städtischen Verwaltungen anzubringen, weil sie bei Betrachtung der Untersuchungsmethode der städtischen Behörden zu der Ansicht gelangt sind, daß sie doch nie Recht erhalten. Die städtischen Behörden belieben nämlich ein Untersuchungsverfahren, welches die Feststellung des wahren Sachverhalts so gut wie ausschließt. Beschwerdet sich z. B. jemand bei der Direktion der Wasserwerke über den Dirigenten eines Betriebes, so wird das betreffende Aktenstück einfach dem in Frage kommenden Dirigenten zur Aufklärung zugestellt. Dieser Herr hat das begriffliche Bestreben, sich von den gegen ihn erhobenen Beschwerden reinzuwaschen und schilbert natürlich in der Rückantwort den fraglichen Fall ganz anders, als wie er sich in Wirklichkeit zugetragen hat, zu seinen Gunsten. Damit ist die Untersuchung beendet und der Beschwerdeführer erhält den Bescheid, daß seine Beschwerde zurückgewiesen werden muß. Von einer unparteiischen Stelle aus, durch Verhör des Beschuldigten, Zeugenvernehmung u. d. w. den wahren Sachverhalt festzustellen, so etwas giebt es durchgängig bei der Berliner Stadtverwaltung nicht. Dem Verbands der Gemeinde-Arbeiter passierte seiner Zeit z. B. folgendes: Er führte in einer Sache Beschwerde bei der Direktion der Wasserwerke. Da er von dieser mit der Beschwerde abgewiesen wurde, so beschloß er, bei den höheren Instanzen — Deputation und Magistrat — vorstellig zu werden, was auch geschah. Sämtliche drei Bescheide waren in ihrem Wortlaut fast gleichlautend und wiesen ein und dieselbe Handschrift auf. Die höheren Instanzen geben einfach die Beschwerden an die Direktion zurück, und diese gab natürlich immer wieder denselben Bescheid. Und so etwas nennt man Untersuchung!

Weiter. Gegen den Leiter der städtischen Desinfektionsanstalt in der Reichenbergstraße werden seit mehreren Jahren von den städtischen Arbeitern eine Reihe schwerer Beschuldigungen erhoben. Jeder zurechnungsfähige Mensch wird sich auch sagen müssen, daß alle diese Beschwerden nicht rein aus der Luft gegriffen sein können, sondern etwas Wahres an ihnen sein muß. Die „Untersuchung“ dagegen, die der Magistrat von Berlin in den fraglichen Dingen führte, hat natürlich wie immer ergeben, daß alle Anschuldigungen gegen den betreffenden Beamten auf Boswilligkeit beruhen. Von Herrn Pauluhn, so heißt der Leiter des Instituts, war seiner Zeit behauptet worden, daß er einen unteren Beamten zu der Firma Maurer u. Dimmick geschickt habe, damit dieser, unter der Vorpiegelung, er sei organisierter städtischer Arbeiter, widerrechtlich versuchen sollte, eine Eingabe zu erlangen, an welcher Herr Pauluhn viel gelegen war. Durch Zufall wurde der betreffende Beamte entlarvt und die Geschichte kam in die Oeffentlichkeit. Der Magistrat leitete natürlich eine „Untersuchung“ ein, er forderte die beiden Beamten zur Verichterstattung auf und diese ergab natürlich, daß der Fall wieder ganz falsch in der Oeffentlichkeit dargestellt war. Daß man zur wirklichen Klärung des Falles auch Erkundigungen von der Firma Maurer und Dimmick über das Auftreten des fraglichen Beamten einziehen mußte, das kam dem Magistrat gar nicht in den Sinn. Und so etwas beliebt der Berliner Magistrat als Untersuchung darzustellen. Mit großer stiller Empfindung weisen dann die Herren Stadträte im Stadtverordneten-Kollegium aus den Akten nach, daß fast nur aus Boswilligkeit gegen die städtische Verwaltung Beschwerde erhoben wird. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Stadtverordneten sich einmal die Untersuchungsmethode des Magistrats etwas näher ansähen. Die städtischen Arbeiter haben zu den Untersuchungen der Stadtbehörde jedes Vertrauen verloren und wahrscheinlich auch schon viele andre Leute.

Die Droschken sind in Berlin schon seit mehr als drei Jahren nicht weiter vermehrt worden. Ihre Zahl hat sich von 1899 an, weil die Polizei im allgemeinen keine neuen Konzessionen erteilt hat, mit ganz geringen Schwankungen ständig um 8100 herum bewegt. Ende 1898 waren 8096 vorhanden gewesen, Ende 1901 waren es 8108. Die innere Umgestaltung des Berliner Droschkenwesens ist aber in dieser Zeit ununterbrochen fortgeschritten. Sie besteht namentlich in der immer umfangreicheren Erscheinung der Droschken II. Klasse, die sich der Stadtbahn und den Straßenbahnen gegenüber nicht mehr behaupten können und jetzt in der Hochbahn noch eine neue Konkurrenz bekommen, durch Droschken I. Klasse. Von Ende 1898 bis Ende 1901 verminderten sich die Droschken II. Klasse von 1839 auf 1058, während in demselben Zeitraum die Droschken I. Klasse sich von 6097 auf 6894 vermehrten. (Den Rest der Droschken — 1898: 137, 1901: 156 — bilden die sogenannten Gepäddroschken.)

Auch die Ausrüstung der Droschken I. Klasse mit Fahrpreis-Anzeigern wird nun bald allgemein durchgeführt sein. Ende 1898 waren noch 988 Droschken I. Klasse ohne Fahrpreis-Anzeiger, Ende 1901 nur noch 638. Der in der Mitte der 90er Jahre gemachte Versuch, auch Droschken II. Klasse mit Fahrpreis-Anzeigern zu versehen, wurde sehr bald wieder aufgegeben, weil er sich nicht bewährte.

Desinfektionsanstalt und Reichspost. Der Polizeipräsident teilt mit: In letzter Zeit sind wiederholt von Privatpersonen in Berlin Gebrauchsgegenstände, deren Desinfektion auf Grund der beschlossenen Polizeiverordnungen erforderlich war oder aus besonderen Gründen gewünscht wurde, als Postpaket an die städtische Desinfektionsanstalt eingeschickt worden. Dieses Verfahren ist unzulässig, da die einer Desinfektion bedürftigen Sachen als Gegenstände anzusehen sind, deren Beförderung mit Gefahr verbunden ist, solche Gegenstände aber nach § 5 II der Postordnung für das Deutsche Reich vom 20. März 1900 von der Beförderung mit der Post ausgeschlossen sind. Nur wenn die Gegenstände in einer mit Blech ausgeschlagenen festen Kiste verpackt sind, dürfen sie allenfalls durch die Post versandt werden. Einfacher aber ist es, die zu desinfizierenden Sachen durch die Desinfektionsanstalt aus den Häusern abholen zu lassen. Gebühren werden von der Desinfektionsanstalt für die Abholung und Wiederausstellung der zu desinfizierenden Gegenstände nicht berechnet.

Ein Handel mit gebrauchten Invalidenmarken wird, trotz aller Warnungen, in Volksschulen und Herbergen getrieben. Da die Entwertung der eingeklebten Invalidenmarken vielfach nur oberflächlich geschieht, so daß eine abermalige Verwendung der Marken möglich, finden sich gewissenlose Händler, welche arbeitslose Leute dazu verleiten, solche ungenügend durchstrichene Marken aus ihren Karten zu entfernen und sie ihnen um einen Spottpreis zu überlassen. So sollen Invalidenmarken vierter Klasse zu 30 Pf. für 4 Pf. pro Stück aufgekauft worden sein. Die Käufer üben die Not der Arbeitslosen aus und bringen so größere Posten von Marken an sich. Die Verwertung solcher Marken wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, die Strafe trifft die leichtsinnigen Käufer, da sich die Händler rechtzeitig in Sicherheit zu bringen wissen.

Der Gemeindehaushalt-Etat von Friedrichshagen für das Rechnungsjahr 1902 beträgt in Einnahme und Ausgabe 305 000 M. Die einzelnen Positionen setzen sich zusammen: Einnahmen: Aus den Vorjahren 13 100 M., gewerbliche Unternehmungen 30 730 M., Gebühren 2050 M., indirekte Steuern 31 050 M., direkte Steuern 207 810 M., aus Kapitalen 2330,45 M., aus Grundstücken 2425 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamts-Verwaltung 2482 M., Schulverwaltung 8857 M., Armenverwaltung 292 M., Kurpark-Verwaltung 2400 M., insgesamt 1533,55 M. — Ausgaben: Für Vorjahre 1000 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamts-Verwaltung 48 043,57 M., für die Volksschulen 93 317 M., für die höheren Schulen 18 159,50 M., Straßensäuberung und Beleuchtung 29 665,75 M., Gesundheits- und Armenpflege 16 700 M., Feuerlöschwesen 3560 M., Baupolizei-Verwaltung 1200 M., für Gemeinde-Grundstücke 1880 M., gewerbliche Unternehmungen 28 100 M., Kurpark-Verwaltung 2255 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeschulden 19 814,25 M., Kreissteuern 39 000 M., insgesamt 3301,93 M.

Nicht während der Fahrt absteigen! Diese auf der Straßenbahn immer noch nicht genügend beachtete Warnung wird von den Behörden durch Dienstbefehle den Beamten eingeschärft. Die Schulleute sind angewiesen worden, Straßenbahnwagen nur an Haltestellen zu besteigen oder zu verlassen. Ein ähnlicher Dienstbefehl ist den hiesigen Angestellten der Reichspost schon vor einiger Zeit zugegangen. Postbeamte, welche die Dienstfahrten der Straßenbahn denken und sich gegen die obige Bestimmung verbeugen, können mit zulässigen Strafen belegt werden. Den Angestellten der Straßenbahn selbst ist das Besteigen und Verlassen der Wagen außerhalb der Haltestellen schon vor längerer Zeit verboten worden. Dem Vernehmen nach wird ein entsprechender Dienstbefehl in den nächsten Tagen auch für das hiesige Militär sowie an die den Militärbehörden unterstellten Beamten erlassen werden. Bemerkenswert ist noch, daß auch in einzelnen Schulen die Lehrer auf die Gefahren des Auf- und Absteigens bei Straßenbahnwagen, wie auch bei achtlosen Ueberfahrciten der Fahrdämme hinweisen.

Aus der Stadt der Intelligenz. Der materialisierte Regenschirm — das ist eine der neueren Erscheinungen aus dem Gebiete des praktischen Spiritismus. Zum Trost für zerstreute Gelehrte und einlaufende Damen, denen oft im Gedanken ein Regenschirm stehen bleiben soll, wollen wir die Geschichte erzählen, die gestern Herr Krüger in einer Spiritistenversammlung zum Besten gab. Es handelte sich darum, das bisher „enlarvte“ Medium Anna Rothe zu rehabilitieren, ein Sterben, welches Herrn Dr. Egbert Müller zu großen Thaten angepörrt hat. Herr Krüger will die Geschichte von dem Regenschirm im Rotzalle beschreiben. Wie er also gestern erzählte, machte er am 14. November vorigen Jahres eine Geschäftsreise und spricht bei dieser Gelegenheit auch bei Frau Rothe vor. Es ist ihm äußerst fatal, daß er auf seinem Rundgange in irgend einem Geschäft seinen Regenschirm stehen gelassen hat, auch weiß er nicht wo. Das geniert aber Frau Rothe nicht, denn sie wird den Schirm bald herbeschaffen. Und richtig, nach kurzem Warten sieht Herr Krüger, wie ein Schein durchs Fenster hereinzieht, der sich in der Hand des Mediums zu seinem stehen gelassenen Regenschirm materialisiert. (Auf: Wie viel Tüpfchen hatten Sie schon hinter der Binde?) Er fragt dann als gewissenhafter Mann auf dem Rückwege bei allen dorthin besuchten Geschäften nach seinem Regenschirm nach, um der Sache auf den Grund zu kommen und erfährt schließlich im letzten Laden, daß eine Dame, die schattenhaft eingetreten und auch ebenso wieder verschwunden sei, den Schirm abgeholt habe. Die durch dieses Bekanntnis in der Versammlung hervorgerufene Uffstimmung schien Herrn Dr. Egbert Müller nicht zu behagen, denn er leibete sein Schlußwort in den einen Satz: „Diejenigen, die über so ernste Dinge lachen, sind in Wahrheit die dummen Auguste!“ Also bitte: ernst bleiben!

Die verkrachte Volks-Krankenkasse. Das Polizeipräsidium teilt mit: In Bezug auf Belohnungen vom 7. Juli und 31. August 1900 bringt das Polizeipräsidium zur Kenntnis, daß die Liquidatoren der „Allgemeinen Volks-Krankenkasse“ zu Berlin (E. H. Nr. 126) beabsichtigen, eine Abschlagszahlung von 10 Proz. auf die anerkannten Ansprüche an die Berechtigten zu verteilen. Rassenmitglieder, die seit Empfang des Anerkennungsscheines der Liquidatoren ihren Aufenthalt oder Wohnung gewechselt haben, werden gut thun, den Liquidatoren ihre Adresse anzugeben.

Ein angeklagter Frauenarzt. Eine Anklage, die das höchste Interesse medizinischer Kreise erregt, wird am 6. März vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Die Anklage richtet sich gegen einen als Operateur und Spezialist für Frauenkrankheiten angehenden Arzt und Professor, dessen Klientel sich vielfach aus Damen höherer Stände zusammensetzt. Ihm wird zur Last gelegt, bei einer schwierigen Operation einen Kunstfehler begangen und dadurch den Tod einer Patientin verursacht zu haben. Die Verhandlung, die im kleinen Schwurgerichtssaal stattfinden wird, dürfte einen großen Umfang annehmen, da außer zahlreichen Zeugen auch eine große Reihe medizinischer Kapazitäten aus Deutschland und Oesterreich als Sachverständige geladen sind. Den Vorsitz des Gerichtshofes wird Landgerichtsdirektor Laumann führen.

Der Arbeiter und Athlet Brahm, der am Donnerstag eine so arge Ausschreitung vor der neunten Strafkammer verübt hat, wurde gestern derselben Strafkammer zur Verlesung einer Nachtrags-

anfrage wieder vorgeführt. Diesmal wurde er durch zwei Schutzleute transportiert, die auch im Gerichtssaal neben ihm saßen. Der roblate Mensch schreit sich inwischen abgeleitet zu haben, denn er betrug sich bei der Verhandlung, die mit Vertagung endete, sehr manierlich, war sehr kleinlaut und erklärte sich zum Antritt der ihm am Donnerstag zudictierten Strafe bereit.

Das „Gemeindeblatt“ und die städtischen Drucksachen wurden bisher von der Firma W. u. S. Löwenthal hergestellt. Der Vertrag mit dieser Firma wurde im Jahre 1895 geschlossen; vorher lieferten die Gebrüder Grunert, Junferstraße, die städtischen Drucksachen. Gebr. Löwenthal unterboten die letztere Firma damals bei der Vergabe der Arbeiten. Bei der kaiserlich erfolgten Ausschreibung der Drucklieferung war die Firma W. u. S. (Inhaber Max Pasch) die Mindestfordernde. Der Magistrat hat beschlossen, dieser Firma die Druckherstellung des „Gemeindeblattes“ und aller übrigen städtischen Drucksachen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, zu übertragen. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine Vorlage hierüber zugehen.

Das Besondere Rudolf Birchow hat, wie die „Berl. Allg. Wochenchr.“ meldet, in den letzten Tagen regelmäßige Fortschritte gemacht. Am 16. Februar — sechs Wochen nach dem Unfall — hat er die ersten, recht mäßigen Gehversuche mit geeigneter Unterstützung unternommen, und sie seitdem mit der ihm eigenen Energie fortgesetzt. Er vermag zur Zeit mit Hilfe einer Gehhilfe einige Schritte zurückzulegen, sowie aktive und passive Bewegungen mit dem verletzten Bein vorzunehmen. Sein körperliches Befinden ist als ein gutes zu bezeichnen, und es steht zu hoffen, daß der Patient allmählich den Gebrauch des verletzten Gliedes, mit einigen durch seine Jahre und die Schwere der Verletzung bedingten Einbußen, wieder erlangen wird.

Der nächste Kursus in der Hufbeschlagschmiede in Charlottenburg beginnt am 1. April, vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorleser, Ober-Vorarzt a. D. Herrn Brandt, Charlottenburg, Spreestr. 42, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: Der Nachweis über die Erlernung des Schmiedehandwerks und ein polizeiliches Führungsattest. Unmittelbar erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

Ein Schlafknecht, der mehrere seiner Zimmergenossen bestohlen hat und der Kriminal-Polizei in die Hände fiel, gab sich für den 24 Jahre alten Mechaniker Franz Lehning aus. Er will sich bis jetzt im Krankenhaus befinden haben, nachdem er beim Militär in Stralburg einen Beinbruch erlitten hatte. Diesen Angaben steht die Polizei misstrauisch gegenüber. Ervünscht wäre, wenn sich Personen melden möchten, die nähere Angaben machen können. Der angebliche Lehning ist 1,71 Meter groß, hat hellblondes Haar, ein frisches Gesicht und trägt eine braune Zoppe.

Nach dem in der gestrigen dritten Jahresversammlung des Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung erstatteten Bericht hat sich die Mitgliedszahl im letzten Jahre von 2014 auf 2207 vermehrt. Neue Zweigvereine sind in Dreßden, Wittenberg und Wallenstedt begründet worden. Der Verein hat im letzten Jahre in 270 Fällen seine Hilfe eintreten lassen, welche 382 Kindern zu gute kam. 237 der Fälle entfielen auf Berlin und die Vororte. In 90 Fällen war Krankhaft der Mutter Grund für die Mißhandlung der Kinder gewesen. In 87 Fällen führte das Eingreifen des Vereins zu einer gerichtlichen Verurteilung der Schuldigen. In dem Rest in Fällen, die für die Pflegschaft gemeist als Durchgangsstation dient, sind bis jetzt 2338 Pflegschaften gewährt worden. Die Einnahmen betragen mit Einschluß von 4119 M. 17 404 M., die Ausgaben 10 502 M. 0000 M. wurden kapitalisiert, 902 M. bleiben als Bestand. Franz v. Mendelssohn hat dem Verein 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Summe soll mit andern Gaben zu einem Hofstonds verwendet werden. Der Vorstand wurde wiedergewählt, neu in den Vorort traten Superintendent Schmidt-Bosch und Frau Dr. Bartels-Baldenstedt.

Verstorbene ist die 81 Jahre alte Frau Selma v. Albert, deren Schwester, die Gattin des Försters Wörte in der Kraustr. 44, folgende Angaben macht: Frau v. Albert ist eine Tochter des Kaufmanns Seigle in Breslau, wo sie ihren Mann, der Hauptmann a. D. ist, vor acht Jahren kennen lernte. Es sind zwei Kinder, ein sechs-jähriger Sohn und eine zweijährige Tochter vorhanden. Frau v. A. wurde am 1. Juni v. J. von ihrem Mann einer Nerven-Erkrankung in Charlottenburg zugeführt. Nach vier Monaten entließ sie aus der Anstalt und fand Aufnahme bei der Schwester, da zwei Ärzte ihren geistigen Zustand als normal festgestellt haben sollen. Der Vater zog nun mit dem Strassen zu seiner Mutter und brachte das kranke Kind bei einem Beistitzer unter. Frau v. A. verließ am 12. d. M. vormittags um 11 Uhr, ihre Wohnung, um ihre Kinder zu sehen, ist aber nicht zurückgekehrt. Sie trug beim Fortgehen 200 M. in Gold bei sich und war im Besitz eines Siegelringes mit dem Zeichen S. v. A. In dem Stein ist das Familienwappen eingeschnitten. Frau v. A. ist blond und sehr groß; sie trug ein grauwollenes Kleid, ein dunkles Jackett mit Sammetragen und einen schwarzen Kapotul.

Zu dem Tode des Härbers Schütz wird und von den Kollegen des Verunglückten mitgeteilt, daß sein Abbruch infolge eines Krampfanfalles erfolgt ist und von den Folgen einer Narkose nicht die Rede sein kann.

Das Frauenbad unterhalb der Leffingbrücke, das 1898 wegen des Brückenbaues abgebrochen werden mußte, soll in diesem Frühjahr wieder errichtet und in Betrieb genommen werden. Der Magistrat berechnet die Kosten auf rund 10 000 M. für dieses Platzbad und ersucht die Stadtverordneten um deren Zustimmung.

Im Circus A. Schumann werden einige neue Reiterstücke aufgeführt: Eine reizende Dogcart-Quadrille, gefahren von 8 als Blumen kostümierten Damen, sowie ein von 16 Damen gerittenes Mandar und eine Springkonfurrenz von Goldschmied, geritten von den Herren Jehn, Jungermann und Schnapla. Ganz neu ist ferner auch der „Wuß Ball“, eine amerikanische Sportspiel, bei welchem 12 junge Amerikanerinnen, in zwei Parteien geteilt, einen Riesentanz über ein abgestecktes Ziel zu stoßen suchen. Heute, Sonntag, wird die Pantomime „Mephisto“ sowohl in der Nachmittags- als in der Abendvorstellung gegeben werden.

Feuerbericht. Im Laufe des Sonntags hatte die Wehr nur wenige Alarmierungen zu verzeichnen. Früh kurz nach 8 Uhr wurde sie nach der Oranienstraße 176 gerufen, wo in einem Keller die Strohpäckung an einem Cadmeiser Feuer gefangen hatte. Es gelang indes, die Flammen schnell zu ersticken, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Kurz vorher gingen in der Fenchelstraße 11 auf einem Hängeboden Wäsche und Kleidungsstücke in Flammen auf, dessen Ablöschung ebenfalls leicht erfolgte. Zu der Diefenbachstr. 37 war in einer Wohnung die Klosettverpackung auf einem Hängeboden in Brand geraten. Außerdem war noch in der Postoderstr. 26 durch überglühendes Fett ein kleiner Brand entstanden, der jedoch noch im Keime erstickt werden konnte.

Aus den Nachbarorten. Die Gemeindevertretung in Schmargendorf bewilligte am 21. d. M. die Mittel zur Anstellung einer Volksschullehrerin, ferner die Erhöhung des Schuldiener-Gehalts von 800 M. auf 720 M. Die dann stattfindende Staatsberatung für 1902 zeigte, mit welcher „Gründlichkeit“ die Gemeindevertretung arbeitet. Vor Beginn der Sitzung wünschte der Gemeindevorsteher, daß die Staatsberatung kurz gemacht werde. Der Vorschlag zum Etat ist den Gemeindevorstreitern in diesem Jahre nicht zugegangen. Ein Vertreter rügte das und beantragte, zwei Besungen stattfinden zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil er ein Mißtrauen gegen die Rechnungs-Kommission“ bedeute. Die Rechnungs-Kommission wurde motiviert, daß die Vertreter durch Drucklegung des Etats nicht „vergnügung“ werden sollten. Der „fälschlich balancierte“ Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 355 000 M. Die „Beratung“

bestand in einer dreiviertelstündigen Verlesung der Positionen, die unverändert angenommen wurden. Wie wenig gründlich der Etat aufgestellt ist, beweist der Umstand, daß die Mittel für die erwähnte Lehrerinanstellung darin fehlten. Für die Einrichtung der Unterrichtsräume und des Sitzungssaales wurden 10 000 M. bewilligt.

Steglich. Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst endgültig das Gewerbe-Gesetz-Statut mit einigen Änderungen an. Betreffs der Zugehörigkeit der Besitzer nach Belieben des Vorstehenden, was wir im vorigen Bericht als ungesetzlich bezeichneten, hatte die Kommission eine andre Fassung vorge schlagen, welche angenommen wurde. Da die einzelnen Paragraphen nicht verlesen wurden, können wir nicht berichten, wie der Passus jetzt lautet. — Bei Gelegenheit der Abnahme von Rechnungen über Straßensplaster rügte Kapp die Säumigkeit der Gemeindeverwaltung in diesen Punkten. Ueber Pflasterungen, die vor drei, vier und fünf Jahren ausgeführt wurden, lagen jetzt endlich die Rechnungen vor. Da nach dem Ortsstatut die anliegenden Hausbesitzer die Hälfte der Kosten zu tragen haben, so sind nach einer Berechnung Kapps der Gemeinde ca. 16 000 M. Zinsverluste entstanden zu Gunsten der betreffenden Hausbesitzer. Der für die Vertretung des Gemeindevorstehers mit 4000 M. entschädigte Schöffe Ranke war sehr entrüstet über die Vorkürfe gegen die Verwaltung und verknäppte sich hinter den früheren Vorleser Zimmermann. Herrn Direktor Steinthal aber war es vorbehalten, die Debatte auf das richtige Niveau zu bringen. Er warf seinem Genossen Kapp nämlich vor, daß er benutzte Unwahrheiten unter die Massen werfe, um seinen Voratz als Heher zu erfüllen und die Massen zu beirren. Dieser Ausfall veranlaßte den Vorleser, seinen Vertreter in Schutz zu nehmen. Genosse Kapp forderte Herrn Steinthal auf, falls er als Ehrenmann gelten wolle, entweder die Beweise für seine Behauptungen anzutreten oder zu widerrufen. Wie sind gespannt, wie weit die „Bildung“ dieses Herrn geht. — Ferner wurde noch beschlossen, dagegen zu protestieren, daß die biologische Versuchstation auf der Domäne Dahleken an der Steglitzer Grenze errichtet werde; der Gemeindevorstand befürchtet, daß dadurch der „Richtberg“ in „Abten Gerich“ kommt.

Aus Reinickendorf wird uns berichtet: Bei dem Umbau des Schönholzer Bahnhofs an der Nordbahn hat der Unternehmer Berner-Lichterfeld die Ausschachtungs- und Auffüllungsarbeiten des einen (östlichen) Teils übernommen. Der Boden wird dem Terrain der Schönholzer Heide einnehmen. Die Abholzung geschah im Oktober 1901. Zur Bodenbewegung werden 2 Lokomotiven nebst 30 Plovers benutzt und sind circa 100 Arbeiter tätig. Die Arbeitszeit der Schachter ist von 1/2 Uhr früh bis 6 Uhr abends, die der Ripper von 6 Uhr früh bis 1/2 abends mit einer 1/2 stündigen Frühstückspause und einer 1/2 stündigen Mittagspause. An Lohn erhalten die Leute 25 bis 30 Pfg. pro Stunde. Wohl ist ein Schuppen auf dem Bauplatz vorhanden, worin die Schärwecker und Schmieße ihre Obliegenheiten verrichten, das Werkzeug aufbewahrt wird und die Maschinen eingestellt werden, aber Sitzgelegenheit befindet sich nicht darin. Ein besonderer Schuppen mit Sitzgelegenheit für die Arbeiter, in dem sie in den Pausen ihr Frühstück oder Mittagessen zu sich nehmen, oder worin sie in Ruhe vor den Umbau des Betters nehmen können, ist nicht vorhanden. Ebenso fehlt ein Abort. Dagegen hat der Unternehmer Maurermeister L. Berlin, Holsteiner Ufer, bei der Ausschachtung und die Erhöhung des westlichen Teils des Bahnhofs übernommen hat, für seine Leute in diesem Punkte besser vorgezogen. Es besteht dort ein Schuppen mit Heizvorrichtung, in dem die Arbeiter einen warmen Raum mit Tischen und Bänken für die Frühstückspause und Mittagspause vorfinden. Auch für einen Abort ist gesorgt. Hier währt die Arbeitszeit von 1/8 Uhr früh bis 5 Uhr abends mit einer 1/2-stündigen Frühstückspause und einer 1/2-stündigen Mittagspause. An Lohn erhalten die Leute hier 40 Pfennige die Stunde.

Schwer verletzt wurde vorgestern der Arbeiter Sauerberg auf dem Bahnhofsgebäude der Charlottenburger Stroßenbahn-Gesellschaft. Beim Hinausschieben eines Motorwagens geriet er zwischen den Wagen und einen Mauerpfeiler und erlitt gefährliche Quetschungen. Dieser Unfall im Betriebe soll bereits der dritte seiner Art sein.

Vermishtes.

Grubenunglück. Auf der Concordia-Grube bei Jägrze wurden gestern infolge eines Pfeilerbruchs zwei Feuer verwickelt. Einer derselben wurde sofort erloschen, während der andere seinen Verletzungen kurz nach seiner Entdeckung in das Lazarett erlag.

In London ist der frühere Kommiss der Liverpooler Bank, Gaudle, der die Bank durch Wechselspekulationen um 170 000 Pfund geschädigt hat, gestern vom Central-Strafgerichtshof zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von drei Ehepartnern des Gaudle, die seinen Raub teilten und ihn ihrerseits wieder betrogen, erliefen einer 10, die beiden andern je 2 Jahre Zuchthaus.

Leichenschändung. Auf dem Friedhof Rainate bei Malland ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Leichnam einer 84-jährigen Frau aus dem Grabe gerissen, geschändet und nach zurückgelassen worden. Die Verbrechen sind auch in die Friedhofskapelle eingeschoben, die sie anzuwandeln. Dies ist schon der dritte Fall von Leichenschändung auf Friedhöfen in der Umgegend Mallands. Die Täter sind nicht entdet worden.

Explosion in New York. In der Nacht zu gestern ist die an der Ecke der Parkavenue und 34. Straße gelegene Waffenhalle des 71. Militärregiments niedergebrannt. Eine große Menge von Patronen, die daselbst lagerten, sind explodiert; die Stungen flogen nach allen Richtungen. Die Flammen sprangen in die benachbarten Straßenbahn-Schuppen und in das mit Häfen dicht besetzte Parkavenue-Hotel über, wo eine große Panik entstand. Um 8 Uhr morgens sprang eine Anzahl der Bewohner des Hotels aus den Fenstern auf die Straße, wo sie mit gebrochenen Gliedern aufgehoben wurden.

Wochen-Epistelplan.	Sonntag 23.	Montag 24.	Dienstag 25.	Mittwoch 26.	Donnerstag 27.	Freitag 28.	Sonntag 1.	Sonntag 2.
Opernhaus	Tannhäuser	Jar und Zimmermann	Rigdon	Der Improvisator	Figaros Hochzeit	Das große Licht	Der Improvisator	Carren
Schauspielh.	Mit Hobbs	Das große Licht	König Richard III.	Das große Licht	Ein Sommer-nachdram	Mit Hobbs	Don Carlos	Das große Licht
Neues Opern-Th.	Das große Licht	—	—	—	—	Kongert z. Besen des Paul Gerbard-Billid	—	Mit Hobbs
Schiller-Theater	Familie Fourchambault	Einsame Menschen	Familie Fourchambault	König Harlekin	Colandere-Mährchen	Die Komödie der Irrungen	König Harlekin	König Harlekin
Berliner Theater	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg	Lucians Satiren	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg	Ueber unsre Kraft I	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg
Leffing-Theater	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Die Fee Caprice	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Wohltätigkeits-Vorstellung	Das Bild Agnes Sorma	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Das Bild Agnes Sorma	Das Bild Agnes Sorma
Theater des Wehens	Wiener Blut	Der Troubadour	La Traviata	Wiener Blut	Die Fledermaus	Unbestimmt	Figaros Hochzeit	Wiener Blut
Friedrich-Wilhelm-Theater	Die Fledermaus	Der Obersteiger	Der Eigenbaron	Der Eigenbaron	Die Fledermaus	Die Sandhändler	Die Sandhändler	Die Sandhändler
Kaisers-Theater	Der Varror von Kirchfeld	Der Varror von Kirchfeld	Der Varror von Kirchfeld	Jar und Zimmermann	Wiffelm Tell	Der Händelbesitzer	Kyryl-Kyryl	Kyryl-Kyryl

Deutsches Theater. Alle Abende: Es lebe das Leben. Nur Mittwoch: Lebendige Stunden. — Heubenz-Theater. Sonntagabend bis Donnerstag: Sein Doppelgänger. Vorher: Die Vergangenheit. Von Freitag an täglich: Ein galanter Richter. Vorher: Mein Schreiber. — Neues Theater. Sonntagabend bis Freitag: Volkspiel Felene Odilon. Unter. Am Schluß: Colombine. Sonnabend und Sonntag: Unbestimmt. — Thalia-Theater. Alle Abende: Seine kleine General-Theater. Alle Abende: Seine kleine General-Theater. — Schall und Rauch. Alle Abende: Vorstellung vor Scherenschnitt. — Trianon-Theater. Alle Abende: Coralle u. Co. — Metropol-Theater. Alle Abende: Reine Nummer. — Gefellions-Theater. Alle Abende: Die Dame aus Trouville. Hieraus: Er. — Carl Reich-Theater. Sonntag: Dießels. Montag bis Sonnabend: Das Jungfernhilf. Sonntagabend: Preciosa. — Urania. Alle Abende: Frühlingsbote an der Riviera. — Apollo-Theater. Alle Abende: Don Juan in der Hölle.

Der Bundesoberst Pfeffer und die Frau des Hotelbesizers Reed sind tot. Admiral Müller ist tödlich verlegt. Eine Rauber des Sojels und der Turm sind eingeführt; wieviel Personen noch unter den Trümmern liegen, ist unbekannt. Die Polizei ließ die Nachbarhäuser räumen, viele Familien sind einströmen in Städtgen untergebracht. Nach 4 Uhr morgens gelang es, des Feuers Herr zu werden.

Witterungsübericht vom 22. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand um 8 Uhr	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. u. F. u. C.	Stationen	Barometer stand um 8 Uhr	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. u. F. u. C.
Schwandau	771.50	—	—	2 wolklos	—4	Dapavanda	753.50	—	—	2 wolklos	—0
Damberg	768.50	—	—	1 wolklos	—4	Bierburg	764.50	—	—	2 wolklos	—3
Berlin	770.50	—	—	2 wolklos	—3	Forst	752.50	—	—	2 wolklos	—8
Krausl. M.	767.50	—	—	1 bedekt	—2	Berchem	—	—	—	—	—
München	766.50	—	—	—	—	Paris	766.50	—	—	1 wolklos	—2
Wien	771.50	—	—	2 wolklos	—2	—	—	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Sonntag, den 23. Februar 1902. Eindeutiger bei lebhaften nördlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Schriften-Eingang.

Arbeiterklub in Gasp und Schauspielstätten. Referat des Prof. Dr. R. Obenburg in der Gesellschaft für soziale Reform und Konferenz von Gustav Staats, Geschäftsführer der Sektion Berlin des deutschen Reichsbundes. Preis 50 Pf. — Proceedings of first Annual Convention District 15, United Mine Workers of America. Abgehalten in Trinidad, Colorado, am 7. bis 9. Oktober 1901. — Bade. Dr. C. Vogel in der Gefangenenschaft. Teil I. Die deutsche Kämpfer. Mit 16-20 Tafeln in Photographie und Original-Aufnahmen lebender Vögel und vielen Textabbildungen. Vollständig in zehn Lieferungen a 50 Pf. Verlag von Fritz Vieweg, Berlin W. — Republikanische Wandbilder und Portraits von Dr. Friedrich Kocher. Preis 3 M. Th. Schöner, Verlag. — Jahrbuch des Handelsvertrags-Vereins für das Jahr 1901. Herausgegeben von Dr. W. Burgius. Berlin 1902. (Preis 1 M. 10 Pf.) — Jahresbericht des Arbeitersekretariats Frankfurt a. M. für das Jahr 1901. Neht Jahresbericht des Gewerkschaftssekretärs. — Das Kleingewerbe, insbesondere das Bäcker-, Konditor- und Fleischer-gewerbe. Von Friedrich Schomerus. Stuttgart. W. Kohlhammer.

Marktpreise von Berlin am 22. Februar 1902

nach Ermittlungen des h. V. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
† Weizen, gut D. G. 17.70	17.46	Barstoffs, neue D. G. 6. —	4. —		
— mittel 17.42	17.38	Milchfleisch, Reute 1 kg 1.60	1.20		
— gering 17.24	17.30	— do. 1.40	1. —		
† Roggen, gut 14.88	14.87	Schweinefleisch 1.70	1.30		
— mittel 14.87	14.85	Rohfleisch 1.80	1. —		
— gering 14.86	14.85	Dammfleisch 1.60	1. —		
* Gerste, gut 14.60	14.20	Butter 2.60	2. —		
— mittel 14.10	13.70	Hier 60 Stck 4.80	2.80		
— gering 13.00	13.30	Rapsen 1 kg 2.20	1.20		
* Hafer, gut 17.20	16.70	Roh 2.80	1.40		
— mittel 16.60	16.20	Hamben 2.80	1.20		
— gering 16.10	15.70	Rechte 2.40	1.20		
Milchfleisch 7.32	7. —	Barste 1.80	0.80		
den 8.60	6.40	Schier 3.00	1.40		
erbsen 40. —	35. —	Biete 1.40	0.80		
erbsen 50. —	45. —	Rechte 15. —	3. —		
Wien 60. —	20. —				

† ab Bahn. — frei Wagen und ab Bahn. Produktionsmarkt vom 22. Februar. Getreide. Der Frühlmarkt befeuerte feste Tendenz. Mittags machte sich ein leichter Rückgang geltend. Die Bedarfsfrage für Weizen und Roggen war weniger dringlich als bisher; Käufer bewachten die an Sonntagabend folgende Zurückholung, und überwiegen schwache Preisbewegungen von den ausländischen Börsen veranlassen Reaktionen, bei denen beide Preisrückfälle 1/2-1/4 M. nachgaben. Man nimmt an, daß demnächst wärmeres Wetter eintriften dürfte und das mit eine Steigerung der Warenpreise zu erwarten sei. Wehl behauptete seine gestrigen Preise. Futterartikel blieben im Vordahndel unverändert. Hafer ist aus Bommern und Schlesien offeriert, aber sehr teuer. Zur Lieferungsfrist ging Hafer auf Blauverträge 1/4 M. zurück, auch Weiz war abgedrückt und auf matten Nordamerika und reichliches Angebot aus Russland und den Donauländern. Rüböl notierte etwas fester. Spiritus war um 40 Pf. erhöht, 70er loco 34,60 M.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 22. Februar 1902. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 5189 Kühe, 1046 Kälber, 11162 Schafe, 6901 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (Beziehungswerte für 1 Pfund oder 500 Gramm): Ochsen: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 61-65, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 55-60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 55-57; d) gering genährte 50-53. — Kühe: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 58-62; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 53-57; c) gering genährte 49-53. — Füllen und Stöße: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes 60-66; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 58-65; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entworfene jüngere Kühe und Füllen 50-52; d) mäßig genährte Kühe und Füllen 47-48; e) gering genährte Kühe und Füllen 42-46. — Kälber: a) fleischige (Wohlmilch) und beste Saugkälber 73-76, b) mittlere Wohl-milch 62-66, c) geringe Saugkälber 46-52, d) ältere, gering genährte (Fleisch) 43-48. — Schweine: a) Vollschlauer und jüngere Wap-schlauer 56-58, b) ältere Wohlschlauer 40-52, c) mäßig genährte Schlauer und Stöße (Kreuzschafe) 40-46, d) halbschauer Niederungs-schlauer (Lebensgewicht) 60-66. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 14 Jahren 220-280 Pfund schwer, 63; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Kälber) 60; c) fleischige 60-62; d) gering entworfene 57-59; e) Sauen 56-60. Für 100 Pfund ab, es bleibt nur mäßiger Ueberhand; der Rinderhandel gehaltete sich ruhig; bei den Schafen war der Weidgang langsam, es bleibt etwas Ueberhand. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

Wochen-Epistelplan.	Sonntag 23.	Montag 24.	Dienstag 25.	Mittwoch 26.	Donnerstag 27.	Freitag 28.	Sonntag 1.	Sonntag 2.
Opernhaus	Tannhäuser	Jar und Zimmermann	Rigdon	Der Improvisator	Figaros Hochzeit	Das große Licht	Der Improvisator	Carren
Schauspielh.	Mit Hobbs	Das große Licht	König Richard III.	Das große Licht	Ein Sommer-nachdram	Mit Hobbs	Don Carlos	Das große Licht
Neues Opern-Th.	Das große Licht	—	—	—	—	Kongert z. Besen des Paul Gerbard-Billid	—	Mit Hobbs
Schiller-Theater	Familie Fourchambault	Einsame Menschen	Familie Fourchambault	König Harlekin	Colandere-Mährchen	Die Komödie der Irrungen	König Harlekin	König Harlekin
Berliner Theater	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg	Lucians Satiren	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg	Ueber unsre Kraft I	Mt. Heidelberg	Mt. Heidelberg
Leffing-Theater	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Die Fee Caprice	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Wohltätigkeits-Vorstellung	Das Bild Agnes Sorma	Ueber den Wassern Agnes Sorma	Das Bild Agnes Sorma	Das Bild Agnes Sorma
Theater des Wehens	Wiener Blut	Der Troubadour	La Traviata	Wiener Blut	Die Fledermaus	Unbestimmt	Figaros Hochzeit	Wiener Blut
Friedrich-Wilhelm-Theater	Die Fledermaus	Der Obersteiger	Der Eigenbaron	Der Eigenbaron	Die Fledermaus	Die Sandhändler	Die Sandhändler	Die Sandhändler
Kaisers-Theater	Der Varror von Kirchfeld	Der Varror von Kirchfeld	Der Varror von Kirchfeld	Jar und Zimmermann	Wiffelm Tell	Der Händelbesitzer	Kyryl-Kyryl	Kyryl-Kyryl

Einsegnungs-Anzüge

ausserordentlich reichhaltige Auswahl in Satin, Cheviot, Coating, Ripsgarn, Tuchkammgarn, Drapés u. s. w., je nach Grösse und Qualität 33,- 30,- 27,- 24,- 21,- 18,- 15,- 12,- **9 Mk.**

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Lawn-Tennis-Anzüge
für Costümfeste 6 Mk.
crème Papier-Anzüge
für Costümfeste 12 Mk.

Herren-Anzüge nach Maass 24 Mk.
Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung
70.- 60.- 50.- 40.- 30.-

Herren-Nosen nach Maass 6 Mk. 50
Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung
21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

BAER SOHN,

Chausseestrasse 24a/25. II. Brückenstrasse II. Gr. Frankfurterstr. 20.
— Grösste Auswahl. — Billigste Preise. — Baar-Verkauf. — Feste Preise. —

Hüte, Wäsche, Handschuhe, Cravatton u. s. w. für die Einsegnung sehr preiswerth.

Unerreicht billig!
Aecht englische **Gummi-Regen-Mäntel** für Herren 15 Mk. für junge Herren 13 Mk. 50.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau **Margarete geb. Lütow** Freitag, den 21. d. M., nach kurzen schweren Leiden entschlafen ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 28., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes statt.
7966
Geinrich John
im Namen der Hinterbliebenen.

Suche sofort thätigen od. stillen **Securus** mit 5-6000 Mk. zur Kreditentlastung d. durchf. d. Patenten für Beleuchtungsbranche. Sachmann erwünscht. Offerten an E. W. 1167 an Rudolf Wölfe, Brünzstr. 41.

Möbelfabrik „Königkeits“, Bruchstr. 35

(Ginget. Genossenschaft m. B. S.). Wir bringen hiermit zur Kenntnis, dass die diesjährige **ordentliche Generalversammlung** den 6. März 1902 in unserem Geschäftslokal, Bruchstr. 35 im 3. Stockwerk, 2 U., nachmittags 6 Uhr stattfinden wird.

Tages-Ordnung:
Punkt 1: Vorlage des Jahresabschlusses. Punkt 2: Bericht über die eingetragenen Revisionen. Punkt 3: Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. Punkt 4: Geschäftliches. Um pünktliches Erscheinen ersucht der Vorstand.

A. Siebert, J. Stephan. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Bilanz des Genossen in unserem Comptoir, Bruchstr. 35, zur Einsicht ausliegt. 681b

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

W. Krügers Restaurant,

Bereitschaft, Raubstr. 6. Sonntag: Familien-Abend.

Johannisthal.

Raus Park - Restaurant.

Jeden Sonntag: Grosser Ball. Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung, Saal für Vereine u. Versammlungen.

Kösliner Hof

Köslinerstr. 8. Wegen Auflösung eines Vereins ist zweiter Dienstag abends frei.

Luna-Säle

7. Neue Königstr. 7. Empfehle den verehrten Herren meine Säle mit 500 Personen fassenden Parkgarten und 2 Sommerregelmöbeln zur gefälligen Benutzung. 138/14 **A. Goldgräbe.**

Köpenick. Restaurant.

Bahnhofstr. 44. Empfehle meinen Saal Vereinen und zur Privatgesellschaften. Jeden Sonntag Tanzkränzchen. **Hermann Goerke.**

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2-1/3, 1/2-1/3. Kaufen Sie nur auf

Teufelung!!

Herrenuhren, Damenuhren, Weckeruhren, Regulatoren, Brochen, Ringe, Ketten (wöchentlich 1 Mk.). **Ruhre & König** Waisenhausstr. 72.

Halbsteine

Dr. Seintzenberger Kohle (kein so genannter Bruch), für Hausheizung billiger als Preussische. Scheitel 85 Pf. Henschel Nord 40 Pf. ab Wag. **H. Schnub,** Köllischer Ufer 43 a. d. Köllischer Br.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Engros-Resterhandlung

Chausseest. 54 u. Belle-Alliancestr. 98 1 Tr. 1 Tr.

Masken-Garderobe

von **Carl Ernst,** Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Grösste Auswahl! Billigste Preise! Vorzüglicher Service! erd. 10% Preisermäßigung

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 37. Auskunft bis abends neun. (33500)

Goldwaren-Industrie Belmonte & Co
ENGROS Königs-Str. 46 DETAIL

Einsegnungs-Geschenke

in grösster Auswahl.
Elektrischer Kraftbetrieb.
Grosshandel. — Export. — Versand nach allen Ländern.
Goldwaren • Uhren etc.
Einzelverkauf Eingang A und B.



Berliner Bock-Brauerei-Ausschank Tempelhoferberg (Fidicinstr. 2/3.)

Hiermit beehre ich mich, bekannt zu machen, dass ich am **16. April d. J.** die Oekonomie des oben genannten Etablissements übernehme und empfehle daher schon jetzt die gesamten Räume und den anerkannt schönen und grossen Garten für **Vereins-Gesellschaften, Sommerfeste** etc. Gleichfalls gestatte ich mir, das P. P. Publikum zum Besuche der im Sommer und Winter stattfindenden **Militär-Konzerte** einzuladen, und wird es mein Schreben sein, durch **aufmerksame Bedienung, tabellose Küche** und **gut gepflegte Biere** die Zufriedenheit meiner werthen Gäste zu erlangen. 645b

August Raddatz,
Bisher Königsstädt. Kasino. Holzmarktstr. 72.

Damen-Vortrag
Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den **Berolina-Festsaal, Schönhauser Allee 28.**
Karl Bruckhoff, Festschriftliche 10 Ueber: **Moderne Frauenleiden.** Nur für Damen! Eintritt frei!

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus.** Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 3192L

Bad Frankfurt Ritter-Bad
136 Gr. Frankfurterstr. 136 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lehtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Seltene Gelegenheit!
Ein prima Geschäft, Mehl u. Vorkost, Margarine und Butter, durch Unfall sofort verlässlich durchschüttelte Voreinnahme 60 Mk. Laden u. schöne Wohnung 600 Mk. Wiele. Hoher Preis. Inventar u. Warenbestand 2300 Mk. Selbst käufliche Adressen erbeten unter L. 3 an die Expedition. 654b

Steppecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmundel, Berlin S. 72, Wallstr. 72,** nahe der Rosstrasse, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 33734

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Engros-Resterhandlung
Chausseest. 54 u. Belle-Alliancestr. 98 1 Tr. 1 Tr.

Masken-Garderobe
von **Carl Ernst,** Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Grösste Auswahl! Billigste Preise! Vorzüglicher Service! erd. 10% Preisermäßigung

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 37. Auskunft bis abends neun. (33500)

Roh-Tabak.
Die Restbestände der Liquidation sollen einzeln billig verkauft werden. **Lindenstädt, Kaiserstr. 39/40.**

Rohtabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise. Güter Versand! Bortzählige Qualität. **Familie 31962**
Fabrikations-Utensilien.
Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck, 185 Brunnenstr. 185.

Roh-Tabak 31962*) **Max Jacoby, Streifenstr. 53**

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise. **F. Wiener Nachf. L. Lehmann** 23 Rosenthalerstr. 23.

Rohtabak
Gute Qualitäten. Weisser Brand. Grösste Auswahl. Billigste Preise. **181 Sebastian Gröbel 181** Brunnenstr. 181

En gros En detail
Rohtabak 31962
Max Otto, Berlin NO. Neue Königstr. 6.

Roh-Tabak, sämtliche Utensilien zur **Cigarren-Fabrikation** offeriert in der grössten Auswahl zu den billigsten Preisen
W. Hermann Müller, 22 Alexanderstr. 22.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlfeilsummlichen Traudelmehls empfehle garantiert **unverfälschten 1899er Rotwein.**
Derselbe kostet in Fässern v. 50 L. an **58 Pf. per Liter**
u. in Kisten von 12 Hl. an 60 Pf. je Hl. von ca. 1/2 Liter. einfl. Glas. 2 Flasch. u. Preis! versende pr. Post zahlreiche Anerkennungen. (1000*)
Carl Th. Oehmen, Coblenz a. Rh 311 Weinbergstr. 311 u. Weinb. 311.

Max Brinner Jerusalemstr. 42 Brunnenstr. 6. Grösstenteils Auswahl von Kinder-, Sports- und Tupperwagen, Kinderbesteck, etc. Billigste Preise! Teilzahlung gestattet.

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.
Bel Asthma.
Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Atemnot, Desinfekt., Asthma, Keuchhusten, Verschleimung, Kehlkopfentzündung, Krachen im Hals, Rachschmerz, Infarktion, Gefäßstörung und Schlaflosigkeit ist die Heilkraft von **Pohl's Brombeersaft** für Erwachsene und Kinder erprobt 7. gratis. **Pohl's Brombeersaft** bonbons, wohlschmeckend u. schmerzlos 7. Pf. 80 Pf.

Georg Pohl, Brunnenstr. 157.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 37. Auskunft bis abends neun. (33500)

Höchst beachtenswert!
Meinen werthen Kunden sowie dem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, dass ich meine Lager in Herren- und Knaben-Garderoben für die Frühjahrs-Saison mit sämtlichen Neuheiten ausgestattet habe. — Die von voriger Saison übrig gebliebenen Waren verkaufe ich, um damit zu räumen, zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen, und zwar gewähre ich auf diese Sachen **20 Proz.** Der Ausverkauf dieser Waren findet nur bis **Ende Februar** statt.
Präsentiert mit nur goldenen Medaillen. Paris. Leipzig.
Carl Zobel, Herren- und Knabengarderoben-Geschäft, Berlin SO., Ecke Michaelkirchstrasse, Köpenickerstrasse 121.

III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 26. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Lokale Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c:

Versammlung des Wahlvereins.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten H. Pens (Dessau) über: Die Socialdemokratie und die Wohnungsfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 240/5
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 23. Februar, abends 1/2 6 Uhr:

Volks-Versammlung

im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtdirektors Dr. Weyl über: Streiflichter aus dem roten Hause. 2. Diskussion. 219/5
Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Moabit! VI. Wahlkreis. Moabit!

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im „Moabiter Gesellschaftshaus“ (Peter's),
Alt-Moabit Nr. 80/81.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Förster (Hamburg) über: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/7
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Schöneberg.

Dienstag, den 25. Februar ex., abends 8 1/2 Uhr,
bei Obst, Weiningerstraße 8:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel über: „Der Sozialtarif und die Arbeiterklasse.“ 202/5
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Modell- u. Fabriktschüler sowie Modelldrehsler.
Mittwoch, 26. Februar, im Wedding-Park, Müllerstr. 178:

Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wiewenthal: Was lernen wir von dem Verhalten der Unternehmer während der Krise? 2. Diskussion. 3. Berichtsdifferenzen. 4. Verschiedenes. 79/17
Zahlreiches Besuch erwartet
Die Kommission.

Branche Korbmacher.
Montag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal VII, Engel-Ufer 15:

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission. 2. Erläuterungen über die Broschüre. 3. Wahl von zwei Revisoren. 4. Verschiedenes. 79/17
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Die Kontrollkommission der Korbmacher.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für den Osten
bei Höfflich, Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.

Tages-Ordnung:
1. Wie agitierten wir am besten während der Krise? Referent Kollege Wiewenthal. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Bestreikleitung für Friedrichsberg-Nichtenberg.

Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Dreddener Garten, Dreddenerstr. 45:

Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtd. Th. Metzner über: „Die Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 112/2
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuillier. Achtung!

Verband der Portefeuillier und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. (Zahlstelle Berlin.)

Dienstag, den 25. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rannustr. 27:

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Urabstimmung. 3. Verlegung des Versammlungstages. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 109/2
Gäste willkommen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Alle im Massage-, Bade- u. Krankenpflege-Berufe beschäftigten Personen. Achtung!

Mittwoch, 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Herr Stadtrat Weigert und die schlechten Krankenträger. Referent Reichstags-Abgeordneter O. Antrick. 2. Diskussion. 286/10
Bei der großen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht eines jeden einzelnen Berufscollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Friedrichsberg.
Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Höfflich, Frankfurter Chaussee 120:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Fr. Imle. 2. Geschäftsbericht und Abrechnung vom Jahre 1901. 3. Wahl des Zweigvereins-Vorstandes. 4. Verschiedenes. 137/8
Guten Besuch erwartet
Die örtliche Verwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 82 des Kassenstatuts teilen wir mit, dass der Vorstand sich für das Jahr 1902 folgendermaßen konstituiert hat:
Vorsitzender: Herr Johannes Blenz, Zossenerstr. 44.
Stellvertreter: Gustav Lehmann, Bergmannstr. 27.
Schriftführer: Otto Wonnitzki, Reichenbergerstr. 28.
Stellvertreter: Frä. Gertrud Hanna, Strausbergerstr. 45.
Kassencontroleure: Herr F. F. Emil Schmidt, Hasenhaide 48.
Paul Land, Falckstr. 6 zu Rixdorf.
Beisitzer: Herren Buchdruckereibesitzer Hermann Mitsching, Bernauerstr. 43; W. Rüwer, Elsasserstr. 5; Arthur Scholem, Rosstr. 3.

7. Abänderung des Kassenstatuts

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntnis, dass die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 13. Oktober 1901 beschlossene vom Bezirks-Ausschuss genehmigt worden ist und mit dem 3. März d. J. in Kraft tritt.
Nach dieser Abänderung müssen die im § 4 und § 7 vorgeschriebenen Anmeldungen ausser Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtstag des Anzmeldenden und dessen Beschäftigungsart, sowie seinem Eintritt in die Beschäftigung noch die Höhe des Arbeitsverdienstes, tags- oder wochenweise berechnet, und die Nummer des Quittungsbuches, sofern der Anzmeldende bereits Mitglied der Kasse war, enthalten.
Verändert sich dieser Arbeitsverdienst dert, dass hierdurch eine Versetzung in eine andre Mitgliederklasse stattfindet, so ist dies vom Arbeitgeber spätestens am dritten Tage nach dieser Veränderung dem Kassenschatzmeister anzuzeigen.
Die im § 9 vorgesehenen Lohnsätze und die dadurch bedingte Klassenentteilung der Mitglieder, sowie die in § 26 angegebene Höhe der Wochenbeiträge ist jetzt folgendermaßen festgesetzt:
Für Kassenmitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst über 3,00 M. beträgt: 1. Klasse = 3,50 M. Wochenbeitrag 90 Pf.
Für Kassenmitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 2,01 M. bis einschliesslich 3,00 M. beträgt: 2. Klasse = 2,50 M. Wochenbeitrag 63 Pf.
Für Kassenmitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 1,01 M. bis einschliesslich 2,00 M. beträgt: 3. Klasse = 1,50 M. Wochenbeitrag 39 Pf.
Für Kassenmitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 1,00 M. und weniger beträgt: 4. Klasse = 1,00 M. Wochenbeitrag 24 Pf.

Versetzungen in eine andre Lohnklasse finden nur von Vierteljahr zu Vierteljahr statt. Beschwerden der Mitglieder gegen die Festsetzung der Klasse werden von der Aufsichtsbehörde entschieden.
In § 10 wird die Höhe des Krankengeldes unter Beibehaltung der übrigen Bestimmungen auf die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes, im § 17 die Höhe des Begräbnisgeldes auf den 35fachen Betrag desselben festgesetzt.
§ 18 bestimmt, dass in Unterstützungsfällen, welche innerhalb der ersten 26 Wochen der Mitgliedschaft eintreten, die Krankenunterstützung und das Krankengeld bis zur Dauer von nur 13 Wochen, das Begräbnisgeld nur im 20fachen Betrage des durchschnittlichen Tageslohnes gewährt werden.
Nach § 44 bilden nunmehr die Mitglieder jeder Klasse eine Abteilung.
Berlin, den 15. Februar 1902.
Der Vorstand.
Johannes Blenz, Vorsitzender. Otto Wonnitzki, Schriftführer

Achtung! Achtung!
Maurer Charlottenburgs!
Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Bauer, Berlinerstr. 86:
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle Charlottenburg des Centralverbandes deutscher Maurer.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: Der Kampf um Dasein. 2. Wahl des Zweigvereins-Vorstandes respektive der Verbandsleitung. 3. Verschiedenes.
NB. Der wichtigen Tagesordnung wegen muss es Pflicht eines jeden Kollegen sein, die Versammlung zu besuchen. Beim Eintritt erhält jeder Kollege einen Stimmschein eingehändigt. 137/9
Zahlreiches Besuch erwartet
Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Arbeiter Charlottenburgs. Achtung!

Dienstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, in der Gambrius-Brauerei, Wallstraße 96:
Gr. öffentliche Versammlung der Gewerkschaften.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitslosen-Fähigkeit. Referent Stadtd. Dr. Borchard. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 302/4
3. H. W. Griz.

Herren-Vortrag

Freitag, den 28. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Deutschen Klubhaus, Badstraße 58.
Karl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: Die Folgen unheilbaren Männerlebens. Nur f. Herren! Eintritt frei!

Rum No. 3 Façon

ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.
Jamaica-Rum [31850]
echt und echt Verschnitt
a Ltrfl. 1,00, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.

Glühwein-Extrakt

hochfein im Geschmack
a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12,- inkl.

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack
a Ltrfl. M. 2,10, 2,50, 3,-

Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.

Belle-Allianceplatz 6a. Neu Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 19d. Grüner Weg 60. Hilsasserstr. 71. Putbusstr. 35. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Berliner Konsum-Verein.

Außerordentliche General-Versammlung
am Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Statutenberatung.
Der Vorstand.
Verkaufsstellen:
Rummelsburg:
Türschendstr. 6.
Stralau:
Etralaner Allee 17 a.
Friedrichsberg-Nichtenberg:
Frankfurter Chaussee 48/49.
Rannigerstr. 4. 105/16

Tischler!

Am Donnerstag, den 27. Februar, abends Punkt 8 Uhr, findet Engel-Ufer 15 die Ergänzungswahl des Gesellen-Ausschusses, um 9 1/2 Uhr die Wahl der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht statt. Als Legitimation dient das Krankenloosenbuch oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers. 286/8
Alles Nähere siehe Säulenanschlag am Montag.
C. Rahardt, Obermeister.

Verband der Tapezierer.

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 177/8
Die Verbandsleitung.

Berliner Konsum-Verein.

Abteilung Rummelsburg und Stralau.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue eine
Versammlung
stattfindet. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über das Thema: Der Kampf um Dasein. 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung vom 16. d. M. und Delegiertenwahlen. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
NB. Wegen der Wichtigkeit des zweiten Punktes der Tagesordnung betr. Delegiertenwahlen ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. — Das neue Vereinsstatut gelangt zur Ausgabe. Gäste sind herzlich willkommen. Zahlreiches Besuch erwartet. 105/13
Der Abteilungs-Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Hoffmanns Festsaal, Zuhater 5, Ziel, Bergstraße 151/152:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gantage. 2. Anträge zum Verbandstage. 3. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage und zum Gewerkschafts-Kongress. 4. Verbands-Angelegenheiten. 79/19
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen jedes Einzelnen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zwei große öffentliche Schuhmacher-Versammlungen

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
in folgenden zwei Lokalen: 1. im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 2. bei Nümann, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohnbewegung zum Frühjahr 1902, und unter welchen Voraussetzungen ist dieselbe siegreich durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 79/19
Die Einberufer.

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Meckowki, Andreasstraße 26:
Brancheversammlg. d. Ballschuhmacher u. Reijshuharbeiter
Wahl der Brancheverwaltung.
109/4
Die Ortsverwaltung.

Öffentliche Versammlung

Montag, den 24. Februar 1902, abends 8 Uhr:
aller in der
Schraubenbranche

beschäftigten Personen
bei Graumann, Rannustr. Nr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kaltschil über: „Arbeitslosigkeit und Bürgerium.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 112/1
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Einberufer.

Achtung! Nistenmacher. Achtung!

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die letzten Differenzen in einzelnen Fabriken und wie gedient die Gewerkschaft denselben entgegen zu treten? 2. Wahl von Mitgliedern zur Lohnkommission. 3. Verschiedenes. 103/7
Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.
Der Vorstand.

Herren- u. Knabenkonfektions-Schneider u. Schneiderinnen.

Montag, 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Duf's Salon, Große Frankfurterstr. 85:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Einfluss der sogenannten Konfektions-Industrie auf die Verhältnisse und den Lohn der in der Herrenkonfektion Beschäftigten. Referent Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 102/5
Die in der Herrenkonfektion beschäftigten Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, sowie für einen guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.
Der Vertrauensmann.

Jalousie-Arbeiter und Berufsgenossen

Dienstag, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18 c:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Emil Rosenow über: Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission für die Branche. 4. Verschiedenes. 79/20
Es wird jedem einzelnen Jalousiearbeiter, ob er Tischler, Maschinenarbeiter, Maler, Anschläger oder sonstiger Arbeiter ist, zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Arbeiterinnen dieser Branche sind hiermit ganz besonders eingeladen.
Die Arbeiterinnen dieser Branche sind hiermit ganz besonders eingeladen.

Aus Industrie und Handel.

Aus Amerika.

New York, 8. Februar. (Fig. Ver.) Nachdem im Verlauf der letzten Monate seitens des bundesstaatlichen Censusbureaus Bulletin über den Stand der Industrie in einer Anzahl Staaten herausgegeben worden sind, ist nun ein solches über die Gesamt-Industrie (1900) erschienen, zugleich die Zahlen des Censur von 1890 enthaltend. Die Aufstellung lautet:

	1900	1890	Zunahme in Proz.
Establishments	512 598	855 415	44,2
Kapital	9 853 890 789 Doll.	6 525 156 496 Doll.	51,0
Zahl der Arbeiter	5 810 598	4 251 813	24,9
Gesamtlohn	2 823 407 257 Doll.	1 891 228 821 Doll.	22,9
Bestimmte Ausgaben	1 028 550 053	681 225 035	62,9
Kosten des Materials	7 349 916 090	5 162 044 076	42,4
Wert des Produkts	13 019 251 614	9 372 437 288	28,9

Nicht enthalten sind hierin die Establishments mit weniger als 500 Doll. Jahresproduktion, die Regierungswerkstätten und die Lehranstalten (deren Schüler hier und da, z. B. beim Generalfreier der Maschinenbau, als „Scabs“ fungierten und die also ebenfalls an den Löhnen partizipierten). — Nach Obigem wäre das Jahreseinkommen des Arbeiters 478 Doll. Aber obwohl auch dieses kein Einkommen wäre, welches dem Arbeiter viel mehr böte, als eine sehr bescheidene Fristung des Daseins, so würde man sich doch einer sehr großen Zunahme hingeben, wenn man annähme, daß jeder Arbeiter diesen „Durchschnittslohn“ erhalte.

Da ist zunächst in Betracht zu ziehen, daß sich unter den als „Gesamtlohn“ aufgeführten Posten ein gewisser Prozentsatz der hohen Beamtengehälter befindet, wenn auch nicht in dem Maße, wie beim Censur von 1890, was aus der unverhältnismäßig starken Steigerung (92,9 Proz.) der verschiedenen Ausgaben hervorgeht. Und wenn auch der Präsident der U. S. Steel Corp., Schwab, mit seinen 800 000 Doll. Jahresgehalt einzig dasteht, so dürften die von 5000 bis 50 000 Dollar und darüber betragenden Gehälter der Präsidenten, Betriebsleiter u. d. einzelnen Firmen und Establishments doch ein ganz respektables Stämmchen ausmachen. Ferner sind in jener Summe die — in manchen Industrien sehr hohen — Löhne der Vorleute (vulgo Sklaventreiber) und sonstiger Unterbeamten enthalten; und schließlich kommt in Betracht, daß in jeder der Industrien — mit vereinzelten Ausnahmen — eine verschiedene große Anzahl „skilled laborers“ beschäftigt ist, welche bedeutend höhere Löhne beziehen, wie die ungelerten Arbeiter. Offizielle Zahlen sind hierüber nicht vorhanden; so weiß man aber z. B., daß es in der Feinsterglas-Industrie etwa 2500 qualifizierte Arbeiter gibt, deren Lohn 36 Doll. per Woche beträgt (der aber während der heißesten Sommermonate ausfällt, da dann alle Werke still stehen), während die Zahl der unqualifizierten Arbeiter das sechsfache betragen dürfte. In der Eisen- und Stahlindustrie, deren qualifizierte Arbeiter — Puddler, Roller, Finisier — von 3,50 bis 5,00 Doll. täglich beziehen (im Censurjahr 1890, also vor Einführung der neuen Maschinen und Produktionsmethoden, die nach dem blutig niedergeworfenen Streik in den Carnegie'schen Werken zu Homestead ihren Anfang nahen, verdienten dieselben bis zu 100 Doll. wöchentlich), dürfte das Verhältnis 1 zu 10 sein, doch giebt es darüber keine sicheren Angaben.

Zum Schluß ist noch eins zu erwähnen. Carnegie behauptete kürzlich in einer Veranlassung des Verzeins „Christlicher Jünglinge“ (erwachsene, erfahrene Leute scheint er überhaupt nicht gern als Zuhörer zu haben), die Tendenz der Zeit liege auf ein Steigen der

Arbeitslöhne und Verbilligung aller Notwendigkeiten des Lebens hin. — Was nun das erstere betrifft, so weisen schon die Zahlen des — doch sicher in dieser Hinsicht für die kapitalistische Wirtschaftsordnung günstig gearbeiteten — Censur eine Erniedrigung der Löhne um zwei Prozent auf, und im übrigen weiß Jedermann (und wohl auch selbst mancher der „Christlichen Jünglinge“), daß die „Tendenz der Zeit“ dahin geht, die qualifizierten Arbeiter immer mehr überflüssig zu machen, resp. ihre Tätigkeit zu vereinfachen, so daß sie von weniger geübten Arbeitern bei weniger Lohn verrichtet werden kann. Und was die Verbilligung der Lebensmittel betrifft, so hat der Arbeiterstatistiker des Staates New York in seinem Jahresbericht eine Steigerung der Preise derselben um 26 Prozent herausgerechnet. Und in „Dunn Review“ wird sogar — unter Aufzählung einer Reihe Artikel — eine solche von 40 Prozent konstatiert!

Der Reorganisationsplan der Allgemeinen deutschen Kleinbankgesellschaft, wie er jetzt bekannt wird, stellt an die Interessenten sehr harte Anforderungen. Den Obligationenhabern werden zwei Vorschläge unterbreitet. Nach dem einen sollen die Obligationäre 12 Jahre auf jede Verzinsung verzichtet. Der zweite Vorschlag will, daß von den 4-prozentigen Obligationen der Besitzer freiwillig 15 Proz. kürzen läßt; von den übrigen verbleibenden 85 Proz. sollen 60 Proz. in 3-prozentigen Obligationen und 25 Proz. in Aktien verwandelt werden. Die 4-prozentigen Obligationen sollen um 20 Proz. gekürzt werden und von den 80 Proz. Rest sollen 60 Proz. in 3-prozentigen Obligationen und 20 Proz. in Aktien umgewandelt werden. Die 7 1/2 Millionen Aktien werden bis zu 1 1/4 Millionen zusammengelegt.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Süddeutsche Bodenkreditbank in München verzeichnet im verflochtenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 136 000 M. Dividende 7 1/2 Proz. — Die Bayerische Vereinsbank erzielte einen Reingewinn von 4 448 095 M. (4 412 806 M.), Dividende 9 Proz. — Die Vereinsbank in Nürnberg giebt ihren Reingewinn auf 2 145 570 M. an. Dividende 10 Proz. — Der Aufsichtsrat des Dresdener Bankvereins schlägt vor, ohne Inanspruchnahme der Reserven eine Dividende von 5 1/2 Proz. zur Verteilung zu bringen, gegen 8 Proz. im Vorjahre. Der Gewinn betrug 1 596 702 M. Die Thüringer Maschinen- und Fahrrad-Fabrik in Mühlhausen i. Thür., die ihr Aktienkapital schon einmal von 1 000 000 auf die Hälfte reduzierte, beruft abermals eine Generalversammlung ein, um die Beschaffung von 200 000 M. Betriebsmitteln zu erlangen. — Die Annaburger Steingut-Fabrik fabrikierte im ersten Semester mit einem Verlust von 5140 M. — Die Porzellanfabrik in Kahl a. hatte einen Reingewinn von 921 774 M. (702 711 M. im Vorjahre), Dividende 80 Prozent. — Der Aufsichtsrat der Halle'schen Maschinenfabrik beschloß eine Dividende von 28 Proz. (36 Proz.) in Vorschlag zu bringen. — Die Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt verzeichnen einen Reingewinn von 751 836 M., Dividende 10 Prozent. — Der Bremer Vulkan giebt seinen Reingewinn auf 595 786 M. an. Dividende 12 Proz. — Die Magdeburger Straßenbahn wies 6 Proz. (9 Proz.) Dividende ab.

Amerikanische Metallproduktion. Im Jahre 1901 wurden in den Vereinigten Staaten 15 878 854 Tonnen Roheisen produziert gegen 13 789 242 Tonnen in 1900. In der Zeit vom 31. Dezember 1900 bis 31. Dezember 1901 gingen die Vorräte von 442 370 Tonnen auf 70 647 Tonnen herab. Gegenwärtig sind die Lager fast ganz leer. Die Produktion von Bessemererisen stellt sich auf 9 598 708 Tonnen und die von basischem Eisen auf 1 448 850 Tonnen. — Die Bleiproduktion betrug in 1901 265 000 Tonnen, im Vorjahr 276 000 Tonnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

U. St., Spandau. 1. Auf dem Hofe. 2. Die Nummern entsprechen dem Ausbuch der Gesellschaft und werden allgemein eingeführt zur besseren Orientierung des fahrenden Publikums.

K. Dreher. Wenden Sie sich wegen der Beschwerde an die in Betracht kommende Gewerkschaftsorganisation, den Metallarbeiterverband. Wir veröffentlichen Beschwerden über Mißstände in Fabriken usw. nur, wenn sie von der Organisation zugehen.

x - In Ordnung.

W. H. 15. Die Verwaltung befindet sich Poststr. 16.

W. M. S. Es müßte erst Klage erfolgen. — **W. 28.** Rein. Wenden Sie sich an die Offenbacher Frauen-Krankenkasse. — **F. 2. 54.** Kriegsmilitärminister. Ihre Anfrage ist unvollständig; Sie müßten darlegen, ob oder welche Abreden bezüglich der Nichtaufnahme eines zweiten Deliktatenscheins getroffen sind. — **M. T. 61.** Ihre Frau sollte lächelnd — bei der Gewerbe-Deputation, Straßenerstr. 3-6 — fragen.

R. W. 1. Rein. 2. Ja. — **P. D. 300.** 1. Ja. 2. Ka den Verlogen. 3. Etwas 20 M. 4. 31. Dezember 1902. — **M. S. 100.** 1. und 2. Rein.

P. D. 35. Ja. Das mit Rechtskraft verhängte Urteil müßten Sie vorlegen. — **S. K. 20.** 1. Ja. 2. Drei Jahre. — **F. S. M.** Zweihundert Markten müssen gefestigt sein, also etwa vier volle Karten. — **H. 100.** 1. und 2. Rein. — **T. G. 1.** 1. Ja, ausführlicher ist die Frage zuletzt im „Vorwärts“ vom 22. Februar behandelt. 2. Rein, es muß gekündigt werden. 3. Ja. — **M. T. 22.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet.

Zweifel. Ja. — **100. G. 3.** Eine Veränderung bezüglich der Höhe der Miete kann nur unter Zustimmung beider Parteien erfolgen. — **G. S. 33.** 1. In der Regel nein. 2. Ja. 3. In 10 Jahren. — **K. S.** Ihre Frau würde ein Viertel, Ihre Kinder den Rest erben. Andere Vorschriften können Sie durch Testament erteilichen. — **G. S. 1000.** Tragen Sie den Fall der Erblichkeits (Vollzeipräsident in Berlin, Landrat auf dem Lande) vor. — **P. S. 100.** Die Kündigung ist rechtzeitig. — **Strohmann.** Zufällig ist das Gericht, in dessen Bezirk der Beklagte wohnt. Die Berufung gegen ein Zivilurteil des Amtsgerichts ist innerhalb eines Monats nach der Zustellung durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht einzulegen. Die Rechtsbehörde richtet sich nach der Höhe des Streitgegenstandes. — **G. G. 100.** 1. Müßte die Witwe zu hoch eingeschätzt zu sein, so soll sie Wiedererhebung der Steuer oder Ermäßigung bei der Steuerdeputation in Antrag bringen. 2. Die Mutter tritt an Paters Stelle; eine Vormundschaft tritt nicht ein. — **Wohnung Niddorf.** Ohne Genehmigung dürfen Sie die Mietswohnung andern nicht überlassen.

P. T. 50. Schadenersatz können Sie beanspruchen; Rückgängigmachung hätte weniger Aussicht auf Erfolg. — **W. S. 5.** Wenn Ihr Vorgänger bereits gezahlt hatte, haben Sie 30 M., sonst 1 M. zu zahlen. Ob gezahlt war, ergibt sich aus dem Verzeichnis, das der Wirt hat. — **G. Kappesau.** Das uneheliche Kind beerbt seine Mutter und seinen Vater mütterlicherseits wie ein eheliches. Seinen auferehelichen Vater beerbt es nicht. — **W. G. 28.** Ihre Anfrage ist nicht ganz verständlich. Ergänzen Sie dieselbe: Handelt es sich um ein Jüden und Jüder Frau völlig fremdes Kind? Oder um ein in die Ehe gebrachtes Kind Ihrer Frau? Oder um ein Kind, das Sie adoptieren wollen. — **A. 3.** Rein.

G. S. Rein. — **Josen 9.** 1. und 2. **R. 23.** 87: Ja. — **S. K. 100.** 1. und 3. Als Bager können Sie die Aufnahme in den preussischen Staatsverband jederzeit vornehmen. Der Antrag ist in Berlin an das Polizeipräsidium, in der Provinz an den Regierungspräsidenten zu richten. Formulare hierzu können Sie in der Buchhandlung Vorwärts erhalten. 2. Wenn Sie als Bager sich verheiraten und nicht vor dem Aufgebot aus dem bayerischen Staatsverband austreten wollen, so bedürfen Sie zur Heirat der Genehmigung Ihrer Heimatbehörde, daß Ihrer Heirat nichts im Wege steht. — **J. N. Stodheim.** 1. Zum Wahlkreis Niederbarnim. 2. In der Regel trifft Ihre Ansicht zu; die Frage ist aber von Fall zu Fall nach Regab des jeweiligen Statuts zu entscheiden. — **Cölar und Paul.** 1. Das kann als intellektuelle Urkundenfälschung mit Sachhand bestraft werden. 2. Ja. — **Müller.** Ja.

G. Kluge. Die Mietskempfecher ist für die Zeit vom 1. Januar zum 1. Januar zu zahlen. Da Sie nicht angegeben haben, wie hoch Ihre Miete ist, läßt sich nicht beantworten, ob zu viel von Ihnen gefordert ist.

Theodor Büsing

Specialhaus für Herren- u. Knaben-Garderobe, Schuhwaren für Damen, Herren u. Kinder

An der Spandauer Brücke 2

Nahc Bahnhof Börse und Hackescher Markt.

Mit der Vollenbung des Umbaues und der bedeutenden Vergrößerung meiner Geschäftslokaltäten, habe ich eine vollständige Umgestaltung meines gesamten Geschäftsbetriebes vorgenommen.

Am Dienstag, den 25. dieses Monats

eröffne ich die auf das praktischste der Neuzeit entsprechend eingerichteten Lokaltäten. — Die von nun an von mir geführten Artikel

Herren-, Jünglings- und Knaben-

Garderobe

Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder

sind in allen Preislagen und in größter Auswahl am Lager.

Trotz enorm billiger, aber fester Preise bringe ich in allen Artikeln nur das Beste und Neueste.

Für die Anfertigung nach Maß stehen mir außer bewährten Zuschneidern erste Arbeitskräfte zur Verfügung, so daß ich für Maßsachen sowohl in Garderobe wie in Schuhwaren die weitgehendste Garantie leisten kann.

Dem neu aufgenommenen Artikel Knaben-Garderobe habe ich besondere Sorgfalt gewidmet. Gefällige, moderne Formen, gute Qualitäten, billigste Preise zeichnen alle Gegenstände dieser Special-Abteilung aus.

Die in 7 großen Schaufenstern ausgestellten Artikel empfehle ich gefälliger Beachtung und bitte um freundliche Berücksichtigung meiner Lokaltäten, die auch ohne Kaufzwang jedem gern gestattet ist.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reichsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Reparatur. billig zu verkaufen. 5 Vereine vorhanden. Offerten unter O. 2 Expedition des "Vorwärts".

Edelsteinverkauf. 30 Dektoliter Auer Union Monat. Beußelstraße 38, Restaurant. 781*

Cigarren-Geschäft sofort verkauflich; schöne Wohnung, Arbeitsstube, äußerst billig. Lux. Brüderstraße 43 I. rechts. 122*

Grüntram-Geschäft, gut gehend, wegen Umzug nach außerhalb 32 wertig zu verkaufen. Postulstraße 32.

Grüntramagegeschäft wegen andern Unternehmens billig veräußert. Starogassestraße 59. 759*

Seifengeschäft fränkischer Halber sofort zu verkaufen. Räte 50 Markt. Zu erfragen Sonnenstraße 22, Barbier-Geschäft. 122*

Wardienhandlung große Franfurterstraße 9, parterre. 737*

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft von 25,00 Mark an. B. Neufowig, Alexanderstraße 22. 10148*

T. Dörge. Dresdenerstraße 109. Herren- und Knabenanzüge, Capes, Stiefel, großes Stofflager. Paletot 30.-, Anzug 30.-, Hose von 5 Mark an. Teilzahlung gestattet. 987K*

Einfügungs-Anzüge, fertig oder nach Maß von 12 bis 25 Mark. Unter Sitz garantiert. Abraham, Admiralsstraße 38. 10166*

Einfügungs-Kleider, fertig oder nach Maß von 12 bis 25 Mark. Abraham, Admiralsstraße 38. 10158*

Recherhandlung. Große Auswahl in Kostümfabrik, Pommes, Herren- und Knabenanzügen, Capes, Stoffe, Kinderjackets, Sammetkleider, Seide. Billige Preise. Abraham, Admiralsstraße 38. 10178*

Knabenanzüge (postbillig), 3 Mark, 4,00, 5,00. Knabenanzüge enorme Auswahl, Knabenhosen, Knabenanzüge in Sammet postbillig. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93. 678*

Einfügungs-Kleider, fertig, per Stück 11,00, elegant, Wädenkleider, Wädenanzüge für jedes Alter postbillig. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93. 678*

Wollcapes. Damenjackets 4,50, 5,50, 8,00, 10 Mark, Kostüme 3,95, 4,50, 8,50, elegante Anfertigung. Kirchnerdamm 93. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93. *

Rosenbergs Recherhandlung. Kostümfabrik in Cover-Coat, Pommes, Reize zu Herrenanzügen, Reize zu Knabenanzügen, Capes, Stoffe, Reize zu Kinderjackets in Sammet, Seide, Plüsch, Knöpfe, alles in enormer Auswahl postbillig. Zuschnitt gratis. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93. *

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kottbuserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. 985K*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, GodescheerMarkt 4, Bahnhofs Böde. 1117*

Spottblind! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren. Verkauf nach Alexanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 8,8*

Mischelkleider 26,00, Veritas 26,00, Säulenmännchen mit Stufe 35,00, Plüschhosen 10,00, Wädenanzüge 6,00, Mischelkleider 10,00, Spiegel, Sofas, Schloß, Paneele, Spiegel, Stühle, Teppich, Regulator, schöne Delamade 3,00, Kleider, Einrichtung, mehrere postbillig veräußert. Gartenstraße 148, eine Treppe links vorn. 7137*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Seebahnstr. 81.

Möbelfabrik verkauft Säulenpfeiler 50.-, Trümmen runder geschliffen, Salongarnituren, Gobelins, Teppichdecken 145.-, Paneele, Tischchen, Tischplatten 62.-, Kuchenteller, große Auswahl. Billige Bezugsquelle. Oriskowig, Mariannenstraße 7a. 1022K*

Piano, Schweden, wenig gebraucht, sofort, billig veräußert. Ritterstraße 120 I beim Wirt. 520*

Teppiche mit Farbenstreifen, feinsten Delamade, große Franfurterstraße 9, parterre. 737*

Kinderwagen, gelbes, gut erhalten, verkauft billig. Teichert, Ammerstraße 40, parterre. 659*

Mischelkleid. Milchmännchen, Koffert, Tischwagen. Otto Stähler, Döhlen-Str. 27, Döhlenplatz. 660*

Fahrräder, großer Posten, 15 bis 50,00, neue 70-100, Zahradgarantie, Fahrrad + Bedarfsartikel - offeriert, Schläuche 2,75, Federn 5,00. Täger, Bernauerstraße 21. 6718*

Braunkente! Für Braunkente passend: Kurbelbaum + Wohnungseinrichtung, neu, auch einzeln, Kleider, Bett, Veritas, Spiegel mit Spind, Kleiderbetten, Stühle u. s. w. Hof 6 Wp. Admiralsstraße 19, Hof 4 Treppen. 7066

Fahrräder, gebrauchte, 3 Stück, sind billig zu verkaufen. Gabel, Schneberg, Egelriedstraße 4. 7125

Abzählungs-Schmelz, ohne Folgen verkaufte ebenfalls auf Teilzahlung. Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontuhr für fünfzehn Mark. Gewandregulator + Schlagregulator, fünfviertel Meter lang, dreißig bis fünfviertel Meter Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Wehrhölzer 1848

Gasofen! Jweiloch-Gasofen! 3,00, Gas-Ofen! 7,00, Gas-Plättchen! Gas-Ofen! 14,00, Gas-Ofen! 16,00, Gas-Ofen! 18,00, Gas-Ofen! 20,00, Gas-Ofen! 22,00, Gas-Ofen! 24,00, Gas-Ofen! 26,00, Gas-Ofen! 28,00, Gas-Ofen! 30,00, Gas-Ofen! 32,00, Gas-Ofen! 34,00, Gas-Ofen! 36,00, Gas-Ofen! 38,00, Gas-Ofen! 40,00, Gas-Ofen! 42,00, Gas-Ofen! 44,00, Gas-Ofen! 46,00, Gas-Ofen! 48,00, Gas-Ofen! 50,00, Gas-Ofen! 52,00, Gas-Ofen! 54,00, Gas-Ofen! 56,00, Gas-Ofen! 58,00, Gas-Ofen! 60,00, Gas-Ofen! 62,00, Gas-Ofen! 64,00, Gas-Ofen! 66,00, Gas-Ofen! 68,00, Gas-Ofen! 70,00, Gas-Ofen! 72,00, Gas-Ofen! 74,00, Gas-Ofen! 76,00, Gas-Ofen! 78,00, Gas-Ofen! 80,00, Gas-Ofen! 82,00, Gas-Ofen! 84,00, Gas-Ofen! 86,00, Gas-Ofen! 88,00, Gas-Ofen! 90,00, Gas-Ofen! 92,00, Gas-Ofen! 94,00, Gas-Ofen! 96,00, Gas-Ofen! 98,00, Gas-Ofen! 100,00, Gas-Ofen! 102,00, Gas-Ofen! 104,00, Gas-Ofen! 106,00, Gas-Ofen! 108,00, Gas-Ofen! 110,00, Gas-Ofen! 112,00, Gas-Ofen! 114,00, Gas-Ofen! 116,00, Gas-Ofen! 118,00, Gas-Ofen! 120,00, Gas-Ofen! 122,00, Gas-Ofen! 124,00, Gas-Ofen! 126,00, Gas-Ofen! 128,00, Gas-Ofen! 130,00, Gas-Ofen! 132,00, Gas-Ofen! 134,00, Gas-Ofen! 136,00, Gas-Ofen! 138,00, Gas-Ofen! 140,00, Gas-Ofen! 142,00, Gas-Ofen! 144,00, Gas-Ofen! 146,00, Gas-Ofen! 148,00, Gas-Ofen! 150,00, Gas-Ofen! 152,00, Gas-Ofen! 154,00, Gas-Ofen! 156,00, Gas-Ofen! 158,00, Gas-Ofen! 160,00, Gas-Ofen! 162,00, Gas-Ofen! 164,00, Gas-Ofen! 166,00, Gas-Ofen! 168,00, Gas-Ofen! 170,00, Gas-Ofen! 172,00, Gas-Ofen! 174,00, Gas-Ofen! 176,00, Gas-Ofen! 178,00, Gas-Ofen! 180,00, Gas-Ofen! 182,00, Gas-Ofen! 184,00, Gas-Ofen! 186,00, Gas-Ofen! 188,00, Gas-Ofen! 190,00, Gas-Ofen! 192,00, Gas-Ofen! 194,00, Gas-Ofen! 196,00, Gas-Ofen! 198,00, Gas-Ofen! 200,00, Gas-Ofen! 202,00, Gas-Ofen! 204,00, Gas-Ofen! 206,00, Gas-Ofen! 208,00, Gas-Ofen! 210,00, Gas-Ofen! 212,00, Gas-Ofen! 214,00, Gas-Ofen! 216,00, Gas-Ofen! 218,00, Gas-Ofen! 220,00, Gas-Ofen! 222,00, Gas-Ofen! 224,00, Gas-Ofen! 226,00, Gas-Ofen! 228,00, Gas-Ofen! 230,00, Gas-Ofen! 232,00, Gas-Ofen! 234,00, Gas-Ofen! 236,00, Gas-Ofen! 238,00, Gas-Ofen! 240,00, Gas-Ofen! 242,00, Gas-Ofen! 244,00, Gas-Ofen! 246,00, Gas-Ofen! 248,00, Gas-Ofen! 250,00, Gas-Ofen! 252,00, Gas-Ofen! 254,00, Gas-Ofen! 256,00, Gas-Ofen! 258,00, Gas-Ofen! 260,00, Gas-Ofen! 262,00, Gas-Ofen! 264,00, Gas-Ofen! 266,00, Gas-Ofen! 268,00, Gas-Ofen! 270,00, Gas-Ofen! 272,00, Gas-Ofen! 274,00, Gas-Ofen! 276,00, Gas-Ofen! 278,00, Gas-Ofen! 280,00, Gas-Ofen! 282,00, Gas-Ofen! 284,00, Gas-Ofen! 286,00, Gas-Ofen! 288,00, Gas-Ofen! 290,00, Gas-Ofen! 292,00, Gas-Ofen! 294,00, Gas-Ofen! 296,00, Gas-Ofen! 298,00, Gas-Ofen! 300,00, Gas-Ofen! 302,00, Gas-Ofen! 304,00, Gas-Ofen! 306,00, Gas-Ofen! 308,00, Gas-Ofen! 310,00, Gas-Ofen! 312,00, Gas-Ofen! 314,00, Gas-Ofen! 316,00, Gas-Ofen! 318,00, Gas-Ofen! 320,00, Gas-Ofen! 322,00, Gas-Ofen! 324,00, Gas-Ofen! 326,00, Gas-Ofen! 328,00, Gas-Ofen! 330,00, Gas-Ofen! 332,00, Gas-Ofen! 334,00, Gas-Ofen! 336,00, Gas-Ofen! 338,00, Gas-Ofen! 340,00, Gas-Ofen! 342,00, Gas-Ofen! 344,00, Gas-Ofen! 346,00, Gas-Ofen! 348,00, Gas-Ofen! 350,00, Gas-Ofen! 352,00, Gas-Ofen! 354,00, Gas-Ofen! 356,00, Gas-Ofen! 358,00, Gas-Ofen! 360,00, Gas-Ofen! 362,00, Gas-Ofen! 364,00, Gas-Ofen! 366,00, Gas-Ofen! 368,00, Gas-Ofen! 370,00, Gas-Ofen! 372,00, Gas-Ofen! 374,00, Gas-Ofen! 376,00, Gas-Ofen! 378,00, Gas-Ofen! 380,00, Gas-Ofen! 382,00, Gas-Ofen! 384,00, Gas-Ofen! 386,00, Gas-Ofen! 388,00, Gas-Ofen! 390,00, Gas-Ofen! 392,00, Gas-Ofen! 394,00, Gas-Ofen! 396,00, Gas-Ofen! 398,00, Gas-Ofen! 400,00, Gas-Ofen! 402,00, Gas-Ofen! 404,00, Gas-Ofen! 406,00, Gas-Ofen! 408,00, Gas-Ofen! 410,00, Gas-Ofen! 412,00, Gas-Ofen! 414,00, Gas-Ofen! 416,00, Gas-Ofen! 418,00, Gas-Ofen! 420,00, Gas-Ofen! 422,00, Gas-Ofen! 424,00, Gas-Ofen! 426,00, Gas-Ofen! 428,00, Gas-Ofen! 430,00, Gas-Ofen! 432,00, Gas-Ofen! 434,00, Gas-Ofen! 436,00, Gas-Ofen! 438,00, Gas-Ofen! 440,00, Gas-Ofen! 442,00, Gas-Ofen! 444,00, Gas-Ofen! 446,00, Gas-Ofen! 448,00, Gas-Ofen! 450,00, Gas-Ofen! 452,00, Gas-Ofen! 454,00, Gas-Ofen! 456,00, Gas-Ofen! 458,00, Gas-Ofen! 460,00, Gas-Ofen! 462,00, Gas-Ofen! 464,00, Gas-Ofen! 466,00, Gas-Ofen! 468,00, Gas-Ofen! 470,00, Gas-Ofen! 472,00, Gas-Ofen! 474,00, Gas-Ofen! 476,00, Gas-Ofen! 478,00, Gas-Ofen! 480,00, Gas-Ofen! 482,00, Gas-Ofen! 484,00, Gas-Ofen! 486,00, Gas-Ofen! 488,00, Gas-Ofen! 490,00, Gas-Ofen! 492,00, Gas-Ofen! 494,00, Gas-Ofen! 496,00, Gas-Ofen! 498,00, Gas-Ofen! 500,00, Gas-Ofen! 502,00, Gas-Ofen! 504,00, Gas-Ofen! 506,00, Gas-Ofen! 508,00, Gas-Ofen! 510,00, Gas-Ofen! 512,00, Gas-Ofen! 514,00, Gas-Ofen! 516,00, Gas-Ofen! 518,00, Gas-Ofen! 520,00, Gas-Ofen! 522,00, Gas-Ofen! 524,00, Gas-Ofen! 526,00, Gas-Ofen! 528,00, Gas-Ofen! 530,00, Gas-Ofen! 532,00, Gas-Ofen! 534,00, Gas-Ofen! 536,00, Gas-Ofen! 538,00, Gas-Ofen! 540,00, Gas-Ofen! 542,00, Gas-Ofen! 544,00, Gas-Ofen! 546,00, Gas-Ofen! 548,00, Gas-Ofen! 550,00, Gas-Ofen! 552,00, Gas-Ofen! 554,00, Gas-Ofen! 556,00, Gas-Ofen! 558,00, Gas-Ofen! 560,00, Gas-Ofen! 562,00, Gas-Ofen! 564,00, Gas-Ofen! 566,00, Gas-Ofen! 568,00, Gas-Ofen! 570,00, Gas-Ofen! 572,00, Gas-Ofen! 574,00, Gas-Ofen! 576,00, Gas-Ofen! 578,00, Gas-Ofen! 580,00, Gas-Ofen! 582,00, Gas-Ofen! 584,00, Gas-Ofen! 586,00, Gas-Ofen! 588,00, Gas-Ofen! 590,00, Gas-Ofen! 592,00, Gas-Ofen! 594,00, Gas-Ofen! 596,00, Gas-Ofen! 598,00, Gas-Ofen! 600,00, Gas-Ofen! 602,00, Gas-Ofen! 604,00, Gas-Ofen! 606,00, Gas-Ofen! 608,00, Gas-Ofen! 610,00, Gas-Ofen! 612,00, Gas-Ofen! 614,00, Gas-Ofen! 616,00, Gas-Ofen! 618,00, Gas-Ofen! 620,00, Gas-Ofen! 622,00, Gas-Ofen! 624,00, Gas-Ofen! 626,00, Gas-Ofen! 628,00, Gas-Ofen! 630,00, Gas-Ofen! 632,00, Gas-Ofen! 634,00, Gas-Ofen! 636,00, Gas-Ofen! 638,00, Gas-Ofen! 640,00, Gas-Ofen! 642,00, Gas-Ofen! 644,00, Gas-Ofen! 646,00, Gas-Ofen! 648,00, Gas-Ofen! 650,00, Gas-Ofen! 652,00, Gas-Ofen! 654,00, Gas-Ofen! 656,00, Gas-Ofen! 658,00, Gas-Ofen! 660,00, Gas-Ofen! 662,00, Gas-Ofen! 664,00, Gas-Ofen! 666,00, Gas-Ofen! 668,00, Gas-Ofen! 670,00, Gas-Ofen! 672,00, Gas-Ofen! 674,00, Gas-Ofen! 676,00, Gas-Ofen! 678,00, Gas-Ofen! 680,00, Gas-Ofen! 682,00, Gas-Ofen! 684,00, Gas-Ofen! 686,00, Gas-Ofen! 688,00, Gas-Ofen! 690,00, Gas-Ofen! 692,00, Gas-Ofen! 694,00, Gas-Ofen! 696,00, Gas-Ofen! 698,00, Gas-Ofen! 700,00, Gas-Ofen! 702,00, Gas-Ofen! 704,00, Gas-Ofen! 706,00, Gas-Ofen! 708,00, Gas-Ofen! 710,00, Gas-Ofen! 712,00, Gas-Ofen! 714,00, Gas-Ofen! 716,00, Gas-Ofen! 718,00, Gas-Ofen! 720,00, Gas-Ofen! 722,00, Gas-Ofen! 724,00, Gas-Ofen! 726,00, Gas-Ofen! 728,00, Gas-Ofen! 730,00, Gas-Ofen! 732,00, Gas-Ofen! 734,00, Gas-Ofen! 736,00, Gas-Ofen! 738,00, Gas-Ofen! 740,00, Gas-Ofen! 742,00, Gas-Ofen! 744,00, Gas-Ofen! 746,00, Gas-Ofen! 748,00, Gas-Ofen! 750,00, Gas-Ofen! 752,00, Gas-Ofen! 754,00, Gas-Ofen! 756,00, Gas-Ofen! 758,00, Gas-Ofen! 760,00, Gas-Ofen! 762,00, Gas-Ofen! 764,00, Gas-Ofen! 766,00, Gas-Ofen! 768,00, Gas-Ofen! 770,00, Gas-Ofen! 772,00, Gas-Ofen! 774,00, Gas-Ofen! 776,00, Gas-Ofen! 778,00, Gas-Ofen! 780,00, Gas-Ofen! 782,00, Gas-Ofen! 784,00, Gas-Ofen! 786,00, Gas-Ofen! 788,00, Gas-Ofen! 790,00, Gas-Ofen! 792,00, Gas-Ofen! 794,00, Gas-Ofen! 796,00, Gas-Ofen! 798,00, Gas-Ofen! 800,00, Gas-Ofen! 802,00, Gas-Ofen! 804,00, Gas-Ofen! 806,00, Gas-Ofen! 808,00, Gas-Ofen! 810,00, Gas-Ofen! 812,00, Gas-Ofen! 814,00, Gas-Ofen! 816,00, Gas-Ofen! 818,00, Gas-Ofen! 820,00, Gas-Ofen! 822,00, Gas-Ofen! 824,00, Gas-Ofen! 826,00, Gas-Ofen! 828,00, Gas-Ofen! 830,00, Gas-Ofen! 832,00, Gas-Ofen! 834,00, Gas-Ofen! 836,00, Gas-Ofen! 838,00, Gas-Ofen! 840,00, Gas-Ofen! 842,00, Gas-Ofen! 844,00, Gas-Ofen! 846,00, Gas-Ofen! 848,00, Gas-Ofen! 850,00, Gas-Ofen! 852,00, Gas-Ofen! 854,00, Gas-Ofen! 856,00, Gas-Ofen! 858,00, Gas-Ofen! 860,00, Gas-Ofen! 862,00, Gas-Ofen! 864,00, Gas-Ofen! 866,00, Gas-Ofen! 868,00, Gas-Ofen! 870,00, Gas-Ofen! 872,00, Gas-Ofen! 874,00, Gas-Ofen! 876,00, Gas-Ofen! 878,00, Gas-Ofen! 880,00, Gas-Ofen! 882,00, Gas-Ofen! 884,00, Gas-Ofen! 886,00, Gas-Ofen! 888,00, Gas-Ofen! 890,00, Gas-Ofen! 892,00, Gas-Ofen! 894,00, Gas-Ofen! 896,00, Gas-Ofen! 898,00, Gas-Ofen! 900,00, Gas-Ofen! 902,00, Gas-Ofen! 904,00, Gas-Ofen! 906,00, Gas-Ofen! 908,00, Gas-Ofen! 910,00, Gas-Ofen! 912,00, Gas-Ofen! 914,00, Gas-Ofen! 916,00, Gas-Ofen! 918,00, Gas-Ofen! 920,00, Gas-Ofen! 922,00, Gas-Ofen! 924,00, Gas-Ofen! 926,00, Gas-Ofen! 928,00, Gas-Ofen! 930,00, Gas-Ofen! 932,00, Gas-Ofen! 934,00, Gas-Ofen! 936,00, Gas-Ofen! 938,00, Gas-Ofen! 940,00, Gas-Ofen! 942,00, Gas-Ofen! 944,00, Gas-Ofen! 946,00, Gas-Ofen! 948,00, Gas-Ofen! 950,00, Gas-Ofen! 952,00, Gas-Ofen! 954,00, Gas-Ofen! 956,00, Gas-Ofen! 958,00, Gas-Ofen! 960,00, Gas-Ofen! 962,00, Gas-Ofen! 964,00, Gas-Ofen! 966,00, Gas-Ofen! 968,00, Gas-Ofen! 970,00, Gas-Ofen! 972,00, Gas-Ofen! 974,00, Gas-Ofen! 976,00, Gas-Ofen! 978,00, Gas-Ofen! 980,00, Gas-Ofen! 982,00, Gas-Ofen! 984,00, Gas-Ofen! 986,00, Gas-Ofen! 988,00, Gas-Ofen! 990,00, Gas-Ofen! 992,00, Gas-Ofen! 994,00, Gas-Ofen! 996,00, Gas-Ofen! 998,00, Gas-Ofen! 1000,00, Gas-Ofen! 1002,00, Gas-Ofen! 1004,00, Gas-Ofen! 1006,00, Gas-Ofen! 1008,00, Gas-Ofen! 1010,00, Gas-Ofen! 1012,00, Gas-Ofen! 1014,00, Gas-Ofen! 1016,00, Gas-Ofen! 1018,00, Gas-Ofen! 1020,00, Gas-Ofen! 1022,00, Gas-Ofen! 1024,00, Gas-Ofen! 1026,00, Gas-Ofen! 1028,00, Gas-Ofen! 1030,00, Gas-Ofen! 1032,00, Gas-Ofen! 1034,00, Gas-Ofen! 1036,00, Gas-Ofen! 1038,00, Gas-Ofen! 1040,00, Gas-Ofen! 1042,00, Gas-Ofen! 1044,00, Gas-Ofen! 1046,00, Gas-Ofen! 1048,00, Gas-Ofen! 1050,00, Gas-Ofen! 1052,00, Gas-Ofen! 1054,00, Gas-Ofen! 1056,00, Gas-Ofen! 1058,00, Gas-Ofen! 1060,00, Gas-Ofen! 1062,00, Gas-Ofen! 1064,00, Gas-Ofen! 1066,00, Gas-Ofen! 1068,00, Gas-Ofen! 1070,00, Gas-Ofen! 1072,00, Gas-Ofen! 1074,00, Gas-Ofen! 1076,00, Gas-Ofen! 1078,00, Gas-Ofen! 1080,00, Gas-Ofen! 1082,00, Gas-Ofen! 1084,00, Gas-Ofen! 1086,00, Gas-Ofen! 1088,00, Gas-Ofen! 1090,00, Gas-Ofen! 1092,00, Gas-Ofen! 1094,00, Gas-Ofen! 1096,00, Gas-Ofen! 1098,00, Gas-Ofen! 1100,00, Gas-Ofen! 1102,00, Gas-Ofen! 1104,00, Gas-Ofen! 1106,00, Gas-Ofen! 1108,00, Gas-Ofen! 1110,00, Gas-Ofen! 1112,00, Gas-Ofen! 1114,00, Gas-Ofen! 1116,00, Gas-Ofen! 1118,00, Gas-Ofen! 1120,00, Gas-Ofen! 1122,00, Gas-Ofen! 1124,00, Gas-Ofen! 1126,00, Gas-Ofen! 1128,00, Gas-Ofen! 1130,00, Gas-Ofen! 1132,00, Gas-Ofen! 1134,00, Gas-Ofen! 1136,00, Gas-Ofen! 1138,00, Gas-Ofen! 1140,00, Gas-Ofen! 1142,00, Gas-Ofen! 1144,00, Gas-Ofen! 1146,00, Gas-Ofen! 1148,00, Gas-Ofen! 1150,00, Gas-Ofen! 1152,00, Gas-Ofen! 1154,00, Gas-Ofen! 1156,00, Gas-Ofen! 1158,00, Gas-Ofen! 1160,00, Gas-Ofen! 1162,00, Gas-Ofen! 1164,00, Gas-Ofen! 1166,00, Gas-Ofen! 1168,00, Gas-Ofen! 1170,00, Gas-Ofen! 1172,00, Gas-Ofen! 1174,00, Gas-Ofen! 1176,00, Gas-Ofen! 1178,00, Gas-Ofen! 1180,00, Gas-Ofen! 1182,00, Gas-Ofen! 1184,00, Gas-Ofen! 1186,00, Gas-Ofen! 1188,00, Gas-Ofen! 1190,00, Gas-Ofen! 1192,00, Gas-Ofen! 1194,00, Gas-Ofen! 1196,00, Gas-Ofen! 1198,00, Gas-Ofen! 1200,00, Gas-Ofen! 1202,00, Gas-Ofen! 1204,00, Gas-Ofen! 1206,00, Gas-Ofen! 1208,00, Gas-Ofen! 1210,00, Gas-Ofen! 1212,00, Gas-Ofen! 1214,00, Gas-Ofen! 1216,00, Gas-Ofen! 1218,00, Gas-Ofen! 1220,00, Gas-Ofen! 1222,00, Gas-Ofen! 1224,00, Gas-Ofen! 1226,00, Gas-Ofen! 1228,00, Gas-Ofen! 1230,00, Gas-Ofen! 1232,00, Gas-Ofen! 1234,00, Gas-Ofen! 1236,00, Gas-Ofen! 1238,00, Gas-Ofen! 1240,00, Gas-Ofen! 1242,00, Gas-Ofen! 1244,00, Gas-Ofen! 1246,00, Gas-Ofen! 1248,00, Gas-Ofen! 1250,00, Gas-Ofen! 1252,00, Gas-Ofen! 1254,00, Gas-Ofen! 1256,00, Gas-Ofen! 1258,00, Gas-Ofen! 1260,00, Gas-Ofen! 1262,00, Gas-Ofen! 1264,00, Gas-Ofen! 1266,00, Gas-Ofen! 1268,00, Gas-Ofen! 1270,00, Gas-Ofen! 1272,00, Gas-Ofen! 1274,00, Gas-Ofen! 1276,00, Gas-Ofen! 1278,00, Gas-Ofen! 1280,00, Gas-Ofen! 1282,00, Gas-Ofen! 1284,00, Gas-Ofen! 1286,00, Gas-Ofen! 1288,00, Gas-Ofen! 1290,00, Gas-Ofen! 1292,00, Gas-Ofen! 1294,00, Gas-Ofen! 1296,00, Gas-Ofen! 1298,00, Gas-Ofen! 1300,00, Gas-Ofen! 1302,00, Gas-Ofen! 1304,00, Gas-Ofen! 1306,00, Gas-Ofen! 1308,00, Gas-Ofen! 1310,00, Gas-Ofen! 1312,00, Gas-Ofen! 1314,00, Gas-Ofen! 1316,00, Gas-Ofen! 1318,00, Gas-Ofen! 1320,00, Gas-Ofen! 1322,00, Gas-Ofen! 1324,00, Gas-Ofen! 1326,00, Gas-Ofen! 1328,00, Gas-Ofen! 1330,00, Gas-Ofen! 1332,00, Gas-Ofen! 1334,00, Gas-Ofen! 1336,00, Gas-Ofen! 1338,00, Gas-Ofen! 1340,00, Gas-Ofen! 1342,00, Gas-Ofen! 1344,00, Gas-Ofen! 1346,00, Gas-Ofen! 1348,00, Gas-Ofen! 1350,00, Gas-Ofen! 1352,00, Gas-Ofen! 1354,00, Gas-Ofen! 1356,00, Gas-Ofen! 1358,00, Gas-Ofen! 1360,00, Gas-Ofen! 1362,00, Gas-Ofen! 1364,00, Gas-Ofen! 1366,00, Gas-Ofen! 1368,00, Gas-Ofen! 1370,00, Gas-Ofen! 1372,00, Gas-Ofen! 1374,00, Gas-Ofen! 1376,00, Gas-Ofen! 1378,00, Gas-Ofen! 1380,00, Gas-Ofen! 1382,00, Gas-Ofen! 1384,00, Gas-Ofen! 1386,00, Gas-Ofen! 1388,00, Gas-Ofen! 1390,00, Gas-Ofen! 1392,00, Gas-Ofen! 1394,00, Gas-Ofen! 1396,00, Gas-Ofen! 1398,00, Gas-Ofen! 1400,00, Gas-Ofen! 1402,00, Gas-Ofen! 1404,00, Gas-Ofen! 1406,00, Gas-Ofen! 1408,00, Gas-Ofen! 1410,00, Gas-Ofen! 1412,00, Gas-Ofen! 1414,00, Gas-Ofen! 1416,00, Gas-Ofen! 1418,00, Gas-Ofen! 1420,00, Gas-Ofen! 1422,00, Gas-Ofen! 1424,00, Gas-Ofen! 1426,00, Gas-Ofen! 1428,00, Gas-Ofen! 1430,00, Gas-Ofen! 1432,00, Gas-Ofen! 1434,00, Gas-Ofen! 1436,00, Gas-Ofen! 1438,00, Gas-Ofen! 1440,00, Gas-Ofen! 1442,00, Gas-Ofen! 1444,00, Gas-Ofen! 1446,00, Gas-Ofen! 1448,00, Gas-Ofen! 1450,00, Gas-Ofen! 1452,00, Gas-Ofen! 1454,00, Gas-Ofen! 1456,00, Gas-Ofen! 1458,00, Gas-Ofen! 1460,00, Gas-Ofen! 1462,00, Gas-Ofen! 1464,00, Gas-Ofen! 1466,00, Gas-Ofen! 1468,00, Gas-Ofen! 1470,00, Gas-Ofen! 1472,00, Gas-Ofen! 1474,00, Gas-Ofen! 1476,00, Gas-Ofen! 1478,00, Gas-Ofen! 1480,00, Gas-Ofen! 1482,00, Gas-Ofen! 1484,00, Gas-Ofen! 1486,00, Gas-Ofen! 1488,00, Gas-Ofen! 1490,00, Gas-Ofen! 1492,00, Gas-Ofen! 1494,00, Gas-Ofen! 1496,00, Gas-Ofen! 1498,00, Gas-Ofen! 1500,00, Gas-Ofen! 1502,00, Gas-Ofen! 1504,00, Gas-Ofen! 1506,00, Gas-Ofen! 1508,00, Gas-Ofen! 1510,00, Gas-Ofen! 1512,00, Gas-Ofen! 1514,00, Gas-Ofen! 1516,00, Gas-Ofen! 1518,00, Gas-Ofen! 1520,00, Gas-Ofen! 1522,00, Gas-Ofen! 1524,00, Gas-Ofen! 1526,00, Gas-Ofen! 1528,00, Gas-Ofen! 1530,00, Gas-Ofen! 1532,00, Gas-Ofen! 1534,00, Gas-Ofen! 1536,00, Gas-Ofen! 1538,00, Gas-Ofen! 1540,00, Gas-Ofen! 1542,00, Gas-Ofen! 1544,00, Gas-Ofen! 1546,00, Gas-Ofen! 1548,00, Gas-Ofen! 15

Die Frauen und die Jugendlichen in der Unfallstatistik.

Die Beteiligung der Frauen und der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Betriebsunfälle ist ein sehr einfaches Kapitel, welches und deutlich die Mangelhaftigkeit des Arbeiter-Schutzes zeigt. Auch aus den Nachweisungen der Rechnungsergebnisse der deutschen Berufsgenossenschaften für das Jahr 1900 geht dies wiederum hervor. Leider ist diese Statistik höchst mangelhaft und deshalb das gewonnene Zahlenmaterial nicht vollständig. Einmal stößt die Feststellung der Betriebsunfälle überhaupt auf Schwierigkeiten, weil, wie die amtlichen Vorvermerlungen der Statistik selbst sagen, viele Unternehmer fortgesetzt wider die Anzeigepflicht verstoßen. Sie teilen das Duplikat der Unfallanzeige den Berufsgenossenschaften einfach nicht mit, weshalb die Zahlenangaben der gemeldeten nicht einschlägigen Unfälle nur als annähernd zutreffend zu erachten sind, obgleich sich eine zunehmend bessere Erfassung der Unfallfälle erkennen läßt. Die Zahlen, auch jetzt noch hinter der Wahrheit zurückbleiben. In diesem durch die Praktiken des Unternehmertums verursachten Mangel gefüllt sich dann der weitere, daß die Statistik die Zahl der zur Anzeige gekommenen Unfälle insgesamt wiedergibt, anstatt die Verletzten nach Geschlecht und Alter zu trennen. Dies geschieht nur bei der Aufzählung der Unfälle, für welche im Laufe des Rechnungsjahres Entschädigungen festgestellt wurden. Ueber die Art der Verunglückung aber schweigt sich die Statistik wieder aus. Bei den angeführten Gegenständen und Vorgängen im Betrieb, durch welche sich Unfälle ereigneten, wird in den jährlichen Nachweisungen nur die Zahl der Verunglückten angegeben, keine Sonderung nach Alter und Geschlecht gemacht. Die Statistik weiß wohl, warum sie so verfährt. Sie würde damit und bei ungenügenden statistischen Mitteln wichtiges Material in die Hände spielen, dem solche Specialisierung würde zeigen, wie heute das ausbreitende Unternehmertum Frauen und Jugendliche zu Arbeiten und an Maschinen verwendet, zu denen sie sich gar nicht qualifizieren. Entsprechend ihrer geringeren Kraft und Erfahrung besteht für Frauen und Jugendliche bei gewissen Arbeiten eine weit höhere Unfallgefahr als für den erwachsenen männlichen Arbeiter. Eine Specialisierung nach Alter und Geschlecht bei den einzelnen Verunglückungsarten würde dies sicher ergeben. Die Folge aber wäre dann, daß die Veranschlagung dazu verweigert würde, die Verwendung von Frauen und Jugendlichen bei gewissen Arbeiten in den Betrieben weiter einzuschränken.

Immerhin reden auch in ihrer Unvollkommenheit die Ziffern eine lebendige Sprache über die Art, wie bei uns das Unternehmertum die Ausbeutung der Schwachen betreibt und zwar sind hier dabei Industrie und Landwirtschaft durchaus ebenbürtig. So sind von einschlägigen Unfällen, also schwereren Unfällen im Jahre 1900 in den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein 1905 Frauen und 1762 Jugendliche betroffen worden. An der Spitze marschieren hier die Gewerbe, in denen die Frauen und Jugendlichen besonders zahlreich beschäftigt sind. In den Betrieben der deutschen Textilindustrie wurden von den schwereren Unfällen 700 Frauen und 185 Jugendliche betroffen. Ihre Höchstzahl erreichten diese Unfälle in den sächsischen Textilbetrieben, in denen der Unternehmer am stärksten mit der Arbeitskraft der Schwachen umspringt; neben 616 erwachsenen männlichen Arbeitern verunglückten hier 281 Frauen und 61 Jugendliche. In den norddeutschen Textilbetrieben verunglückten neben 252 erwachsenen Männlichen, 145 Frauen und 19 Jugendliche, in den sächsischen Textilbetrieben neben 110 Männern, 59 Frauen und 14 Jugendliche. Dann folgt die deutsche Eisenindustrie mit namentlich hohen Verunglückungsziffern der Jugendlichen. Die sächsischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft hat unter 1410 Verunglückten 114 Jugendliche, die westfälische Maschinenbau- und Kleinerei-Berufsgenossenschaft unter 1440 Verunglückten 109 Jugendliche. Einen starken Prozentsatz hat die Papierverarbeitung-Industrie. Von 347 schweren Unfällen betrafen 110 Frauen und 47 Jugendliche. In der Metallindustrie verunglückten neben 207 Männern 115 Frauen und 34 Jugendliche. Noch eine ganze Anzahl Verfälle, auch solche, in denen man Frauen und Jugendliche nur in geringem Maße vermutet, zeigen durch die Höhe der prozentualen Beteiligung derselben an den Betriebsunfällen, wie ausgebeutete Frauenarbeit und Arbeit Jugendlicher dort ist.

Das Bild einer geradezu zügellosen Ausbeutung der Frauen und Kinder aber entrollt sich erst bei der Betrachtung der Zahlen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Wir bringen nur die Hauptziffern und bemerken ausdrücklich, daß es sich hierbei auch nur um die einschlägigen Unfälle, nicht um die Unfälle überhaupt handelt. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Ost- und Westpreußen weist neben ca. 3100 erwachsenen Männlichen, 850 Frauen, 101 Jugendliche auf, die durch Unfälle zu Schwaben gekommen sind. Brandenburg: 2100 Männer, 882 Frauen, 107 Jugendliche. Schlesien: 2800 Männer, 1839 Frauen, 90 Jugendliche. Hannover: 810 Frauen und 76 Jugendliche. Ostpreußen: 808 Frauen, 63 Jugendliche. Rheinland: 956 Frauen, 109 Jugendliche. Bayern einschließlich Pfalz und Franken: 2528 Frauen, 800 Jugendliche. Königlich Sachsen: 610 Frauen, 109 Jugendliche. Baden: 669 Frauen, 47 Jugendliche.

Die Zahlen zeigen wieder, wie notwendig die Verschärfung des reichsgesetzlichen Arbeiterschutzes ist und wie namentlich darauf hingewirkt werden muß, daß der Schutz der Frauen und Jugendlichen vor den Gefahren des Maschinenbetriebes wirksamer gestaltet werde.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Donnerstag Reichstags-Abgeordneter Dr. Herzfeld zu einer gut besuchten Versammlung in den Stübchen am Bahnhof Bellevue über die Politik der Socialdemokratie. Redner hebt zum Schluß scharf hervor, daß die Politik der Partei die des Klassenkampfes, unser Ziel die Eroberung der politischen Macht und die Einrichtung des Staats nach unseren Grundgedanken ist. An den mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine recht reger Diskussion, in der gegnerische Meinungen nicht laut wurden. Genosse Schäfer, der frühere Sprecher der humanistischen Gemeinde, erklärte, daß er sich nun, nachdem er wirtschaftlich unabhängig geworden sei, dem Wahlverein angeschlossen habe, innerlich aber schon lange der Partei zugehörig gewesen sei. Herr Eddenburg stellte sich als Friedensliebhaber vor und bot sich zu Vorträgen und Resolutionen aus Verfaß v. Zulfers Schriften an. Er wurde vom Referenten in dessen Schlusswort darauf aufmerksam gemacht, daß die einzige Partei, die konsequent für den Weltfrieden kämpft, die Socialdemokratie ist, und durch Anschluß an diese Partei am besten für dieses Ziel gewirkt wird. Genosse Oppel wies noch auf die am 26. Februar stattfindende Versammlung, in der Genossin Lugenburg referiert, hin.

Im Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Dienstag Reichstags-Abgeordneter Jubel über die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen. Redner wendet sich gegen die vom Genossen Dr. Krons im „Vorwärts“ vertretene Ansicht, daß es denkbar und möglich sei, daß das Wahlrecht, vielleicht durch ministerielle Verfügung, zu unsern Gunsten abgeändert würde, und erklärt schneidend, daß er, als Gegner der Schacherpolitik, nicht glaube, daß auch nur ein einziger Socialdemokrat seinen Einzug in das preussische Abgeordnetenhaus halten werde und daß das erste Mal unter Wahlbeteiligung wahrscheinlich auch das letzte Mal sein werde. — Dem beschließenden ausgenommenen Vortrag folgte eine, wegen der vorgeschrittenen Zeit nur kurze Diskussion. Fälle erklärt, daß er früher Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen gewesen sei, nachdem aber der Parteitag die Beteiligung beschlossen

habe, müsse mit aller Kraft für dieselbe eingetreten werden und dürfe man nicht immer nur die Punkte hervorheben, die den Genossen die Beteiligung vereten, sondern müsse auf die hinwirken, die sie damit befremden können. Der Redner weist ferner auf die Ausführungen hin, die Genosse Krons in einem Vortrag über dieses Thema gemacht hat, durch welche die Wahlbeteiligung in einen günstigeren Licht erscheint. In ähnlichem Sinne äußert sich Wolberst, der besonders auch die agitatorische Wirkung der Wahlbeteiligung hervorhebt. — Jubel betont in seinem Schlusswort nochmals seinen oben gekennzeichneten Standpunkt, erklärt aber, daß die Beteiligung nun mal vom Parteitag beschlossen sei, es auch selbstverständlich Pflicht jedes Parteigenossen sei, diesem Beschlusse nachzukommen. — Es wurde bedauert, daß der Genosse Dr. Krons durch Krankheit verhindert war, an der Versammlung teilzunehmen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag eine außerordentlich hart besetzte Versammlung bei Straußmann ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtere die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Sporn und Erdy in der südlichen Weise. Hierauf referierte Reichstags-Abgeordneter Polle nach über die erste Sitzung des Sozialistengesetzes in der Kommission. Der Referent, der ein umfassendes Bild von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen entwarf und hierbei in großen Zügen die gesamte Materie der Sozialgesetzgebung behandelte, zeigte in treffender Weise das Gebahren der Parteien sowie das der verschiedenen Parteien, namentlich der Centralpartei, die den Vorschlägen der Sozialisten den größtmöglichen Vorstoß leisteten. Der interessante Vortrag, dem sich eine kurze Diskussion anschloß, wurde von der Versammlung mit vielem Beifall aufgenommen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Genossen Peter bemängelt, daß der „Vorwärts“ nicht über die Verhandlungen im Abgeordnetenhause berichtet. Ein Antrag, die Redaktion zu veranlassen, über diese Verhandlungen zu berichten, wurde abgelehnt.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am Sonntag bei Vöggenhagen eine zahlreich besetzte kommissionierte Mitgliederversammlung aller zum Streikgebiet Berlin gehörigen Verbände-Jahresstellen ab. Die Lohnkommission erstattete zunächst ihren Geschäfts- und Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1901. Am dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben: Die Kommission wurde im Lauf des Jahres insgesamt 797 mal in Anspruch genommen. Davon betrafen 290 Fälle Beschwerden auf Löhnen, 257 Lohnforderungen, 228 Maßregelungen. Bei der kürzesten Sperre wurde Unterstützung nicht gezahlt, bei der längsten von 81 Tagen wurden 2398,16 M. an Unterstützungen gezahlt. Von den 200 Beschwerden wurden verurteilt 71 durch die Lohnfrage, 65 durch Organisationsfragen, 59 durch mangelhafte Lohnvorrichtungen, 19 durch das Fehlen von Bauböden; 76 gingen einer Lohnforderung voraus. Von den 257 Lohnforderungen wurden erledigt 156 durch Vermittlung der Kommission, 11 auf dem Klagewege, 87 wurden bewilligt infolge Arbeitsniederlegung. Zurückgezogen wurden 32 Lohnforderungen, 18 gingen verloren trotz Streiks und 3 wurden infolge Streiks zurückgezogen. Nicht zurückgezogen wurden 103, auf dem Klagewege (§ 122 der Gewerbe-Ordnung) erledigt 12. — Von den 45 Baupreisen betrafen 35 Lohnforderungen, 2 Lohnreduzierungen, 7 Maßregelungen und die Entfernung einer missetzigen Person. Erfolg hatten 20, teilweisen Erfolg 3, erfolglos blieben 22. — Die Jahresrechnung betrug 46 903,70 M., wozu vom Vorjahr ein Bestand von 48 972,11 M. hinzukam. Der Gesamtsumme von 95 875,81 M. steht eine Ausgabe von 1901 von 88 800,79 M. gegenüber, so daß Anfang 1902 ein Bestand von 69 945,02 M. als Bilanz über den Fonds besteht. — Die Versammlung erzielte nach längerer Debatte der Lohnkommission und speziell dem Kassierer Deschaze und beschloß, aus dem öffentlichen Fonds der Bauarbeiter Verlin dem Hauptkassierer des Verbandes 5000 M. zu überweisen. Dann verhandelte man über den Vorstoß des Arbeitgeberverbandes, mit ihm einen Tarifvertrag abzuschließen. Heinemann, der referierte, erklärte den Abschluß eines solchen Vertrages an sich für möglich, meinte aber, daß man den Vertragentwurf nicht annehmen könne, den die Unternehmer den Vertretern der Arbeiter in einer gemeinsamen Sitzung unterbreiten hätten. Die Lohnkommission wolle deshalb dem Grunde einen anderen Entwurf unterbreiten. Redner verlas beide Entwürfe. Der der Lohnkommission steht unter anderem vor: Stundenlohn für gewöhnliche Bauarbeiter 45 Pfennig (Unternehmer-vorschlag 40 Pf.), Stundenlohn für Wasserträger, Kalfschläger und die beim Mischen sowie bei den Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter 50 Pf. (Unternehmer-vorschlag 45 Pf.), für das anschließende Tragen von Steinen und Kalf 60 Pf. (Unternehmer-vorschlag 50—60 Pf. je nach Leistung), Tagelohn der Angerührer bei neunstündiger Arbeitszeit 7 M. 10 Pf. (According für das Tragen von 1000 Steinen und des damit gebührenden Werts bis zur Materialhöhe 0,55 Meter über Terrainhöhe sind 2,50 M. vorgesehen). Die Zuschläge für jedes Stundenerk sollen nach einem bestimmten System berechnet werden, müssen indessen per Tonne mindestens 1 Mark betragen und für das Dachgerüst resp. für alles über die Dachfläche liegende Mauerwerk soll eine Zulage von 1,50 M. berechnet werden. Bei diesen Preisen wird vorausgesetzt eine Entfernung bis zu 20 Metern (Unternehmer-vorschlag 30 Meter) vom Lagerplatz bis zum Letztgang. Für jede weiteren 10 Meter Entfernung ist eine Erhöhung des Grundpreises um 50 Pf. gedacht. Für das Herausheben von Stahlsteinen und Mauerwerk zu 1 Kubikmeter fertigen Mauerwerks soll 1 M. gezahlt werden. Uebrigere Spezialarbeiten sind noch besonders behandelt worden. Der allgemeine Teil des Vertragsentwurfs entspricht im wesentlichen den Entwürfen der Maurer und Zimmerer. Arbeitsdauer und Arbeitszeit soll der für Maurer und Zimmerer festgesetzten möglichst angepaßt werden. — Es entspann sich eine lange und eingehende Debatte. Mehrere Redner sprachen für gegen jeden Vertrag aus, weil durch einen Vertrag den Arbeitern die Bewegungsfreiheit genommen würde. Andere waren für einen Vertrag, hatten aber an den vorgeschlagenen Einzelheiten noch mancherlei auszuheben. Es wurde beschlossen, daß die Kommission in den Unterhandlungen mit den Arbeitgebern fortzuführen und sobald das Ergebnis den Interessen des Streikgebietes zur Durchberatung zu unterbreiten habe. Die endgültige Beschlußfassung hat eine spätere kommissionierte Versammlung zu vollziehen.

Der Centralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Berlin) hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses seine Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht der Verbandleitung, der gedruckt vorlag und aus dem wir die wichtigsten Daten in der Nr. 39 veröffentlichten, wurde vom Vorsitzenden E. Pantier noch verdichteten Nachträgen hin ergänzt. Obgleich die Bauwirtschaft im verfloffenen Jahre in Berlin und den Vororten eine recht rege war und die Zahl der Beschäftigten keinen Rückgang aufwies, war doch infolge des Umstandes, daß in den Industriezentren die Konjunktur erheblich zurückgegangen ist und der Bezug aus diesen Orten ein sehr spärlicher war, eine große Arbeitslosigkeit vorhanden. In den Monaten März und April hatten sich durchschnittlich 750 bis 800 arbeitslose Verbandskollegen zur Arbeitslosenliste der Sammelstellen gemeldet. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen war aber eine bedeutend höhere, denn abgesehen von denjenigen, die ausgezogen sind, nachdem sie keine Arbeit fanden, sich bald wieder entfernten, unterzogen sich nicht alle Kollegen der Kontrolle. Nach der ausgenommenen Statistik betrug die Zahl der arbeitslosen Maurer im Monat April 8,82 Proz. im März 13,85 Proz. Bis ultimo 1901 wurden 5106 Streiklohnarten mit dem Schlagtempel versehen und dabei festgehalten, daß 2304 Kollegen 8367 Wochen arbeitslos, 822 Kollegen 1872 Wochen krank und nur 2659 weder krank noch arbeitslos ge-

wesen sind. Es wird nun erwartet, daß infolge der großen Wohnungsnot im ganzen Reich ein baldiger Aufschwung des Baugewerbes eintreten wird, zumal Aussicht vorhanden ist, daß das für die Industrie brachliegende Kapital sich mehr wie bisher dem Hypothekmarkt zuwenden und damit den Baunarkt beleben wird.

Dem Bericht, den der Redner über die Organisationsverhältnisse erstattete, war zu entnehmen, daß der Verband im Geschäftsjahre keine Fortschritte gemacht und sogar eine Mitgliederabnahme und eine Mindereinnahme im Vergleich zum Vorjahre zu verzeichnen hat. Dieser bedauerliche Umstand resultiert zum Teil aus den Arbeitsverhältnissen, wesentlich aber auch daraus, daß teilweise die Tätigkeit für die Organisation nicht mit dem notwendigen Eifer entfaltet wurde und bei einem Teil der Kollegen leider eine gewisse Laubigkeit Platz gegriffen hat. Auch in den einzelnen Vereinen war die Tätigkeit eine sehr verlässliche, indem z. B. in einem Viertel 23 Versammlungen abgehalten wurden, beaufsichtigte man sich in einem anderen mit 5 Versammlungen. Die Tätigkeit der Verbandsleitung war auch im verfloffenen Jahre eine sehr umfangreiche. Sie wurde von den Mitgliedern 579 mal nach den Bauten gerufen. In 180 Fällen handelte es sich um Maßregelungen, in 88 Fällen um Nichtannahme der festgelegten Arbeitszeit, in 13 wegen Lohnstreitigkeiten und in 114 Fällen um Abweisung von Rücksichten auf den Bauten. Von den letzteren wurden 103 sofort und 8 Fälle durch die Schlichter-Kommission erledigt. Außerdem handelte es sich um Maßnahmen gegen die Accordarbeit, um Organisationsfortschritte im Streik anderer Berufe usw. Unfälle wurden der Verbandsleitung 10 gemeldet und mehr wie früher wurde sie in Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Angelegenheiten in Anspruch genommen. Eine umfangreiche Arbeit hat auch das Vertragsverhältnis erfordert.

Nach dem Kostenbericht, den Lehmann erstattete, betragen die Einnahmen für den Streiklohn im verfloffenen Jahre inkl. des alten Bestandes von 109 252,70 M., insgesamt 211 720,85 M., die Ausgaben 146 770,61 M., so daß ein Bestand von 64 950,24 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich unter anderem 67 210,— M. an den Hauptvorstand, 36 480,65 M. für Streiklohn, Ausgaben und Maßregelungen, 3550 M. für Unterstützung der Streiks anderer Berufe, 588,50 M. an die Gewerkschafts-Kasse und 504,65 M. an die Bauarbeiter-Kommission. Die Einnahmen der Verbandskasse in der Jahreshälfte II betragen 47 501,43 M., die Ausgaben 40 908,83 M., der Kassienbestand 6594,60 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig befätigt und auf deren Antrag der Kassierer entlastet. Ueber den Geschäftsbericht fand eine längere Diskussion statt, in der von allen Rednern zu einer Beschäftigung für den Verband aufgefordert wurde. Die hierauf vorgenommene Wahl des Zweigvereins-Vorstandes ergab folgendes Resultat: E. Pantier, erster, Grisch, zweiter Vorsitzender, E. Lehmann, erster, Duffe, zweiter Kassierer, W. Schulz, Schriftführer, Lemm, Beisitzer. Außerdem wurden als Vertreter in der Schlichter-Kommission hinzugezogen: Silberstein, Heute und Ratzens, und als Beisitzer: D. Meiburg, Strauß und O. Lehmann, als Beschwerde-Kommission: Woyde, Rind, Emmentier Hoefe, Payer Richter und Rabigpauer Müller. Als Revisoren wurden Thöns, Fißel und K. Vogel gewählt, als Hilfskassierer für den Westen: Böhr, Sadowsen, Pierrab, Säden, Conrad, Norden, Baische, Offen, Weber, Kordofen, Tischberg, Blößen, Koblischreiber, Moabit, Garelis, Wedding, Marienberg, Oranienburger Vorstadt: Nicolaus. — Zu der am 9. März stattfindenden Landeskonferenz wurden Anton, Gentel, Roder, Pantier und H. Winkler delegiert.

Verein der Zimmerer Berlin und Umgegend. Zu der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung wurden zunächst eine Reihe von Vereinsangelegenheiten erledigt. Dann erstattete Direktor Bericht über die Verhandlungen, welche wegen der Verlängerung des Tarifvertrages in der Schlichter-Kommission stattgefunden haben. Das Ergebnis der Verhandlungen ist bekannt. Der Redner fasste seine Ansicht über dasselbe dahin zusammen: Eine Verschlechterung des Vertrages sei nicht eingetreten, er sei vielmehr in großen und ganzen derselbe geblieben. Eine Lohnerhöhung habe unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durchgeführt werden können. — In der Diskussion wurde unter anderem erwähnt, daß in den über diese Angelegenheit vom Central-Verband veröffentlichten Bericht ein Irrtum sei betreffs der Ueberstunden bei Inhabitationarbeiten in Theatern. Richtig sei, daß solche Ueberstunden als zulässig erklärt sind, aber selbstverständlich unter dem üblichen Maßstab. — Nach kurzer Diskussion wurde folgende vom Referenten empfohlene Resolution angenommen: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der innerhalb der Schlichter-Kommission gepflogenen Verhandlungen. Die getroffene Regelung der Arbeitsverteilung, sowie die Frage der Jahrgeld-Erhöhung sind als annehmbar anzuerkennen. Daß aber der Antrag der Arbeitnehmer-Vertreter vom 1. betreffend den Lohnzuschlag für Arbeiten mit improvisiertem Holz, aus dem Grunde abgelehnt wurde, um einer verheerenden Lohnerhöhung vorzubeugen, weist die Versammlung entschieden zurück. Alle Anwesenden erklärten sich mit der Verlängerung des Vertrages, wie in der Kommission festgelegt, bis zum 31. März 1902 einverstanden und erwarteten, daß der § 4 des 8. keine bisherige Fassung behält, da derselbe zu keinen Beschwerden Veranlassung gegeben hat.

In der Versammlung der Graveure und Eiseneure vom 18. Februar 1902 hielt Diez als Hauptvortrag über das Thema: „Vertrag zur Beschäftigung der Gottesdienste“, wofür er lebhaften Beifall erzielte. Zwei Geschäftsleiter der Vorrede mit, daß der Ortsantrag vom 1. April an erhoben werden soll; vom 1. Mai ab müssen sämtliche ruhende Wochenendtage mit 35 Pf. entrichtet werden. Außer den Vertrauensmänner-Sitzungen finden von jetzt ab noch 2 Pahlabende im Monat statt. Alsdann folgte der Bericht der schlichter-Kommission. Als erster wurde ein Kassierer wiedergewählt. Im Besonderen wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Anwesend waren 120 Kollegen.

Die Arbeitervereine hielten am 15. Februar im Gewerkschaftshaus ihre Monatsversammlung ab, in welcher der Vorsitzende Korkowicz den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verfloffenen Jahre gab. Nach demselben fanden 16 Vorstandssitzungen und 14 Versammlungen statt. Von der in Aussicht genommenen Erhöhung des Minimallohnes von 47 1/2 auf 50 Pf. die Stunde mußte wegen der sich fortwährend verschlechternden Geschäftslage und des durch die Kassierer veranlaßten Hamburger Streiks Abstand genommen werden. Eine Lohnbefreiung bei der Firma Heilmann, Wärsiger Ufer 9, wegen Nichtzahlen des Minimallohnes konnte trotz vieler Bemühungen nicht beigelegt werden und legten deshalb die Vereinsmitglieder die Arbeit nieder. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu ersehen, daß die Jahresrechnung für die Centralkasse 10 187,79 M., die Ausgaben 10 087,65 M., der Bestand 100,14 M. betragen. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben: 9940 M. Arbeitslohn-Unterstützung, 1153,95 M. Reise-Unterstützung, 297 M. Reichstags-Unterstützung, 45 M. Extra-Unterstützung, 126,83 M. für Reichstags-Unterstützung, 800 M. Sterbegeld. Die Centralkasse hatte inklusive eines Bestandes von 396,96 M. eine Gesamtsumme von 2971,53 M. und eine Ausgabe von 2247,86 M., bleibt ein Bestand von 723,67 M. Die Filiale zählte am 1. Januar 1901 391 Mitglieder, am 1. Januar 1902 416. — In Punkt 2 des Tagesordnungs, die Konferenz des 4. und 4. Agitationsbezirks, wurde beschlossen, dieselbe in Frankfurt a. O. abzuhalten und wurde B. Kühne mit der Berechnung der Filiale betraut. Ein Rechtsstreit des Kollegen Richter gegen die Firma Gebauer bezüglich der Versammlung beim Centralvorstand zu befürworten. Nach der Abrechnung vom Hamburger Streik betragen die Einnahmen von 1. Mai bis 31. Dezember 1901: Von der Centralen 84 245,45 M., teilweise erhalten 2654,65 M., laufende Mitgliederbeiträge verwendet 1070,08 M.,

Beiträge der in Arbeit stehenden Kollegen 2697,75 M., aus den Filialen 11604,70 M. (darunter von Berlin 3780 M.), von Hamburger Gewerkschaften 3502,48 M., auf Listen am Ort gesammelt 3364,28 M., sonstige Sammlungen am Ort 233,97 M., vom Ausland 2057,79 M., Summa 60761,03 M. — Ausgabe: Streifenunterstützung: Centralkasse 34735,01 M., Filialkassen 21088,15 M., Reise-Unterstützung: Centrale 480,50 M., Filiale 208,75 M., Rechtschutz: Centrale 40 M., Filiale 147,10 M., für Fortschaffung Zugereister 1668,60 M., Fernhalten des Zugriffs 176,35 M., Flugblätter und Annoncen 362,95 M., Porto und Schreibmaterial 85,02 M., sonstige Ausgaben 178,95 M., Summa 59228,38 M. Der Kassenbestand beträgt somit 1522,65 M. Davon wurde bis 1. Februar 1902 1063 M. für Gemahregelte gezahlt und beträgt somit der Kassenbestand 459,65 M.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am Dienstag, den 18. Februar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Fortsetzung seiner ordentlichen Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtern die Versammelten das Andenken des verstorbenen Kollegen Böhr durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gelangte zunächst ein Antrag Bernhard zur Verhandlung, für die Monate Februar, März und April einen monatlichen Extrabeitrag von 25 Pf. zu zahlen, um bis zum 30. April eine vollständige Extrarunterstützung von 5 M. an die Arbeitslosen zahlen zu können. Berechtigter zum Empfang solcher Kollegen sein, welche zur Zeit die statutenmäßige Unterstützung nicht mehr beziehen. Diejenigen Arbeitslosen, welche noch nicht ein Jahr Mitglied sind, erhalten eine Unterstützung erst nach vierwöchentlicher Arbeitslosigkeit. Außerdem lag zu dieser Sache noch ein Antrag Schumann ein, welchem nach welchem denjenigen Arbeitslosen, welche mindestens ein Jahr Mitglied sind, nach der dritten Woche nach Ablauf der statutenmäßigen Unterstützung eine weitere Unterstützung von 4 M. auf fünf Wochen gezahlt werden soll. Zur Deckung der Unkosten, sowie zur Stärkung der Ortsklasse für andere Unterstützungszwecke soll ein dauernder Beitrag von 25 Pf. pro Vierteljahr erhoben werden. — Nach eingehender Diskussion, in welcher fast alle Redner für eine Extrarunterstützung sprachen, wurde beschlossen, über diese Anträge eine sofortige Urabstimmung vorzunehmen. — Zunächst wurde zur Auswahl der Ortsverwaltung geschritten. Eine lebhafteste Diskussion rief die Frage hervor, ob das Amt des ersten Bevollmächtigten in Zukunft ein besoldeter oder unbesoldeter Posten sein soll. Die Abstimmung über diese Frage ergab eine überwiegende Majorität für Besoldung dieses Postens. Hierauf wurde der Kollege August Werner mit allen gegen 6 Stimmen als erster Bevollmächtigter gewählt. Die weiteren Wahlen zeitigten folgendes Resultat: Zweiter Bevollmächtigter Ed. Freude, Kassierer Paul Steinke, Stellvertreter und Schriftführer Albert Uthes. Als Beisitzer für die Straßenbahner H. Rathmann, für die Hausdiener R. Franke, für die Kohlenarbeiter Ed. Wied, für die Kollantler Fr. Werner, Gehmann Wilhelm Lehmann. Für den Osten H. Ventel, für den Norden H. Dertel, für den Westen und Schöneberg Fr. Rudow, für den Süden und Südosten Chr. Kener, für Niddorf Franz Mohr, für Moabit W. Seelig, für Kummelsburg Friedr. Fischer. Als Revisoren wählte die Versammlung Kiese, Marggraf und Straube.

Der Centralverband der Eisenbahner hielt am 18. Februar seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. In derselben wurde Kollege Jergan zum Gewerkschaftsvertreter gewählt. Um die Ausgaben zu beschränken, wurde beschlossen, ein Exemplar der „Ostpreussischen Arbeiterzeitung“ abzugeben. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ wird in zwei Exemplaren beibehalten. Nach Erledigung interner Angelegenheiten macht der erste Vorsitzende bekannt, daß in nächster Zeit eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die Differenzen zwischen den Russen und der Arbeiterschaft Berlins“

stattfindet, zu welcher der Vorstandsvorsitzende Faulb aus Hamburg erschienen wird.

Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter der Gießerei-Fabrik J. S. Krüger, die von der Metallarbeiter-Gewerkschaft einberufen war, beschäftigte sich mit Accorabzügen, welche innerhalb der letzten Zeit in obgenanntem Betriebe vorgenommen sind. Es sind auf Gießereibänke, wofür früher 60 und 55 M. bezahlt wurden, den Arbeitern nur noch 35 M. bezahlt worden. Auf eine größere Sorte Schränke, für welche früher 175 M. bezahlt wurden, werden nur noch 135 M. bezahlt usw. Auch bei neuen Arbeiten werden die Kalkulationen derartig niedrig angesetzt, daß die Arbeiter nicht zu ihrem Stundenlohn gelangen. Beispielsweise war dies bei den Fensterläden für die Reichsbank der Fall. Daß Arbeiter, nachdem sie Lohnabschlag erhalten haben, die Woche mit 5 M., 7,80 M. oder, wie es schon der Fall war, mit leeren Händen nach Hause gehen müßten, ist keine Seltenheit. Eine derartige Entlohnung seitens der Firma ist um so mehr zu verurteilen, als sie ihre Arbeiten sehr teuer bezahlt erhält, da viele Arbeiter für Reich und Kommunen angelernt werden. Die versammelten Arbeiter verpflichteten sich am Schluß der Versammlung in einer Resolution, durch Anschluß an die Organisation alles zu thun, um sich menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Die Typsetzer hielten am Montag eine zahlreich besuchte Versammlung bei Bauer in der Rosenthalerstraße ab, um über ihre Organisationsfrage nochmals zu beraten und auf die Aufnahme neuer Mitglieder in den Centralverband der Bau- und Erdarbeiter Deutschlands hinzuwirken. Als Vertrauensmann zur Gruppenversammlung wurde gewählt: Deuler, als Stellvertreter: Stark, als Schriftführer: Dauer. Die Kommission, die zur Ausarbeitung des Lohnsatzes gewählt war, unterbreitete jedem Kollegen einen Vorschlag des Lohnsatzes zur Einsicht. Der Entwurf wurde mit großer Majorität angenommen. Die Gruppenversammlungen finden jeden zweiten Montag nach dem Ersten bei Bauer, Rosenthalerstraße 57, statt.

Eine vom Gewerbeverein der Konditoren (Hirsch-Dandert'sche Nahrung) einberufene öffentliche Versammlung nahm, entgegen der Aufforderung des Referenten, dem Gewerbeverein beizutreten, folgende Resolution an: Die im Velle-Alliance-Statut verammelten Konditoren erachten es als ihre Pflicht, nicht nach der Aufforderung des Referenten dem Gewerbeverein beizutreten, sondern sehen als einziges Mittel, die im Verufe herrschenden Mißstände zu beseitigen, den Anschluß an den Centralverband der Konditoren an.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, 16. Februar, in der Brauerei Friedrichshagen die zwölfte Generalversammlung ab. Rechnungsbericht sowie Kassenbericht für das Jahr 1901 lagen gebend vor. Aus den Berichten ist hervorzuheben: Dem Bunde gehören an 202 Vereine, bestehend aus 197 Männerchören, 4 gemischten Chören und 1 Damenchor. 118 Vereine domizilieren in Berlin, 84 in der Umgegend. Aufgenommen wurden 15 Vereine, ausgetreten resp. aufgelöst sind 10 Vereine. — Der Kassenbericht verzeichnet eine Gesamtsumme von 4541,58 M., eine Ausgabe von 3681,88 M., somit einen Bestand von 859,70 M. Ein Antrag: Die Generalversammlung 6 Wochen vorher bekannt zu machen, wird angenommen. Der Ausschuss wurde ferner ermächtigt, falls durch irgend einen Grund ein Vorstandsmitglied ausscheidet, eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Um bei der Märzfeier die Unkosten etwas zu mindern, wird beschlossen, die Programme mit 20 Pf. zu berechnen. — Als Vorstandsmitglieder werden gewählt: Jul. Meyer, 1. Vorsitzender; Ad. Häbner, 2. Vorsitzender; Sup. Seifrit, 1. Kassierer; Herm. Käthebusch, 2. Kassierer; Wilh. Trippend, 1. Schriftführer; Fr. Kortum, 2. Schriftführer.

Schöneberg. Der sozialdemokratische Wahlverein für Schöneberg hielt am 18. d. M. seine Mitgliederversammlung im Obfischen Lokal ab. Genosse Gremp sprach über technische Fortschritte im

Beleuchtungswesen. Der interessante Vortrag, welcher von verschiedenen Demonstrationen begleitet war, wurde mit Aufmerksamkeit entgegen genommen und erntete der Referent reichen Beifall. Unter Berücksichtigung der Angelegenheiten wurde beschlossen, Zahlstellen des Vereins einzurichten und dem Vorstand die Angelegenheit zur Erledigung überweisen.

Zehlendorf. Am Donnerstag voriger Woche tagte hier eine große Wählerversammlung, in der von hiesiger Seite drei Kandidaten (nämlich alle drei Hausbesitzer) nominiert werden sollten. Da sich unsere Genossen sehr stark an der Debatte beteiligten, kam es, daß man nachts um 1/4 Uhr überhaupt verwarf, über die Kandidaten abstimmen zu lassen. Die Debatte wurde zur Sozialisten-Debatte; und natürlich wurde die Sozialdemokratie wieder einmal vernichtet. Genosse Böhr wurde u. a. als „Couponabschneider“ hingestellt. Dieser Ton war selbst unsren Gegnern widerwärtig, und nur ein ganz kleines Häuflein wagte es, diesen Ausstellungen widerstehen den Beifall zu spenden. — Es fand nun am Sonntag eine von uns einberufene, auch von Frauen sehr stark besuchte Versammlung statt. Genosse Köster sprach über unsere Forderungen an die Kommune. Seine Ausführungen sowie die des Genossen Böhr wurden zustimmend von den Teilnehmern aufgenommen. Als Kandidaten für die dritte Klasse wurden Gehricke, Böhr und Köster aufgestellt. Mit einem Appell an die Anwesenden zu rühriger Agitation für die Wahl wurde die Versammlung geschlossen.

Steglitz. In der zum Montagabend nach dem „Gambrius“ einberufenen Gemeindewähler-Versammlung, welche sich eines guten Besuches erfreute, erstattete unser Gemeindeverordnete Genosse Rapp Bericht über seine zweijährige Tätigkeit in hiesiger Gemeindeverwaltung. Hierauf wurden als Kandidaten für die Wahl der Genossen Schellhase (Hausbesitzer) für den ersten Bezirk und Wielo (Mietler) für den zweiten Bezirk vorgeschlagen und einstimmig acceptiert. In der lebhaftesten Diskussion wurde zur regen Agitation für die beiden Kandidaten aufgefordert. Genosse Wielo nahm noch Gelegenheit, das Resultat der hiesigen Arbeiterlosenzählung bekannt zu geben. Arbeitslos waren 304, beschränkte Arbeitszeit hatten 245, und als krank gemeldet waren 52.

Lichtenberg. In einer Volksversammlung sprach am 18. d. M. Genosse H. Ströbel über die Besteuerung des Hungers und die Forderungen für Meer und Marine“ und erntete lebhaftesten Beifall mit seinem Ruf zum unablässigen und nachdrücklichen Protest gegen die Ausbeutung der Massen. Gemeindeverordneter Brauer berichtete dann über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung von Lichtenberg. Auch hier gab die Versammlung durch lebhaftesten Beifall ihre Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Sozialdemokraten Ausdruck.

Köpenick. Auch hier fand am 18. d. M. eine öffentliche Arbeiterlosen-Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Obgleich die Norddeutschen Eiswerke augenblicklich drei- bis vierhundert Menschen beschäftigen, fanden sich doch über dreihundert Personen der verschiedensten Verufe ein. Der Referent Wienthal erledigte sich seiner Aufgabe in sehr zufriedenstellender Weise und fand in der Versammlung reichen Beifall. Es wurde auch eine entsprechende Resolution angenommen, die durch unsere Stadtverordneten dem Magistrat vorgelegt werden soll mit der Frage, was er gegen die Arbeitslosigkeit zu thun gedenke.

Friedrichshagen. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt hier am 15. Februar seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Reichstagsabgeordneter Rosenow einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Der deutsche Vorkrieg im Jahre 1925“ hielt. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich recht zahlreich an der Agitation für die Gemeindevahlen zu beteiligen, da die Gegner sich in ihren Kandidaten, welche vorläufig noch geheim gehalten werden, geehrt haben. Es wurde noch beschlossen, vom 1. April ab ein neues Vereinslokal zu suchen und dies alle Jahre zu wiederholen, damit bei jedem Wirt mal Versammlungen abgehalten werden können.

Das beliebteste aller Hustenmittel

Trinken Sie gern
einen hochfeinen Cognac, Rum, Punsch oder Liqueur etc., unverfälschten so bereiten Sie sich Ihre Getränke selbst mittels der echten, unerreichten, einzig dastehenden 3290L*
Noa's Original-Extrakte (gesetzl. geschützt),
Preis p. Fl. Extrakt, reichend bis zu 2 1/2 Liter u. mehr, 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. Vorrätig über 200 Sorten. Jeder verlangt gegen Einsendung von nur 20 Pf. in Marken 8seitiges illustriertes wertvolles Rezeptbuch: Die Destillation und Brauerei im Haushalte (8. Auflage) vom alleinigen Erfinder und Fabrikanten
Max Ed. Noa, Berlin N., Reinickendorferstr. 48.

Spigwegerichsajt - Boubons. Nur allein zu haben bei **Carl Gulerd, Wiesenstraße 38, und Otto Schulz, Gaussestraße 84, vis-a-vis der Wiesenstraße.**

hessischer - Brunnen
von 15 Mark an in garantiert bekannter Qualität und bester Ausführung.
Koblanck & Co., Pumpenfabrik BERLIN N., Reinickendorferstr. 54b. Illustrierte Kataloge gratis.

Teilzahlung
monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.
Tomprowski, Schneidermeister, Naanderstr. 16. II.

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.
Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt.
D. Wurzel & Co., Köpnickstr. 160.

J. Baer, BERLIN N. (31849) 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schlemmerstraße 37
Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge.
Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Arbeitswachen.
Grosses Stofflager zur Anfertigung nach Mass.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**
empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10000 M. 31919*
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

VAN HOUTEN'S CACAO
wird von allen Cacao-trinkern wegen seines Wohlgeschmackes und seiner Nährkraft bevorzugt. 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen.

Metzners Korbwaren - Fabrik
Berlin, Andreestraße 23.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95
III. Geschäft: Benfellerstr. 67.
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55
V. Geschäft: Zentralstr. 19
Pappenwagen, Letterwagen, Sportwagen, Kluderstühle.
Rinderwagen, Grösstes Lager Rinderbettstellen. Berlins. Rusterb. gratis.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Anwalldenstr. 160
Belle-Alliancestr. 107
Reinickendorferstr. 20
Frankfurterstr. 115
Benzstr. 19
Zaunengstr. 7a
Erantienstr. 31
Bismarckstr. 92
Bettige
Betten und Metallbettstellen
für Kinder und Erwachsene.
Teilzahlung gestattet. Bei größeren Raten Kassapreise. Lieferant des Kaiser-Spar- und Vorwärts-Vereins.

Reinhold Werner
Schneidermeister
jetzt nur: **Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage**
Elegante Anzüge und Paletots
nach Mass von 30 Mark an. — Telephon Amt VII No. 23.
Engliche Damen-Kostüme und Jacketts (Gesellschafts-Anzüge). Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Blutarme, Schwache, u. Kranke
trinken mit großem Erfolg
California-Blutwein
Rein präpariert, fertig süß
Kraft-Rotwein
Natürliches Stärkungsmittel von köstlichem Geschmack.
Kräftigt Körper und Geist. 32218*
Schafft Mut und Kraft.
1/2 Flasche 2 M., 1/4 Flasche 1,25 M.
Husten, Heiserkeit, Reizhusten, Raubheit, Hals, Kehlkopf, Reizhusten, Reizhusten, Reizhusten
Boubon-Pectoral
von großer Wirkung, wirkt nicht nur lindern und beruhigend, sondern auch für **Lunge und Hals**
1 Pfund 1,25 M., 1/4 Pfund 30 Pf.
Kehnhusten wird sofort gemildert, die Hustenanfälle werden bedeutend schwächer und seltener und die Dauer des Hustens wesentlich verkürzt durch den unschätzblich wirkenden **Schwarzen Johannisbeerjast**
Flasche 50 Pf. und 1.-Mark.
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 1.

Berlin SW. Alte Jakobstr. 124.
Electrotechnikum
Maschinen-Bau-Schule
Prakt.-theoret. Fachschule mit Werkstätten, gegr. 1874.
Elektro- und Maschinen-Ingenieur-Technik, Werkmeister, Monteur-Ausbild. Vorkenntnis nicht erforderlich. Unbegabte kein A. Ausbildungshindernis. Ingenieur - Innungsmeister-Diplom. Stellung.
Prospekt kostenlos.

„Phänomen“
Cigaretten sind anerkannt die Besten. 3360L*
Verkaufspreis: 2, 3, 4, 5, 6, 8 u. 10 Pf. pr. Stück.
Phänomen-Cigaretten sind ges. gesch. u. haben i. d. Cigarrengesch. (Vor Nachahmungen wird gewarnt.)

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teillzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1,50 M. Reparatur, sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Rum
sehr fröhlich und von feinem Aroma, per 1/4 Liter-Fl. 1,00 bis 5,00.
Punsch und Glühwein, Fl. 75 Pf. bis 4,00.
F. Willmeit,
Alexanderstr. 62. (32992*)
Potsdamerstr. 48 (Ging. Rurfarthenstr.)
Skallitzerstr. 135. — Reichenbergerstrasse 87 u. Löwenstr. 12.
Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145
Olga Jacobson,